Rentner zahlen für Euro-Rettung S.5

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 23 – 8. Juni 2013

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Opfer entscheidungsunwilliger Politiker
Schwarzafrikaner stürzen Behörden in Ratlosigkeit 2

Preußen / Berlin

Mehdorns Flughafen-Attrappe
Flughafen-Chef plant Teileröffnung – Doch was bringt die eigentlich? 3

Hintergrund

Forscher auf Zeit
Hochschulen bieten Nachwuchswissenschaftlern immer öfter prekäre Arbeitsbedingungen 4

Deutschland

Versteckte Euro-Rettung
Deutschland droht Altersarmut, doch keine der etablierten Parteien tut etwas dagegen 5

Ausland

»Nicht unser Krieg«
Türkei plant Lager für christliche Syrienflüchtlinge 6

Kultur

Solotanz nach oben
Seit 40 Jahren führt John Neumeier die Ballett-Fäden 9

Geschichte

»Ich töte jede Nacht tausende Menschen«
70 Jahre Bomber-Offensive 10





Keineswegs von Armut getrieben: In Frankreich und der Türkei geht es den Demonstranten um ihre jeweiligen Werte Bild: pa

Die Lunte brennt

Protest in Europas Metropolen kommt längst aus der Mitte der Gesellschaft

Die Krawalle in Istanbul, Athen oder Rom sind ein Warnsignal an die Politik. Denn der Protest kommt nicht vom politischen Rand, sondern aus der Mitte der Gesellschaft.

Brennende Autos, verwüstete Geschäfte, Tote und Verletzte bei Demonstrationen. Die Weltarbeitsorganisation ILO kommt in ihrem Jahresbericht zu dem Schluss, dass dieses Szenario schon bald in der Europäischen Union Wirklichkeit werden könnte. Grund seien die durch die Sparpolitik hervorgerufenen sozialen Spannungen. Das Risiko von Unruhen steige weiter, wenn die Politik die Staatsschuldenkrise und deren Auswirkungen auf das Leben der Menschen nicht in den Griff bekomme, so die UN-Organisation weiter.

Doch es ist nicht nur soziale Benachteiligung, die die Menschen auf die Straße treibt, sondern vor allem verlorenes Vertrauen in die Politik. Beides zusammen erzeugt ein explosives Gemisch. In der Türkei liefern sich die Menschen aus allen Schichten blutige Straßenschlachten mit der Polizei. Sie demonstrieren schon längst nicht mehr für den Erhalt einer Grünanlage, sondern protestieren gegen Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan, der sich wie ein Pascha aufführt und immer mehr in ihr Leben eingreift. In Frankreich gehen Hunderttausende gegen die Homoehe auf die Straße, in Italien mobilisieren die Gewerkschaften die Menschen gegen die Sparpolitik und in Griechenland sind die Bürger wegen der repressiven Arbeitsgesetze aufgebracht.

UN-Experten rechnen mit Unruhen in Europa

Die Protestierer als Mob oder irregeleitete Wutbürger zu diffamieren, wie es in den meisten Medienberichten geschieht, geht fehl. Denn der Protest kommt längst aus der Mitte der Gesellschaft. Hier formiert sich langsam eine bürgerliche Bewegung, die nicht mehr gewillt ist, staatliche Bevormundung, die Erosion des Mittelstandes, Inflation, steigende Steuern und Abgaben, sinkende Zinserträge, gekürzte Sozialleistungen und schon gar nicht Enteignungen zur Bankenrettung hinzunehmen. Sie wird die Politik zwingen, sich wieder dem Wahlvolk und dessen Bedürfnissen zuzuwenden. Einsicht ist bei dem Kartell aus Politikern, Finanzjongleuren und Lobbyisten nicht zu erwarten. Sie werden aber auf den Druck des Volkes reagieren und alsbald Reformen auf den Weg bringen müssen. Denn so, das ist das Signal der Proteste, können sie nicht auf Dauer weitermachen, ohne am Ende ihre Position ganz zu verlieren.

Die Besorgnis der ILO gilt in Europa vor allem den südeuropäischen Ländern, auch wenn sie in der EU ein grundsätzliches Unruhepotenzial sehen. Deutschland gilt den UN-Experten hingegen noch als stabile Ausnahme. Bürgerlicher Protest beschränkt sich hier auf Demonstrationen gegen vergleichsweise weniger essenzielle Dinge wie Infrastrukturvorhaben. Aber auch das könnte sich ändern, wenn es dem Mittelstand als dem wichtigsten Träger der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wirklich an die Existenz geht. *Jan Heitmann*

JAN HEITMANN:

Hochwasser-TV

Betroffen blicken wir dieser Tage auf die Hochwassergebiete, in denen Tausende um ihre Existenz kämpfen. Frohlocken dagegen dürften die TV-Intendanten, können ihre Sender doch ein Hochamt der Katastrophenberichterstattung feiern. Eine Sondersendung jagt die nächste. Mit Hochwasser-TV lässt sich eben doch mehr Quote machen als mit Verblödungs-TV. Der Informationswert der Sendungen hält sich indes in Grenzen, folgen sie doch immer der gleichen Dramaturgie. Ein Reporter in Wathosen gibt einen Lagebericht vom Ort des Geschehens und interviewt Beteiligte. Das ist noch informativ. Doch dann kommen die „Experten“ im Studio zu Wort.

Eigentlich muss man gar nicht mehr hinsehen, denn die Riege der Klima-Dampfplauderer ist immer die gleiche und das, was sie an vorgeblich wissenschaftlicher Weisheit von sich geben, auch. Der Meteorologe Mojib Latif beispielsweise sieht die Starkniederschläge selbstredend als Folge des von ihm propagierten Klimawandels, obwohl er doch prophezeit hat, Deutschland würde wegen der Erderwärmung binnen weniger Jahrzehnte zum Wüstenstaat werden. Wissenschaftliche Gegenmeinungen gibt es nicht zu hören, denn die Moderatoren lassen uns wissen, in dieser Frage seien sich alle Klimaforscher einig. Für die eingeladenen Politiker ist das das Stichwort, um mit stereotypen Sätzen stärkere Anstrengungen zum Klimaschutz zu fordern. Die Botschaft der Studiogäste am Ende lautet: Egal, wie das Wetter ist, es hat mit Klimawandel zu tun. Die reale Vernichtung der Existenz Tausender ist aber ein zu ernstes Thema, als dass man das Publikum mit diesem medialen Klimatheater desinformieren darf.

Doppelter Monolog

Vor EU-Russland-Gipfel: Moskau verlangt Passagierdaten

Kurz vor dem zweitägigen Treffen europäischer und russischer Vertreter auf dem EU-Russland-Gipfel in Jekaterinburg landeten die Russen einen Coup, mit dem in der EU niemand gerechnet hatte: Ab dem 1. Juli verlangt Moskau von europäischen Fluglinien die Weitergabe aller Passagierdaten, die bei einer Buchung von Flugtickets anfallen, von Kreditkartennummern, Sitzplatzpräferenzen bis zu Adressen und Kontaktdaten am Zielort. Dabei beschränkt sich das Dekret nicht nur auf Fluglinien, die auf russischem Gebiet landen, sondern auch diejenigen, die es nur überfliegen, sollen persönliche Informationen ihrer Passagiere den russischen Behörden melden. Sollten die Fluglinien sich weigern, weil die Weitergabe der Daten gegen EU-Recht verstößt, droht Moskau mit Flugverbot. Obwohl russische Behörden in ständigem Kontakt mit der EU-Kommission stehen, hatten sie diese zuvor nicht über ihre Absicht informiert.

Putin stärkt seine Machtposition

Als Gastgeber forderte Präsident Wladimir Putin eine Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen. „Wir sollten einander zuhören, die Interessen des anderen berücksichtigen und zusammenarbeiten“, sagte er. Beobachter halten den europäisch-russischen Dialog zurzeit eher für einen doppelten Monolog: EU-Vertreter wollen über Menschenrechtsverletzungen, die Bedingungen für ausländische Organisationen und den ungeklärten Mord an dem Rechtsanwalt Magnitskij sprechen, Russland hingegen beschäftigt seit Langem die Visafreiheit. Weil die EU diese in letzter Zeit zu eng mit dem Magnitskij-Fall verknüpft hat und Beamten Dienstvisa verweigert, erhielt sie jetzt eine Retourkutsche. Für Putin, der innenpolitisch unter Druck steht, ist ein selbstbewusstes Auftreten gegenüber der EU eine Möglichkeit, seine Machtposition zu behaupten. *M. Rosenthal-Kappi*

Erdogans Damoklesschwert

Türkei: Bei Eskalation kommt alles auf die Haltung des Militärs an

Immer dann, wenn der säkulare Verfassungsstaat in der Türkei in Gefahr war, von der Regierung ausgehöhlt oder beseitigt zu werden, hat das Militär die Macht übernommen und sie nach einiger Zeit wieder in die Hände des Volkes gelegt. Vor diesem historischen Hintergrund kommt der Unterstützung der Demonstranten in Istanbul durch Militärangehörige eine besondere Bedeutung zu. Die Militärs hassen Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan, nachdem er hunderte von Offizieren wegen angeblichen Hochverrats in dubiosen Schauprozessen hat aburteilen lassen. Damit hat er die Armee zwar weitgehend entmachtet, doch ist es ihm nicht gelungen, sie mit islamistischen Gefolgsleuten zu unterwandern.

Mit seiner Ankündigung, seine Anhänger gegen die Demonstranten aufmarschieren zu lassen, hat Erdogan einen Bürgerkrieg beschworen. Ein solcher gilt bei Experten als der einzig realistische Fall für eine Militärintervention. Denn solange Erdogans Position nicht ernsthaft durch das Volk ins Wanken gebracht worden ist, dürfte die Generalität nicht an einen Militärputsch denken. Sie fühlt sich traditionell der Verfassung verpflichtet und weiß, dass das Volk die Demokratie will. Inwieweit allerdings Militärkreise insgeheim daran arbeiten, die Unruhen zu schüren, um diese Situation herbeizuführen und den umstrittenen Regierungschef schließlich stürzen zu können, ist unklar. Eines aber weiß nicht nur Erdogan: Sollte die Situation eskalieren, wird er sich nicht auf die Streitkräfte verlassen und sie gegen das eigene Volk einsetzen können. Vielmehr dürfte das Militär die Regierungsgewalt übernehmen und das Land wieder in geordnete Verhältnisse überführen. Es wäre bereits das fünfte Mal in der Geschichte der türkischen Republik.

Wäre die Generalität zum Putsch bereit?

Jan Heitmann

Zwischenruf

Gezielte Desinformation

Die Parteien und ihre Hilfstruppen bei Presse, Hörfunk und Fernsehen haben den (Vor-)Wahlkampf für die Bundestagswahl am 22. September eröffnet. Es ist interessant, wie die Etablierten auf die neugegründete Mitbewerberpartei „Alternative für Deutschland“ (AfD) reagieren. Zunächst war Tabuisierung angesagt. Doch das war nicht erfolgreich, da der AfD täglich neue Mitglieder zuströmen. Neue Strategie: Rückgriff auf die bewährte Methode der Stalinzeit, die Desinformationskampagne. Naheliegend war da die Stigmatisierung der Neuen als Spinner und Ewiggestrige vom äußersten rechten Rand. Doch das läuft auch nicht, denn die Verantwortungsträger der AfD sind bewährte Persönlichkeiten, die privat, beruflich und im öffentlichen Ehrenamt untadelig für ihre Familien und die Gesellschaft Ansehen erworben haben.

Deshalb folgte eine subtilere Form der Desinformation. Die Nachrichtenagentur Reuters und die „Deutschen Wirtschaftsnachrichten“ (DWN) berichteten in der vorigen Woche, der Bundessprecher der AfD, Bernd Lucke, habe der schwarz-gelben Bundesregierung ein Koalitionsangebot für die Zeit nach dem 22. September gemacht. Dies war eine Falschmeldung, die Lucke umgehend mit einer Pressemitteilung korrigierte. Der AfD-Vorsitzende hatte in dem Interview mit Reuters eindeutig erklärt, dass eine etwaige Tolerierung einer Bundesregierung durch die AfD nach dem 22. September nur denkbar sei, wenn der Partner seine Position in der Euro-Rettungspolitik grundsätzlich verändere. Daraus machten Reuters und die „DWN“ ein Koalitionsangebot. Natürlich brachte die Meldung kurzfristig Unruhe in die neu gegründete Partei. Das war wohl beabsichtigt.

Vor drei Wochen schon brachte das „Handelsblatt“ eine sinnentstellende, ja böswillige Interpretation einer Interviewäußerung des AfD-Bundessprechers. Auch das war keine zufällige Fehlleistung.

Wilhelm v. Gottberg

Opfer entscheidungsunwilliger Politiker

In Hamburg gestrandete Schwarzafrikaner stürzen Behörden in Ratlosigkeit

Lange war absehbar, dass die in den letzten Jahren in Italien an Land gegangenen Afrikaner nicht auf ewig dort bleiben können, doch um eine Aussage, wie die Zukunft dieser Menschen aussehen soll, drücken sich die EU-Mitgliedsstaaten.

Traurig, aber wahr: Die Hansestadt Hamburg hat offenbar ein neues Touristenziel. „Das Problem ist der Tourismus – vor allem am Wochenende“, klagte Sieghard Wilm, Pastor der St.-Pauli-Kirche, der einigen der in Hamburg gestrandeten Schwarzafrikanern einen Schlafplatz anbietet, gegenüber dem NDR. Allerdings wird auch seit gut zwei Wochen über kaum ein Thema so viel berichtet. Auch der Sender „Radio Hamburg“ schickte einen Reporter aus, um die Männer zu interviewen.

Doch während die meisten Berichte vor allem beim NDR voller Mitgefühl mit den Männern sind, kommentierte der Radioreporter seinen Besuch mit den Worten, er habe schon wahrhaft angenehmere Termine gehabt. So wurde er, wenn er aus Sicht der Schwarzafrikaner die falschen Fragen stellte, wüst beschimpft. Auch klärte man ihn im gebrochenen Englisch darüber auf, dass es Deutschlands Pflicht sei, den Männern zu helfen, schließlich seien sie Opfer des Kolonialismus und zudem habe Deutschland als Nato-Mitglied Libyen bombardiert, so dass sie, die als Gastarbeiter in dem Land waren, flüchten mussten.

Die Toneinspielungen des Radiobeitrags waren gespickt mit dem englischen „f...“-Wort und der Reporter musste gar nicht sagen, dass einige der Männer aggressiv mit den Fäusten schwangen, man hörte an den Hintergrundgeräuschen, wie aufgeladen die Stimmung war.

Auch die Stimmung von Hamburgs Sozialsenator Detlef Scheele (SPD) ist dieser Tage durchwachsen. Nein, er werde keine festen Unterkünfte für die rund 300 Männer zur Verfügung stellen, ja, eine medizinische Notversorgung stehe ihnen selbstredend zur Verfügung, ja, sie würden in Sozialunterkünften mit Essen und Kleidung versorgt und nein, er würde keine Zeltstadt für sie errichten lassen, denn sonst beschimpfe man ihn dafür, dass er die Männer auf vom Regen aufgeweichten Wiesen dahinvegetieren lasse. Ständig klopfen Medien bei ihm an und wollen wissen, was er mit den Schwarzafrikaner zu tun gedenkt und kaum hat er einen Plan, wird dieser von anderer Seite boykottiert. Da wollte man zusammen mit der Nordkirche und der Diakonie ein Notfalllager in einer Schulturnhalle einrichten und dann machen die beiden Partner nicht mit, weil die Sozialbehörde es als Abschiebelager einrichten wollte. Während die Stadt keinerlei Zweifel daran lässt, dass sie alle während des Libyenkrieges über das Mittelmeer nach Italien geflüchteten Schwarzafrikaner zumindest zurück nach Italien schicken will, wollen Kirche und Diakonie eine Einzelfallprüfung vornehmen und je nach Schicksal einigen der Männer Asyl gewähren. Inzwischen sind die Männer illegal in Hamburg. Zuvor lebten sie zwei Jahre in einem Auffanglager in Italien, wurden dort aber nach dem Auslaufen der EU-Mittel für den Betrieb des Lagers im März von italienischen Behörden mit einem drei Monate gültigen Visum für den Schengenraum und 500 Euro gen Norden geschickt.

Kampagnenfähigkeit der Afrikaner ist sehr beachtlich

Hamburg Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) fordert derweil eine Änderung des Aufenthaltsrechts. „Diejenigen, die eine gute Integrationsleistung vollbracht haben – zum Beispiel, weil sie eine Arbeit haben oder weil sie in Deutschland einen Schulabschluss erworben haben – müssen einen unsicheren Aufenthaltsstatus in einen sicheren verwandeln können“, gab er sich sozial, redete aber an dem eigentlichen Problem vorbei. Denn schließlich haben die in Hamburg gestrandeten Afrikaner, die angeben, in Ländern wie Ghana, Togo oder Elfenbeinküste geboren worden zu sein, keinerlei Ausbildung in Deutschland. Allerdings staunt man über ihre Kampagnenfähigkeit. „Wir haben nicht den Nato-Krieg in Libyen überlebt, um auf Hamburgs Straßen zu sterben“, steht gleich in drei Sprachen auf schön und vor allem richtig geschriebenen Transparenten. Wer den Männern bei dieser Integrationsleistung geholfen hat, ist bisher jedoch nicht an die Öffentlichkeit gedrungen. Auch kann man die Männer verstehen, wenn sie angesichts der Reaktionen der italienischen und deutschen Behörden höchst unzufrieden sind. Sie sind inzwischen zum Spielball europäischer Regierungen geworden, die keinerlei Strategie haben, wie sie mit Männern wie Affo Tchassei und dem Nigerianer Friday umgehen sollen. Hamburg will die Männer auf jeden Fall loswerden und für die Stadt ist es am naheliegendsten, sie zurück nach Italien zu schicken. Nach bisheriger EU-Regelung ist das auch richtig, denn wenn das Visum ausgelaufen ist, haben sie nur die Möglichkeit, in dem Land, in dem sie zuerst europäischen Boden betreten haben, Asyl zu beantragen.

„Es ist ungerecht, wenn Italien 60 000 Flüchtlinge nimmt und Deutschland nur ein paar hundert. Wir brauchen deshalb eine europäische Lösung“, fordert die in der Hamburger Bürgerschaft sitzende Christiane Schneider von der Partei „Die Linke“. Doch da Italien die in Hamburg gestrandeten Männer auch nicht zurückhaben will, soll hinter den Kulissen darüber verhandelt werden, diese in ihre afrikanischen Heimatländer zurückzuführen. Zurück nach Libyen können sie nicht, weil sie dort als Schwarzafrikaner grundsätzlich im Verdacht stehen, als Söldner in der Armee des unterlegenen libyschen Ex-Machthabers Muammar Ghaddafi gedient zu haben, und ihnen somit im schlimmsten Fall der Lynchmord droht.

Rebecca Bellano



Mögen keine falschen Fragen: Die in Hamburg „gestrandeten“ rund 300 Schwarzafrikaner

Bild: pa

Die Schulden-Uhr: Teurer Prozess

Der sogenannte NSU-Prozess vor dem Oberlandesgericht München gegen Beate Zschäpe und vier Mitangeklagte wird rund 20 Millionen Euro teuer. Diese Schätzung hat zumindest die Bundesanwaltschaft gegenüber dem Bundesjustizministerium abgegeben. Mit 13 Millionen entfallen fast zwei Drittel davon auf die mehr als 80 Nebenkläger und deren Rechtsbeistände. Desweiteren zu Buche schlagen die Anwaltshonorare der Beschuldigten, Entschädigungen für Zeugen und Sachverständige, Übernachtungs- und Reisekosten sowie Dolmetscherhonorare. Falls die Angeklagten verurteilt werden, müssten sie für die Kosten aufkommen, würden dazu jedoch voraussichtlich nicht in der Lage sein, so dass der Bund so oder so einspringen wird. *M.R.*

2.083.435.531.880 €

Vorwoche: 2.082.907.297.245 €
Verschuldung pro Kopf: 25.408 €
Vorwoche: 25.401 €

(Dienstag, 4. Juni 2013, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Abrechnung mit Brüssel

EU-Kommissar Oettinger greift falsche Weichenstellungen an

Günther Oettinger (CDU), seit 2010 EU-Kommissar für Energie, zuvor CDU-Landesvorsitzender in Baden-Württemberg und Ministerpräsident des Landes (2005–2010), ist als Politiker streitbarer denn je. In der Frage möglicher EU-Strafzölle gegen China warnt der 59-Jährige vor einem Handelskrieg. Vorbei die Zeiten, als er vor allem durch eigenwilliges Englisch Zeichen setzte oder dem Deutschen den Rang einer Freizeitsprache vorhersagte.

„Europa muss besser werden!“ Unter dieser Aufforderung gab Oettinger rund 100 Gästen der Deutsch-Belgisch-Luxemburgischen Handelskammer die schonungsloseste je aus den eigenen Reihen stammende Beschreibung der EU ab. „Meine Sorge ist, dass zu viele glauben, alles wird gut“, so Oettinger, doch „Europa ist ein Sanierungsfall, der sich nicht als Besserwisser aufspielen darf.“ Es gebe keine Euro-Krise, sondern eine Krise der „europäischen Institutionen“, unterstützt jetzt Altkanzler Helmut Schmidt (SPD) den Kritiker. Grünen-Fraktionsvorsitzender Jürgen Trittin hielt Oettinger hingegen vor, „Oberlobbyist“ zu sein. Europaparlamentspräsident Martin Schulz (SPD) sagte, Oettinger sei „wohl der Gaul durchgegangen“.

Dass Europa „weniger Idealismus und mehr Vernunft und Struktur“ braucht, so Oettinger mit Blick auf die Energieversorgung, nimmt Brüssel zähneknirschend zur Kenntnis. Energie sei künftig „Game changer“ schlechthin, die Frage also, die über das wirtschaftliche Potenzial von Staaten entscheide, so Oettinger. Doch statt die Schuldenkrise zu bekämpfen, verharre die EU im „Gutmenschentum“ und habe „die wahre schlechte Lage noch immer nicht genügend erkannt“.

Einige EU-Staaten als »kaum regierbar« bezeichnet

Den Zustand einzelner Mitgliedsstaaten bilanzierte der Kommissar ebenfalls ungewohnt harsch. Frankreich sei schlicht „null vorbereitet“ auf die Fragen der Zeit. Eine Reform sei dort gefragt, „mit Rentenreform, was in Wahrheit Rentenkürzung heißt, längere Lebensarbeitszeit, Staatsquote runter“. Der Brite David Cameron müsse hingegen daheim mit einer „unsäglichen Hinterbank, seiner englischen Tea-Party“ fertig werden. „Mir machen Länder Sorgen, die im Grunde genommen kaum regierbar sind: Bulgarien, Rumänien, Italien“, zählte Oettinger laut „Bild“-Zeitung weitere Krisenstaaten auf und erntete von dort umgehend empörte Kritik. Rumäniens Außenminister Titus Corlatean forderte eine überzeugende Erklärung, Bulgariens Außenminister Kristian Wigenin nannte die Kritik „Missverständnis“.

Oettinger griff auch Deutschland an, das „auf dem Höhepunkt seiner ökonomischen Leistungskraft“ angelangt nicht mehr stärker werde. Schuld sei die „falsche Tagesordnung“ in Berlin „mit Betreuungsgeld, Frauenquote, Mindestlohn“. Das gehe auf Kosten der Wettbewerbsfähigkeit, die mit der Agenda 2010 gerade verbessert worden sei. Oettinger, der sich in Brüssel bisher der Kritik ausgesetzt sah, deutsche Interessen zu sehr im Blick zu behalten, warf den Deutschen Scheinheiligkeit in Energie- und Umweltfragen vor. So kümmere es nicht, wenn russisches Gas importiert werde, im eigenen Land hingegen solle die Schiefergasförderung verhindert werden. *SV*

Leere Drohungen

Brüssel fürchtet die Rache von Viktor Orbán

Es wäre nicht das erste Mal, dass die Deutschen die Kavallerie schicken.“ So lautet die jüngste Äußerung, mit der Ungarns Regierungschef Viktor Orbán nun scheinbar das Fass zum Überlaufen gebracht hat. Nachdem der Satz gefallen war, herrschte in Berlin und Brüssel kein Mangel an Vorschlägen, wie Ungarn zu bestrafen sei. Vom Ausschluss von Orbáns Fidesz-Partei aus der EVP-Fraktion im EU-Parlament, über das Einfrieren von Fördergeldern bis zum Entzug der Stimmrechte Ungarns ist die Rede. SPD-Spitzenkandidat Peer Steinbrück glänzte mit der Forderung, Ungarn müssen aus der EU ausgeschlossen werden.

2014 könnte das Jahr des Ungarn werden

Schaut man auf konkrete Maßnahmen, trifft man auf Zurückhaltung. Ungarn ist nach wie vor eines der größten Empfängerländer des Brüsseler Transfersystem. Aktuell ist die EU-Kommission sogar dabei, das Verfahren wegen des ungarischen Haushaltsdefizits fallen zu lassen. Zurückhaltung dominiert auch das EU-Parlament, wenn es darum geht, Orbáns Fidesz-Partei aus der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) auszuschließen.

Der Widerspruch zwischen starken Worten in Richtung Budapest und konkreten Aktionen kommt nicht von ungefähr. Das Vorhaben, Ungarn wegen Verstoßes gegen Grundwerte aus der EU auszuschließen, hat kaum Chancen. Zustimmen müssten vier Fünftel der Mitgliedstaaten und eine Zweidrittelmehrheit im EU-Parlament. Scheitert der Versuch, könnte Orbán in der dann endgültig vergifteten Atmosphäre für Brüssel zu einem Albtraum werden.

Orbáns Trumpf: die Wahlen zum EU-Parlament im Mai 2014. Orbáns Fidesz hat gute Chancen, einen Großteil der 21 Mandate abzuräumen, die Ungarn im EU-Parlament zustehen. Die Partei – wahrscheinlich nicht mehr in die EVP-Fraktion eingebunden – könnte dann eine Entwicklung verstärken, die man in Brüssel ohnehin für 2014 befürchtet: den massiven Einzug von Anti-EU-Parteien wie der britischen Ukip ins EU-Parlament. Werden diese Kräfte zu stark, dann werden Pläne, bis 2018 einen neuen EU-Vertrag durchzusetzen, von vornherein nicht machbar. *N.H.*

Milieuschutz

Von Vera Lengsfeld

An Heinrich Zille und sein „Miljö" haben die Berliner die freundlichsten Erinnerungen. Es wurde sogar in Liedern besungen: „Det war sein Miljö", lautete der Refrain eines Berliner Ohrwurms.

Nun sind die Berliner Grünen dabei, dem Begriff Milieu eine ganz neue Konnotation zu verpassen. Milieuschutz ist die neue Formel, die alle Verbote umfasst, die sogenannte „Luxussanierungen" verhindern sollen.

Die Idee stammt vom grünen Pankower Stadtrat Kirchner, der in der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentum und die Verbesserung der Wohnverhältnisse eine wilde kapitalistische Gefahr sieht, der man entschlossen entgegentreten muss.

Wie er der „Berliner Zeitung" mitteilte, durchforstete er die Gesetze und wurde fündig: Paragraf 172 des Baugesetzbuches beschäftigt sich mit der „Erhaltung baulicher Anlagen und der Eigenart von Gebieten". Also erließ das Bezirksamt Pankow eine „Milieuschutzverordnung", laut der seit diesem Jahr in Pankow bei Sanierungen der Einbau eines zweiten Bades, von Innenkaminen, Fußbodenheizungen und Autostellplätzen untersagt sind. Auch gegen Ferienwohnungen macht sich Kirchner stark. Als nächstes möchte er die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen verbieten.

Diese Verbotsorgie, die einen erheblichen Eingriff in die Vertragsfreiheit und das Eigentumsrecht darstellt, hat laut Kirchner nichts mit „Sozialismus" zu tun. Stimmt! Es ist der postsozialistische grüne Totalitarismus, der hier sein hässliches Haupt erhebt. Natürlich ausschließlich im Dienste des Guten. Alles soll bleiben, wie es ist. Veränderungen, auch zum Besseren, sind des Teufels.

Kirchners Ideen haben Schule gemacht. Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg hat sie umgehend aufgegriffen. Die denkmalsgeschützte Anlage „Riemers Hofgarten" soll mittels Milieuschutzverordnung vor der drohenden „Luxussanierung" bewahrt bleiben. Viele der 200 Wohnungen der Anlage stehen schon leer. Da droht aus Sicht des grünen Bezirksbürgermeisters Ungemach, das dringend abgewendet werden muss.

Das soll erreicht werden, indem die Zusammenlegung zweier kleiner Wohnungen verboten wird, der Einbau von Doppel-Handwaschbecken, eines zweiten WCs. Zuvor wird aber die Bürokratie in Bewegung gesetzt: eine „sozialempirische Untersuchung" soll es geben, die in vier Jahren wiederholt wird, um herauszufinden, ob die Voraussetzungen für „Milieuschutz" Bestand haben. Auf diese Weise schafft grüne Verbotspolitik Arbeitsplätze, wenn auch unproduktive. Elf Gebiete gibt es bereits in den beiden Bezirken, wo die sogenannte" soziale Erhaltungsverordnung" gilt. Tendenz steigend.

Grün wirkt!

Mehdorns Flughafen-Attrappe

Flughafen-Chef plant Teileröffnung – Doch was bringt die eigentlich?



Inszeniert sich gern als Macher: Plant Harmut Mehdorn mit dem BER-Flughafen Ähnliches, wie er es bei „Air Berlin" versucht hat?

Bild: Reuters

Mehr als einmal werden es Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) und Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) inzwischen bereut haben, dass sie dem neuen Flughafenchef Hartmut Mehdorn in aller Öffentlichkeit einen Freibrief erteilt haben. „Ohne Denkverbote" sollte Mehdorn prüfen, was zu einer zügigen Eröffnung des Pleiteprojekts Hauptstadtflughafen zu tun sei und genau das hat er jetzt auf seine eigenwillige Art getan.

Mehdorn, der eigentlich bis Spätsommer ein schlüssiges Gesamtkonzept vorlegen soll, macht von der eingeräumten Freiheit inzwischen reichlich Gebrauch. Er präsentiert Vorschläge, die Platzeck und Wowereit regelmäßig auf dem falschen Fuß erwischen. Erst einmal abgebügelt scheint Mehdorns Forderung, Berlins alten Flughafen Tegel länger offenzuhalten als vereinbart. Mehdorns neuester Clou: Eine Teileröffnung von BER schon in diesem Jahr. Die Billig-Fluglinie „Easy Jet" soll den Vorreiter machen und bereits ab dem Herbst den Flughafen nutzen.

Was auf den ersten Blick wie ein Befreiungsschlag wirkt, ist bei näherem Hinsehen allerdings reichlich unausgegoren. Am Kernproblem, dem nicht funktionierenden Hauptterminal, wird Mehdorns Schnellschuss nichts ändern. Bei den Einnahmen bleibt es ein Nullsummenspiel: „Easy Jet" – ohnehin nur mit Sonderkonditionen nach Berlin gelockt – zieht lediglich von einem Flughafen der Gesellschaft auf einen anderen um. Stattdessen drohen weitere Kosten: Das Nordterminal, das „Easy Jet" nutzen soll, ist nur ein Anhängsel des immer noch unfertigen Hauptgebäudes. Es sind somit weder Abfertigungsschalter noch Gepäckbänder vorhanden.

Bleibt die Frage, was Mehdorn zu dem Vorstoß bewegt haben könnte. Schaut man auf seinen Werdegang in der Wirtschaft, dann ist ein Hang zu Schnellschüssen mit kostspieligen Folgen nicht zu übersehen. Die Deutsche Bahn machte Mehdorn für den Börsengang so fit, dass viele Gleisanlagen schon nach wenigen Jahren Sanierungsfälle waren. Bei seinem Zwischenspiel bei „Air Berlin" bemerkte er die Schieflage der Fluglinie lange Zeit nicht: Ehe er endlich auf Sanierung umschaltete, wollte er sogar noch Flieger dazu kaufen. Im Fall des Berliner Großflughafens könnte Mehdorn inzwischen allerdings eine Ahnung davon haben, welche Gefahr dem Projekt droht: Die Flughafen-Attrappe, deren Eröffnung mittlerweile zum vierten Mal verschoben wurde, ist mit den verfügbaren Finanzen kaum noch fertigzustellen. Schon jetzt haben sich die Kosten auf 4,3 Milliarden Euro verdoppelt. „Selbst im besten Fall durchbricht das Projekt die Fünf-Milliarden-Mauer", so die Prognose eines Gesellschafter-Vertreters. Damit dürfte das Ende der Fahnenstange noch nicht einmal erreicht sein. Für ein Projekt, das vor einem Jahr kurz vor der Eröffnung gestanden hat, ist die Liste der noch anstehenden Kosten erstaunlich lang. Das jüngste Urteil zum Schallschutz wird ein Loch von mindestens 300 Millionen Euro in die Kasse reißen. Zu stemmen ist ebenso die Sanierung der baufälligen Nordbahn des BER, die noch aus DDR-Zeiten stammt. Geschätzte Kosten: 150 Millionen Euro. Noch völlig offen ist die Höhe der Schadenersatzforderungen von Unternehmen wie „Air Berlin" oder Deutsche Bahn wegen der Eröffnungsverschiebung. Schon jetzt sind jeden Monat 20 Millionen Euro für den Unterhalt fällig, weitere 15 Millionen Euro entgehen jeden Monat an Einnahmen. Macht insgesamt 240 Millionen Euro für jedes Jahr, in dem BER nicht in Betrieb geht. Wenig beachtet, verbirgt sich in der Bilanz der Flughafengesellschaft noch ein besonderes Schmankerl. Ein Zinsswap-Geschäft zur Absicherung aufgenommener Kredite. Inzwischen nahezu wertlos, wird der Posten immer noch zum Anschaffungspreis von rund 250 Millionen Euro bilanziert.

> Ziel ist es auch, vollendete Tatsachen zu schaffen

Über allem schwebt als unbekannte Größe die Kostenfrage für das Flughafen-Terminal. Muss wirklich nur beim Brandschutz nachgebessert werden oder handelt es sich beim Terminal um einen totalen Sanierungsfall, da es zu klein konzipiert und abweichend von der Baugenehmigung hochgezogen wurde?

Angesichts dieser Aussichten könnte Mehdorns Teileröffnungsplan nichts anderes als der Versuch sein, vollendete Tatsachen zu schaffen. Sein Kalkül könnte wie folgt lauten: Noch bevor im Herbst die Gesamtkosten auf dem Tisch liegen, muss der Betrieb auf dem Flughafen angelaufen sein. Selbst wenn dann über horrende Mehrkosten diskutiert werden muss, wird die Macht des Faktischen verhindern, dass das Projekt insgesamt zur Debatte gestellt wird. Dass bei den drei Gesellschaftern – Berlin, Brandenburg und der Bund – in Bezug auf die Kosten irgendwann die Schmerzgrenze erreicht sein könnte, ist nur eine der drohenden Gefahren. Auch die EU müsste den Nachschuss weiterer öffentlicher Gelder erneut abnicken.

Tatsächlich dürfte es sogar Brüssel sein, wo die eigentliche Entscheidung über die Zukunft des Flughafens fällt. Als Ende 2012 die letzte Zahlung der Gesellschafter über 1,2 Milliarden Euro von der EU-Kommission abgesegnet wurde, war aus Brüssel zu hören, dass letztmalig nur noch einmal ein Zuschuss von 800 Millionen Euro genehmigungsfähig sei. Die Gefahr ist groß, dass zur Fertigstellung von BER dieser Finanzrahmen nicht mehr ausreichen wird. Das Projekt würde dann vor dem endgültigen Aus oder aber vor der Privatisierung stehen. Spätestens dann könnte Mehdorn mit einem neuen Tabubruch aufwarten: Schon als Chef von „Air-Berlin" war er für eine Überraschung gut, als er die arabische Fluglinie Ethihad als Investor für den Sanierungsfall „Air Berlin" aus dem Hut zauberte.

Norman Hanert

»Wollen Sie uns verarschen?«

Der Prozess im Fall Jonny K. muss neu beginnen

Der Prozess im Fall Jonny K. ist geplatzt. Das Gericht brach den Prozess wegen der Besorgnis der Befangenheit des Schöffen Siegfried K. ab. In der Vorwoche hatte er den Tatzeugen Ali Y., der sich auf einmal angeblich an gar nichts mehr erinnern konnte, mit den Worten angeherrscht: „Sind Sie zu feige, hier eine Aussage zu machen, oder wollen Sie uns verarschen?" Die Verteidiger der sechs türkischstämmigen Angeklagten, denen vorgeworfen wird, im Oktober 2012 Jonny K. auf dem Berliner Alexanderplatz totgeschlagen und totgetreten zu haben, stellten Befangenheitsanträge. Der Staatsanwalt hatte sie für unbegründet erklärt, ebenso Anwalt Roland Weber, der die Nebenklägerin Tina K., die Schwester des Opfers, vertritt.

Noch war offen, wie das Gericht entscheidet. Doch am fünften Verhandlungstag prangte in großen Lettern auf der Titelseite der Boulevardzeitung „B.Z.": „Berlins mutigster Schöffe." In dem Blatt wurde Siegfried K. so zitiert: „Am Montag werden die Verteidiger noch ein bisschen motzen. Die wollen halt den Prozess kaputtmachen. Das haben die doch schon mehrmals so gemacht. Auch mit dem Befangenheitsantrag gegen die Anwälte der Opfer." Richtig ist, dass ein Verteidiger beantragte, Anwalt Weber abzuberufen, weil dieser auch Opferbeauftragter des Berliner Senats ist und es deshalb angeblich eine Interessenkollision gebe.

> Derzeit sind nur noch zwei Angeklagte in Haft

Über diesen Antrag hätte eigentlich an diesem Tag entschieden werden sollen. Doch dazu kam es gar nicht erst. Es ging nur noch um den Schöffen, und es war sofort klar, dass er nicht mehr zu halten war. Siegfried K. bestritt, die Aussagen gegenüber der „B.Z." gemacht zu haben. Der Pressesprecher des Gerichts telefonierte mit der „B.Z", deren Reporter kündigte eine eidesstattliche Versicherung an, dass die Äußerungen des Schöffen zutreffend wiedergegeben seien.

Das Gericht beschloss, den Prozess möglichst bereits am 6. Juni neu zu beginnen. Die Verteidiger verzichteten auf formelle Ladungsfristen. Dafür nutzten sie die Gunst der Stunde, um Anträge auf Haftverschonung für ihre Mandanten zu stellen. Hüseyin I., Melih Y. und Osman A. wurden auf freien Fuß gesetzt. Memet E. kam nie in U-Haft. Inhaftiert sind nur noch Onur U. und Bilal K. (siehe Kommentar Seite 8).

Michael Leh

Potsdamer Parkgerangel

Die Stadt will Touristen oder Schlossparkbesucher zur Kasse bitten

Potsdam steht eine Bettensteuer nach Berliner Vorbild bevor. Potsdams Bürgermeister Jann Jakobs (SPD) scheitert indes mit seinem Plan einer Tourismusabgabe für Händler, Gastwirte und Gewerbetreibende an einer breiten Opposition. Auslöser der möglichen Abgabe ist der Streit um ein Eintrittsgeld für den Schlosspark von Sanssouci, ein Streit, der nun die Rolle der Stadt als Tourismusmetropole gefährden könnte.

Rund eine Million Übernachtungsgäste zählt Potsdam im Jahr. Der Tourismus ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor der Weltkulturerbestadt. Diese erhebt bereits einige Steuern, wie die 2006 eingeführte Vergnügungssteuer. Bei der Gewerbesteuer verzeichnete die Stadt jüngst die zweithöchsten Zuwächse in der Region, ein Einnahmeplus von 14,6 Millionen Euro. Entsprechend scheiterte der von Jakobs gestützte Plan, Handel und Gewerbe nun auch noch über eine Tourismusabgabe am Eintritt für Potsdams Schlossgärten zu beteiligen. Die Abgabe hätte das Gros der Potsdamer Dienstleister zur Kasse gebeten.

> Weitere Einnahmequelle wird gesucht

Nun geht der Streit in eine neue Runde, denn die Schlösserstiftung braucht Geld: Eine Million Euro jährlich soll sie nach bisherigen Plänen von der Stadt erhalten. Entweder kommt also ein Eintrittsgeld für die Parkanlagen oder eine Bettensteuer nach Berliner Modell. „Damit setzt Potsdam seinen Ruf als Touristenstadt aufs Spiel", sagte Olaf Lücke, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (Dehoga) Brandenburg. Doch nicht nur die Wirte sind gegen eine Bettensteuer: CDU-Kreischefin Katherina Reiche machte deutlich, „dass weder Parkeintritt noch Tourismusabgabe akzeptabel für Potsdam" seien. Für Potsdams Politik droht nun ein peinlicher Dauerstreit um die Finanzierung der Gärten. Das Geld für die Schlösserstiftung lässt sich über eine Bettensteuer absehbar nicht schnell genug eintreiben und auch die Kosten für den Unterhalt der Gärten steigen weiter. Die angestrebte Finanzierung wäre laut einem Gutachten der Partei „Potsdamer Demokraten" ein einmaliger Fall in Deutschland, dessen Zulässigkeit erst noch zu klären sei. Für das kommunalpolitisch aktive „Bürgerbündnis" ist der Streit ohnehin überflüssig: „Die meisten Besucher haben kein Problem mit einem Parkeintritt – und auch die meisten Potsdamer nicht."

SV

Zeitzeugen



Svenja Schulze – Die nordrhein-westfälische Wissenschaftsministerin (SPD) will den Anteil der befristeten Arbeitsverträge in der Wissenschaft eindämmen und bessere Arbeitsbedingungen an Hochschulen und Forschungsinstituten durchzusetzen und startete hierfür eine Bundesratsinitiative.

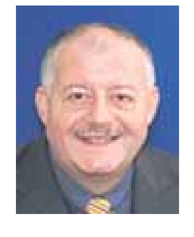


Andreas Keller – Das Vorstandsmitglied der Lehrergewerkschaft GEW kritisiert die stagnierende Grundfinanzierung der Hochschulen und sieht deren Steuerung über Drittmittel als politisch gewollt an. Er fordert Mindestvertragslaufzeiten bei Beschäftigungen und deren unbürokratische Verlängerung anhand des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes.



Annette Schavan – Die in diesem Jahr wegen Plagiatsverdachts bei ihrer Doktorarbeit von ihrem Amt zurückgetretene Bundesministerin für Bildung und Forschung (CDU) sah 2007 befristete Verträge als Grundlage für erfolgreiche Karrieren und die Persönlichkeitsentwicklung der Forscher an.

Andrea Staniszewski – Die Beraterin bei der Deutschen Stiftung Patientenschutz sieht das Gespräch zwischen Arzt und Patient als Voraussetzung dafür an, dass die Patienten sich verstanden fühlen und ihnen die Angst vor einer Operation genommen wird. „Wie schwierig muss das für einen Arzt sein, dem der entsprechende Wortschatz fehlt?“



Frieder Hessenauer – Der Präsident der Landesärztekammer Rheinland-Pfalz hält gute Deutschkenntnisse im Umgang mit Patienten für besonders wichtig. „Aber unsere Erfahrung der vergangenen Jahre hat gezeigt, dass bei einem hohen Anteil der ausländischen Ärzte die deutschen Sprachkenntnisse unzureichend sind“, sagte der Kammerpräsident im Mai 2013.

Forscher auf Zeit

Hochschulen bieten Nachwuchswissenschaftlern immer öfter prekäre Arbeitsbedingungen

Ein Studium gilt immer noch als bester Schutz vor Arbeitslosigkeit. Doch wie das Statistische Bundesamt jetzt mitteilte, sehen 80 Prozent des wissenschaftlichen Nachwuchses einer ungewissen Zukunft entgegen. 2011 erhielt die Mehrheit der 25- bis 29-jährigen beschäftigten Akademiker an Hochschulen und Forschungseinrichtungen lediglich einen befristeten Arbeitsvertrag. Damit ist diese Gruppe gegenüber anderen Erwerbstätigen in diesem Alter deutlich benachteiligt.

Die Beschäftigung über Zeitverträge ist von Branche zu Branche unterschiedlich: So betrug beispielsweise die Befristungsquote der 25- bis 29-jährigen Hochschulabsolventen bei Finanz- und Versicherungsdienstleistern gerade einmal sieben Prozent, im verarbeitenden Gewerbe lag sie bei 11,4 Prozent und in der öffentlichen Verwaltung bei 29,2 Prozent. Also sind es fast ausschließlich die Hochschulen, die eigentlich ein massives Interesse haben sollten, sich die Besten der besten Akademiker zu sichern, welche prekäre Arbeitsbedingungen bieten. Dabei gehören derartige Arbeitsverhältnisse keineswegs zu den Lebenszielen der Absolventen oder anderer Erwerbstätiger, insbesondere derjenigen, die am Anfang ihres Berufslebens stehen. Lediglich 2,9 Prozent des Nachwuchses wünscht für sich keine Daueranstellung.

Auch bei älteren Beschäftigten im Hochschulbereich sind die Anteile befristeter Verträge überdurchschnittlich hoch. Die Quote lag bei den 30- bis 34-jährigen Wissenschaftlern bei 70 Prozent.

> Befristete Verträge schrecken viele Akademiker ab

Spätestens Postdoktoranden stehen deshalb vor der Frage, ob sie ihre Karriere an Hochschulen fortsetzen können oder in die freie Wirtschaft wechseln müssen. Gelingt es ihnen nicht, für die Habilitation Forschungsgelder zu akquirieren, stehen sie vor einer beruflichen Neuorientierung. Und obwohl Hochschulen heute eigenverantwortlich über die Mittel verfügen, schaffen sie keine oder kaum unbefristete Stellen für den Nachwuchs, der immer öfter über großes Engagement, wissenschaftliche Kenntnisse, Auslandserfahrung und Fremdsprachenkenntnisse verfügt. Einher geht damit die Gefahr, dass das Know-how in die Wirtschaft oder in das Ausland abwandert, im schlimmsten Fall sogar ungenutzt bleibt.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung sieht die Befristung aber als erforderliche Persönlichkeitsentwicklung der Wissenschaftler an. Dabei sei wichtig, „dass sie sich in zeitlich befristeten Projekten in unterschiedlichen Forschungsgruppen profilieren“. Weil Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen zunehmend ihre Forschungsarbeiten über Drittmittel finanzieren, würden Dauerstellen die Chancen für die jüngeren Akademiker verbauen, so dass die Mitarbeiter nur für die Projektzeiträume beschäftigt sein sollen. Mit dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz von 2007 wollte die damalige CDU-CSU-SPD-Bundesregierung den Hochschulen den nötigen Gestaltungsspielraum geben, um auch kurzfristig planen zu können. Doch nun zeigt sich, dass das zu Lasten der persönlichen Lebensplanung des Wissenschaftsnachwuchses geht.

Die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft hat nunmehr mit dem Herrschinger Kodex einen Leitfaden für berechenbare Karrierewege und stabile Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen vorgelegt. Die GEW schlägt vor, dass bei Drittmittelstellen die Dauer des Beschäftigungsverhältnisses mindestens der Laufzeit des betreffenden Projekts entsprechen muss. Und Wissenschaftlern soll grundsätzlich zunächst eine Vollzeitbeschäftigung angeboten werden.

Bislang ist aber der wissenschaftliche Nachwuchs bis auf wenige Ausnahmen in prekären Beschäftigungsverhältnissen angestellt, oft mit Arbeitsverträgen, die nur wenige Monate laufen. Das funktioniert nur, weil die Forscher ein hohes Maß an Idealismus und auch die nötige Leidensfähigkeit mitbringen. *Ulrich Blode*



Lebensrettende Forschung: Eine Doktorandin der Universität Leipzig bereitet unter einem Mikroskop frische Hirnschnittkulturen von Mäusen für die Kultivierung vor. Die Wissenschaftler haben ein neues System entwickelt, bei dem frisch operierte Hirntumore so am Leben erhalten werden, dass die Wirkungen unterschiedlicher Therapien an ihnen getestet werden können. Bild: pa

Jugend forscht und lehrt

Die Juniorprofessur wurde 2002 geschaffen, um herausragenden Wissenschaftlern einen neuen Karriereweg zu eröffnen und bereits in einem Alter von 30 Jahren eigenständiges Forschen und Lehren zu ermöglichen. Vorher war es üblich, dass eine Professur nur über das Erreichen der Habilitation verwirklicht wurde. Nunmehr sollte dies bereits durch eine hervorragende Dissertation und die besondere Befähigung zu vertiefter selbstständiger wissenschaftlicher Leistung gelingen.

Nach Angaben des Bundesministeriums für Bildung und Forschung sind bislang rund 900 Juniorprofessuren an 65 Universitäten eingerichtet worden, von denen zwei Drittel besetzt sind. Der Frauenanteil liegt mit 36 Prozent höher als bei allen Professuren mit 17,4 Prozent.

Juniorprofessur läuft schleppend

Als Modell der wissenschaftlichen Qualifizierung soll die Juniorprofessur Deutschland und damit die heimische Wissenschaft attraktiver für die Forscher machen. Jedoch ist die Habilitation der bevorzugte Weg für eine Karriere, rund 1500 bis 1800 werden jährlich abgeschlossen. Doch nur 40 Prozent der Habilitierten erhalten auch eine Festanstellung in der Forschung.

Nicht alles läuft wie vorgesehen bei der Juniorprofessur. So berichtet, Albert Kümmel-Schnur, bis 2010 Juniorprofessor für Digitale Medien und Kunst an der Universität Konstanz, dass zumindest in den Geisteswissenschaften eine Juniorprofessur aufgrund der fehlenden Habilitation nicht ebenbürtig zu anderen Professuren gesehen wird. Zwar ist in fast allen Hochschulgesetzen festgehalten, dass positiv evaluierte Juniorprofessoren auf eine unbefristete Professur berufen werden können, doch genau bei dieser sogenannten Tenure-Track-Option zögern die Hochschulen noch mit entfristeten Stellen. *U.B.*

Tödliche Sprachprobleme

Ärzte aus dem Ausland verstehen zu oft ihre Patienten nicht

Wer in den umfangreichen Stellenteil des „Deutschen Ärzteblattes“ schaut, wird sich des Ärztemangels in Deutschland bewusst. Da trifft es sich gut, dass bundesweit die Zahl ausländischer Ärzte von fast 15000 im Jahr 2000 auf rund 33000 Ende 2012 gestiegen ist. Das funktioniert aber nur, wenn die Ärzte ausreichende Sprachkenntnisse mitbringen und ein Vertrauensverhältnis zum Patienten aufbauen, weil nur so die richtigen Informationen über Symptome und Behandlung vermittelt werden.

Auf Verständigungsprobleme mit dem Personal aus dem Ausland wies Anfang 2013 erneut die Bundesärztekammer hin. So sei der Nachweis adäquater Sprachkenntnisse bundesweit durch rechtsverbindliche Vorgaben zu regeln. Gegenüber dem „Deutschlandradio“ gab der Chef der Berliner Ärztekammer, Günther Jonitz, an, dass sich zunehmend Menschen beschweren, die sich mit ihrem Arzt nicht mehr verständigen können. Auch zwischen dem medizinischen Personal käme es zu Problemen. Auf der einen Seite gebe es viele engagierte ausländische Ärzte, andererseits berichteten Chefärzte, dass sie sich nur noch mit einem Drittel ihrer Mitarbeiter auf Deutsch unterhalten könnten. Die „miese Gesundheitspolitik“, so Jonitz, lasse deutsche Ärzte und Krankenschwestern dorthin auswandern, wo sie anerkannt werden. Die Lücken füllen Mediziner aus anderen Ländern auf, für deren Einarbeitung an den deutschen Krankenhäusern kaum Zeit und Personal vorhanden sind.

> Einheitliche Sprachtests gefordert

Einen neuen Weg geht Rheinland-Pfalz in der Ausbildung ausländischer Ärzte. Häufigste Verständigungsfehler seien laut der Ärztekammer des Bundeslandes, dass beispielsweise Blutzucker und Bluthochdruck verwechselt werden, was bei der Medikamentation schwere Folgen nach sich ziehen kann. Aber auch Spezialbegriffe – wie beispielsweise CT für Computertomografie – würden nicht verstanden. Das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung und die Heilberufekammern entschieden sich für eine umfassende Prüfung, bevor die Berufserlaubnis und die Approbation erteilt werden. Seit August 2012 haben sich 142 Ärzte für die Sprachprüfung der Kammer in Mainz angemeldet. Etwa 40 Prozent der Kandidaten bestehen jedoch nicht, weil sie sich mit den Patienten nicht verständigen können oder weil sie den Prüfungstermin wieder absagten. „Die bisherigen Prüfungen haben gezeigt, dass auch Inhaber eines Sprachdiploms der Stufe B2 beziehungsweise C1 oft nicht in der Lage sind, in ausreichendem Maße mit einem Patienten zu kommunizieren“, sagte Jürgen Hoffart, Hauptgeschäftsführer der Landesärztekammer.

Für die Patientensicherheit und das Vertrauen in die Medizin sei es erforderlich, so der Marburger Bund, dass verpflichtend zertifizierte Kurse zur Alltagssprache und zu medizinischen Fachbegriffen abgeschlossen werden, was derzeit nicht einheitlich geregelt ist. Dem steht aber der politische Wille entgegen, dass mit dem 2012 beschlossenen Anerkennungsgesetz die Integration ausländischer Fachkräfte, auch der Medizin, vereinfacht werden soll. *U.B.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@ preussische-allgemeine.de
anzeigen@ preussische-allgemeine.de
vertrieb@ preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **3206**

Versteckte Euro-Rettung

Deutschland droht Altersarmut und mehr, doch keine der etablierten Parteien tut etwas dagegen, im Gegenteil

Gefragt, ob sie bei der kommenden Bundestagswahl einen Kanzlerkandidaten wählen würden, der ein weiteres Euro-Rettungsprogramm oder gar eine Enteignung der Sparer auf seiner Agenda hat, dürfte die Antwort der meisten Deutschen eindeutig ausfallen. Dass sich der Staat längst auf Kosten der Sparer saniert, ist vielen nicht bewusst.



Immer weniger wert: Dieses Mal ist es nicht eine hohe Inflation, sondern der Umstand, dass es auf Spargelder kaum Zinsen gibt, der zusammen mit einer leichten Inflation das Geld entwertet Bild: action press

Für viele Fondsmanager und Vermögensverwalter ist es der Trend, der nicht nur die nächsten Jahre, sondern sogar Jahrzehnte beherrschen dürfte, kaum ein Sparer dürfte dagegen eine Vorstellung davon haben, was sich hinter dem Begriff „Finanzielle Repression“ verbirgt. Die Unkenntnis ist kaum verwunderlich, denn die finanzielle Repression ist die ultimative Geheimwaffe der Politik, um sich trotz Schuldenbergen sowohl um Einsparungen als auch um einen Staatsbankrott herumzudrücken.

Wie das Prinzip funktioniert, wird mit Blick auf die aktuelle Verzinsung von deutschen Staatsanleihen schnell deutlich. Während selbst zehnjährige Bundesanleihen nur noch rund 1,5 Prozent an Zinsen abwerfen, beträgt die offiziell ausgewiesene Teuerungsrate ebenso viel. Das Resultat: ein Realzins von Null. Da die Inflation auch gern bei zwei Prozent und mehr liegt, wird der Wert der Geldanlage auf Dauer durch diese schleichend aufgezehrt. Wird das Ganze mit staatlichem Druck kombiniert, um die niedrigverzinsten Staatsanleihen an den Mann zu bringen, dann spricht man von finanzieller Repression.

Der Werkzeugkasten, um diese schleichende Enteignung der Sparer zu Wege zu bringen, ist reich gefüllt. Nötig ist zum einen, dass die Zentralbanken die Zinsen an den Kapitalmärkten künstlich niedrig halten, etwa durch den Kauf von Staatsanleihen wie dies die Europäische Zentralbank (EZB) und die US-Fed längst tun. Dazu kommen eine stete Prise von Inflation und phantasievolle Instrumente, die für den zwangsweisen Absatz von Staatsanleihen sorgen. In Frankreich, Irland und Portugal haben etwa Pensionsfonds inzwischen Auflagen erhalten, stärker in heimische Anleihen zu investieren. Die gesamte Regelung, wonach Banken Staatsanleihen in ihren Bilanzen nicht mit Eigenkapital als Risikovorsorge hinterlegen müssen, ist nichts anderes als eine Absatzförderung für Staatsanleihen.

> Schleichende Enteignung sorgt nicht für Aufregung

Im Vergleich dazu geradezu brachial sind dagegen die USA nach dem Zweiten Weltkrieg vorgegangen. Als es darum ging, den durch den Zweiten Weltkrieg angehäuften Schuldenberg wieder loszuwerden, wurden Pensionsfonds und Versicherungen dazu verdonnert, niedrig verzinste Zwangsanleihen des Staates zu kaufen. Das Resultat: Die USA konnten zwischen 1945 und 1955 ihre Staatsschulden fast halbieren, bis Ende der 1970er hatte Washington so einen Großteil seiner Schulden sogar zum Verschwinden gebracht. Inzwischen steht die finanzielle Repression zur Sanierung der Staatsfinanzen auf Kosten der Sparer wieder auf der Tagesordnung – nun aber im globalen Maßstab. Vorläufer war wieder einmal die US-Zentralbank, die schon seit Längerem erneut für negative Realzinsen sorgt, etwa indem über Anleihekäufe und niedrige Leitzinssätze die Zinskurve nach unten manipuliert wird. Nichts anderes wird inzwischen von der EZB unter Mario Draghi praktiziert.

Fatalerweise sind die idealen Opfer einer solchen Entschuldungsstrategie die Deutschen: Im internationalen Vergleich ist die Sparquote traditionell hoch, ein weitverbreiteter ökonomischer Analphabetismus sorgt dafür, dass die schleichende Enteignung – zumindest bisher – kaum durchschaut wird. Die Folgen der finanziellen Repression werden früher oder später aber kaum jemanden verschonen.

> Wegen ihrer hohen Sparquote sind die Deutschen ideale Opfer

Was vielen Deutschen künftig bei ihrer privaten Altersversicherung droht, wird anhand einer Berechnung der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ deutlich. Demzufolge hat sich die Auszahlung einer Kapitallebensversicherung für einen typischen Vorsorgesparer seit 1995 mehr als halbiert. Der Grund: das stetig gesunkene Zinsniveau. Angesicht der inzwischen noch weiter gesunkenen Zinsen wird diese Entwicklung sogar noch an Fahrt aufnehmen. Die absehbare Folge: weitverbreitete Altersarmut.

So wie bisher der Aufschrei bei der Herbeiführung marktwidriger Niedrigzinsen durch die EZB ausgeblieben ist, so gut ist die Bundesregierung bisher auch mit einer anderen Taktik durchgekommen. Während man mit der energischen Ablehnung von Euro-Bonds bei der Masse der Wähler gut punkten kann, ist die Transferunion insgeheim längst Realität – wiederum mit Hilfe der EZB. Über Käufe von Staatsanleihen, Kredite für marode Banken und offene Forderungen des Target2-Zahlungssystems haftet über den Umweg Deutsche Bundesbank der deutsche Steuerzahler mittlerweile für Hunderte von Milliarden Euro. Bis der Masse der Deutschen klar ist, welche Schäden die EZB damit und mit der schleichenden Enteignung der Sparguthaben anrichtet, dürfte noch einige Zeit vergehen. Langfristig ist zu befürchten, dass ein kollektives Trauma wie durch die Hyperinflation von 1923 entstehen könnte, so dass der europäische Gedanke in Deutschland einen irreparablen Schaden erleidet.

Norman Hanert

MELDUNGEN

Umweltverbände setzen auf Boykott

Berlin – Umweltminister Peter Altmaier (CDU) wollte dieses Mal alles besser machen und lud Anfang Juni Bürger und Umweltorganisationen zum Gespräch über das neue Endlagersuchgesetz. Er wolle die Argumente und Einwände der Bevölkerung in das laufende Gesetzgebungsverfahren einbringen, so Altmaier zu Beginn des dreitägigen Symposiums. Doch während bei Anti-Atom-Demonstrationen und Castor-Transporten tausende Bürger ihren Unmut bekunden, stand der Minister vor einem nur spärlich gefüllten Saal. Von den 350 Plätzen waren nur knapp 100 besetzt. Die Umweltorganisationen BUND und Greenpeace sowie die Anti-Gorleben-Initiative „ausgestrahlt“ hatten immerhin zuvor abgesagt und ihren Boykott verkündet. Altmaier wolle die Bürger nur zum Schein beteiligen, so die Kritik der Anti-Atom-Lobby. *Bel*

Weniger Lottogeld zu verteilen

Saarbrücken – Nachdem bekannt wurde, dass ARD und ZDF wegen sinkender Zuschauerzahlen bei den Lottoziehungen diese ab Juli nicht mehr live übertragen, wurde ebenfalls publik, dass auch die Zahl der Lottospieler offenbar massiv abnimmt. Waren 2003 noch 5,3 Milliarden Euro Spielumsatz beim Lotto „6 aus 49“ von der Saarland-Sporttoto GmbH registriert worden, so waren es 2012 nur noch 3,6 Milliarden. Das trifft auch die Lotto-Gewinner, da nun weniger Geld zu verteilen ist. Knapp die Hälfte der Lottoeinsätze wird als Gewinn ausgeschüttet, 16,6 Prozent gehen über die Lotteriesteuer an die Landeshaushalte und gut 20 Prozent fließen als Fördergelder an soziale Organisationen, in die Kultur, in den Sport und an Umwelt- oder Denkmalschutzorganisationen. *Bel*

Sozialbetrug leicht gemacht

In den Niederlanden heuert türkische Mafia gezielt Roma an

Gleich drei EU-Kommissare wollen vom deutschen Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) Beweise für einen Sozialtourismus in der EU sehen. Der Anlass: Friedrich hatte sich zusammen mit seinen Kollegen aus Österreich, Großbritannien und den Niederlanden über zunehmende Kosten beklagt, den der Sozialtourismus von Roma aus Rumänien und Bulgarien verursacht.

Auf der Suche nach Beispielen leicht fündig werden könnte die EU-Kommission in den Niederlanden, wo türkische Mafiagruppen ein Geschäftsmodell mit dem systematischen Sozialbetrug durch Bulgaren aufgezogen haben. Wie das konkret funktioniert, hat der in Brüssel erscheinende „De Standaard“ am Beispiel der Stadt Groningen dargestellt. In Bulgarien werden Menschen mit geringem Bildungsstand angeworben und in die Niederlande gebracht. Mit einer polizeilichen Anmeldung wird dann Sozialhilfe kassiert, von der sich die türkischen Banden einen gehörigen Anteil nehmen. Zudem dienen die angeworbenen Bulgaren auch als Strohmänner, um Firmen für Wirtschaftskriminalität zu gründen. Den türkischen Banden dient dabei ein Umstand als idealer Anknüpfungspunkt: In Bulgarien lebt eine große türkischsprachige Minderheit. Die ist in den letzten 20 Jahren sogar auf eine erstaunliche Art zahlenmäßig gewachsen: Nach 1989 sind in Bulgarien auch Roma zum Islam übergetreten und haben damit begonnen, sich als Türken auszugeben, so „De Standaard“. Das Motiv dahinter: ein leichterer Zugang zu türkischen Netzwerken in Westeuropa.

Inzwischen scheint sich in ganz Westeuropa die Erschleichung von Sozialleistungen zu einem gut organisierten System entwickelt zu haben: „Leider ist die Invasion der bulgarischen Minderheiten und der türkischen Roma in die westlichen Sozialleistungssysteme inzwischen zu einer Institution geworden und zunehmend professioneller durchgeführt“, so Krastyo Petkov, der als Soziologieprofessor in Sofia forscht. Angesichts dieses Befundes klingt umso erstaunlicher, was ein bulgarischer Staatsanwalt zu berichten weiß: „Ich bin sehr überrascht, dass uns aus Deutschland noch keine Beschwerden erreicht haben.“

> Geschieht dies auch in Deutschland?

Dass bei fast drei Millionen Türkischstämmigen in der Bundesrepublik die türkische Mafia ausgerechnet hier das Geschäft mit dem Sozialtourismus aus Bulgarien noch nicht entdeckt haben soll, scheint in der Tat unwahrscheinlich. Zumindest Anzeichen gibt es. Bereits der Deutsche Städtetag hatte Anfang des Jahres zum Zuzug von Roma in deutsche Städte festgestellt, „dass die soziale Notlage der Menschen vielfach missbraucht wird, indem organisiert durch Schlepper gegen ein hohes Entgelt die Vorbereitung der Kindergeldanträge sowie die Vorbereitung des Gewerbezulassungsverfahrens oder die Vermittlung von Wohnraum zu Wuchermieten vorgenommen wird“. Im Klartext: Auch hier hat die Organisierte Kriminalität den Sozialbetrug längst als Geschäftsmodell entdeckt. Für ein organisiertes Vorgehen sprechen würde auch der Anstieg der Zahlen bulgarischer und rumänischer Hartz-IV-Empfänger. Innerhalb von zwölf Monaten stieg die Zahl um 32 Prozent auf 22 000 Empfänger. Bisher haben Bulgaren und Rumänen nur in speziellen Ausnahmefällen einen Anspruch auf Hartz-IV-Leistungen, etwa, wenn sie hier als Selbstständige tätig sind und zu geringe Einnahmen erzielen. Angesichts des Anstiegs von Leistungsempfänger kann vermutet werden, dass für die Sozialhilfeanträge eine gezielte Vorbereitung etwa durch fingierte Gewerbeanmeldungen existiert. *N.H.*

MELDUNGEN

Auf Distanz zur EU

Reykjavik – In einer Volksabstimmung sollen die Isländer über den Beitritt ihres Landes zur EU entscheiden. Das haben die konservativen Sieger der Parlamentswahl vom April dieses Jahres angekündigt. Damals hatte die Bevölkerung nach nur vier Jahren Amtszeit die regierenden Sozialdemokraten abgewählt. Die „Unabhängigkeitspartei" und der „Fortschrittspartei", die 26,7 beziehungsweise 24,4 Prozent der Stimmen erhalten hatten, waren daraufhin eine Koalition eingegangen und waren übereingekommen, die Verhandlungen auf Eis zu legen, bis das Volk entschieden hat. Laut der einhelligen Meinung der isländischen Medien ist der EU-Beitritt damit abgeschrieben angesichts der erfolgreichen Selbstrettung Islands, der Euro-Krise und der neuen Machtverhältnisse. *M.H./S.G.*

Algerien droht Instabilität

Algier – In algerischen und französischen Medien wird derzeit spekuliert, ob der seit 1999 amtierende Staatschef Abdelaziz Bouteflika sein Amt überhaupt noch ausüben kann. Ende April reiste der 76-Jährige zur medizinischen Behandlung nach Paris und seitdem gibt es zahlreiche Gerüchte, über eine schwere Erkrankung des greisen Präsidenten. Bisher griff der „Arabische Frühling" der Region nicht auf Algerien über, doch ob dies so bleibt, wenn in dem Land ein Machtvakuum entsteht, bezweifeln Experten. Auch in Algerien herrscht ein großer Unmut in der Bevölkerung bezüglich Korruption und Allmacht der Eliten. Zudem haben auch in Algerien viele junge Menschen keine Jobs. Vor Kurzem kam es bei einem Fußballspiel bereits zu Krawallen, bei denen Rufe zu hören waren, die den Sturz des Regimes forderten. *Bel*

»Nicht unser Krieg«

Türkei plant eigenes Lager für christliche Syrienflüchtlinge, auch weil diese sich gegen Rekrutierungen wehren

Falls die islamistische Al-Nusra-Front weiter auf die syrische Provinzhauptstadt Hassake vorstößt, könnten zehntausende Christen den Nordosten Syriens verlassen. Für sie plant die Türkei jetzt ein separates Flüchtlingslager am Berg Tur Abdin. Das dortige zentrale Kloster Mor Gabriel, das bei der Betreuung dieser Flüchtlinge eine wichtige Rolle spielen soll, soll jedoch weiter enteignet werden.

Die Türkei bietet nicht nur den dschihadistischen „Rebellen" freie Hand, ihr Land als Aufmarschbasis für ihren „Heiligen Krieg" in Syrien zu benutzen, auch in den Flüchtlingslagern erlaubt die Türkei offenbar den verschiedenen „Rebellen"-Gruppen den Zugriff auf die etwa 400 000 in der Türkei lebenden Syrienflüchtlinge. Die meisten Lager werden wie der gesamte Norden Syriens von „Rebellen" kontrolliert, die auch geflüchtete junge Männer in der Türkei rekrutieren und zum Kämpfen über die Grenze zurück nach Syrien schicken. Die syrischen Christen wollen jedoch nicht kämpfen, da das nicht ihr Krieg ist.

Nach dem Druck von christlichen Verbänden plant die Türkei jetzt ein eigenes Flüchtlingslager für syrische Christen am Tur Abdin, dem „Berg der Gottesknechte", der sich direkt gegenüber der syrischen Stadt Qamischli befindet. Die Arbeiten zur Errichtung der Flüchtlingslager sind in vollem Gange; ein Eröffnungsdatum gibt es jedoch noch nicht.

In der syrischen Provinz Hassake, der nordöstlichsten Provinz von Syrien, ist mit 20 Prozent der Anteil der Christen von allen syrischen Provinzen am größten, hier liegt er etwa doppelt so hoch wie im Landesdurchschnitt. Die große Mehrheit der Christen im Nordosten der Türkei sind aramäische oder armenische Christen, die erst vor wenigen Generationen aus der Türkei oder anderen Ländern des Nahen Ostens als Flüchtlinge in das unter französischem Mandat stehende Syrien gekommen waren. Einige Städte wurden erst in dieser Zeit durch Christen gegründet. Kurden und Araber sind erst nach dem Aufbauwerk der Christen in diese Städte zugezogen. Die meisten armenischen und aramäischen Christen haben es nicht sehr weit von ihren alten Wohnorten in die neue Heimat, von den Städten Qamischli und Ras al-Ain aus kann man sogar auf türkisches Territorium schauen, denn beides sind zwischen einem türkischen und syrischen Siedlungskern geteilte Städte. Viele der auf syrischer Seite lebenden Christen hatten auch in der Vergangenheit sehr intensive Kontakte in die türkischen Grenzregionen. Das Hauptkloster Mor Gabriel, in dem auch der syrisch-orthodoxe Bischof des Tur Abdin seinen Sitz hat, wurde von mehr syrischen als von einheimischen Christen besucht.

Als im November 2012 nach dem Abzug der Assad-Armee aus der Stadt Ras al-Ain an der türkischen Grenze erstmals Kämpfe zwischen Kämpfern der Al-Nusra-Front und kurdischen Selbstschutzverbänden ausgebrochen waren, flohen die etwa 20 000 Christen der Stadt nicht etwa in die nur wenige Hunderte Meter entfernte Türkei, weil sie von dort die islamistischen „Rebellen" hatten kommen sehen, sondern in die fast 100 Kilometer entfernte Provinzhauptstadt Hassake. Den Al-Nusra-Kämpfern war es von Ras al-Ain aus auch gelungen, in das 30 Kilometer südlich gelegene Siedlungsgebiet der Assyrer am Khabur-Fluss vorzudringen, wo sie sich in dem zentralen Ort Tel Tamar eingenistet haben.

Kurden sind Verbündete im Kampf gegen Islamisten

Die Kämpfe in Ras al-Ain waren die ersten gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Kurden und Islamisten im syrischen Bürgerkrieg, sie zogen sich bis zum Februar hin, bis es dem christlichen Oppositionsführer Michel Kilo gelang, einen Waffenstillstand zu vermitteln. Solange der Waffenstillstand hält, fühlen sich die Christen sicher, denn unter den Kurden, einem zwar muslimischen Volk, das jedoch auch seit Jahrhunderten von türkischen und arabischen Herrschern unterdrückt wurde, haben die Christen viele Schicksalsgenossen. Mit den Kurden hatten die Christen zumindest in Syrien seit Jahrzehnten friedlich zusammengelebt.

Die „Rebellen" scheinen die Stadt Qamischli offenbar den Kurden zu überlassen, denn die Stadt befindet sich in Sichtweite westlicher Beobachter, was die Islamisten abschreckt. Bei Hassake, das sich 100 Kilometer von der türkischen Grenze entfernt noch als Enklave in den Händen der Assad-Armee befindet, könnte dies anders sein. Für diese Stadt interessieren sich die Kurden und die Islamisten, immerhin beherrscht die Al-Nusra-Front bereits zwei Nachbarprovinzen, wo in einigen Regionen bereits die Scharia angewendet wird. Sollte Hassake in die Hände der Islamisten fallen, würden wohl viele der dortigen 40 000 bis 50 000 Christen den Weg ins Exil wählen, dann würde ein christliches Flüchtlingslager in der Türkei schnell aus allen Nähten platzen.

Fast zeitgleich mit den ersten Meldungen über die Errichtung eines ersten Flüchtlingslagers für Christen bei Midyat kam am 24. April das Urteil des türkischen Kreisgerichts Midyat, in dem es die Beschlagnahme der Klostermauer des Klosters Mor Gabriel anordnet. In dem seit 2008 andauerndem Rechtsstreit des Klosters mit einigen Nachbargemeinden hat das Kloster bereits zwei Drittel seines Landbesitzes verloren. Dem Klosterverwalter wird jetzt zusätzlich vorgeworfen, die Klostermauer auf Staatsforst errichtet zu haben. Das Kloster hat Berufung beim Obersten Gerichtshof in Ankara eingelegt. Obwohl mehrere hohe Politiker, zuletzt Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrem Staatsbesuch im März, persönlich auf die Bedeutung des Klosters für die aramäische Weltgemeinschaft hingewiesen hat und bereits mehrmals Lippenbekenntnisse türkischer Regierungsmitglieder erreicht wurden, hat sich juristisch die Situation für das Kloster verschärft. Unterdessen wurde jetzt bekannt, dass der türkische Staat die Zugangsstraße zum Kloster von Midyat aus, die die Mönche vor einigen Jahrzehnten selbst gebaut hatten, erstmals auf Staatskosten renovieren lassen möchte. Offenbar möchte man bei einem Anstieg der Flüchtlingszahlen auch den Zugang zum Kloster, das bei der Betreuung der Flüchtlinge eine wichtige Rolle spielen wird, verbessern. Insgesamt aber bleibt die Rolle der türkischen Regierung in ihrem Verhältnis zur aramäischen Minderheit zweideutig. *Bodo Bost*



Flüchtlingslager an der syrisch-türkischen Grenze: Zu oft geben „Rebellen" hier den Ton an Bild: action press

Verkehrte Namen

Russen fühlen sich von Letten benachteiligt

Bei der Übersetzung russischer Familiennamen ins Lettische verfolgen die Letten eine nationalistisch geprägte Politik", so der Vorwurf der russischen Minderheit in Lettland. Immer wieder werden Fälle bekannt, in denen lettische Behörden russische Familiennamen strikt nach der staatlichen Namensgesetzgebung umschreiben, ohne Rücksicht auf Ungenauigkeiten bei der Übertragung von der kyrillischen in die lateinische Schrift. Die Folge sind nicht nur häufige Bedeutungsänderungen, sondern auch Verhunzungen der russischen Namen, weil statt der Transkription (lautgleiche Übertragung) die Transliteration (buchstäbliche Übertragung) angewandt wird.

Jüngst kam es zum Streit, als ein russisches Elternpaar seinen neugeborenen Sohn behördlich melden wollte. Das Kind sollte Miron heißen, ein altgriechischer, für Engel verwendeter Name mit der Bedeutung „Wohlgeruch". Das Standesamt weigerte sich, den Namen in dieser Form einzutragen, bestand vielmehr auf der gesetzlich vorgeschriebenen lettischen Schreibweise mit „s" am Ende, also Mirons, was auf Lettisch allerdings „Verstorbener" bedeutet. Die Eltern weigerten sich, das Kind so zu nennen,š und verklagten das Standesamt. Ob die Familie Erfolg haben wird, muss sich zeigen.

»Verstorbener« statt »Wohlgeruch«

Diejenigen Russen, die bisher gegen die Verunstaltung ihrer Namen klagten, brauchten einen langen Atem, denn die lettischen Gerichte stellten sich quer. Galina Schischkina (Transkription, wie gesprochen) kämpft seit 1998 dagegen, dass in ihren Papieren der Name Siskins steht. Weil bei der Transliteration das „sch" als „š" wiedergegeben wird, das umgekehrte Dach auf dem s aber im lateinischen Alphabet nicht vorkommt, ließ man den Zischlaut unter den Tisch fallen und hängte das lettische Endungs-S an den Namen. Bislang hatte sie keinen Erfolg.

Leonid Raichmann, der zu Leonīds Raihmans wurde, ersuchte um Hilfe beim Komitee für Menschenrechte der Vereinten Nationen, Ruslan Pankratow reichte Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg ein, doch obwohl das Uno-Komitee 2010 den Letten vorwarf, das Recht seiner Bürger zu beschneiden, sah die Regierung in Riga keinen Grund, die Namensgesetze zu ändern. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Provokationen aus Rom

Südtiroler wollen immer weniger zu Italien gehören – Politiker tragen Hauptschuld

Es ist eine ganz spezielle Hinterlassenschaft, die Italiens abgewählter Premier Mario Monti seinem Nachfolger Enrico Letta vermacht hat. Nicht einmal anderthalb Jahre im Amt hat der nüchterne „Technokrat" Monti gebraucht, um das Verhältnis zu Südtirol nachhaltig zu vergiften. Bei seiner Suche nach zusätzlichen Einnahmen fiel die Entscheidung, Südtirol für die Jahre 2013 und 2014 Einnahmen von über 800 Millionen Euro zu entziehen.

Diese Entscheidung könnte sich im Nachhinein gesehen als letzter Auslöser für einen Stimmungsumschwung in Südtirol entpuppen. Die gestrichenen Gelder sind für Südtirol mit einem Haushalt von fünf Milliarden Euro nicht nur eine starke Bürde, sondern mehr noch, ein politischer Affront. Rom bricht damit das Mailänder Abkommen von 2010, demzufolge 90 Prozent aller Südtiroler Steuereinnahmen in Bozen verbleiben sollen. Zusätzlich angeheizt wurde die Stimmung obendrein durch umstrittene Äußerungen Montis, wonach es sich bei Südtirol um „innerItalienische Probleme" handele und die Schutzfunktion Österreichs überholt sei. Auch dies steht klar im Widerspruch zum 1972 beschlossenen Autonomiestatus. Dass Silvio Berlusconi und der Ex-Kommunist Luigi Bersani ebenfalls glaubten, mit ähnlichen Äußerungen bei ihren Wählern auftrumpfen zu müssen, verschlechterte die Stimmung zusätzlich. Italiens neuer Premier Enrico Letta setzt im Gegensatz dazu nun offenbar auf eine Entspannung mit Südtirol. Offen ist, ob dies nach den Aktionen Montis noch Früchte trägt, denn Rom könnte bereits zu viel Porzellan zerschlagen haben. Obendrein ist die Koalition Lettas von Berlusconi abhängig, dem die gesamte Südtiroler Autonomie ohnehin ein Dorn im Auge ist.

Südtiroler Volkspartei enttäuscht, da zu Italienisch

Als für den Stimmungsumschwung in Südtirol noch entscheidender denn die politischen Provokationen aus Rom könnte sich am Ende allerdings ein ganz anderer Faktor herausstellen. In Südtirol wächst die Sorge, dass man in den Strudel der anhaltenden italienischen Wirtschaftskrise mit hineingezogen wird. Deutlich sichtbar war die geänderte Atmosphäre bereits bei dem vom Schützenbund initiierten Südtiroler Unabhängigkeitstag zu Pfingsten in Meran. Die Veranstaltung war so gut besucht wie nie zuvor. Selbst innerhalb der Südtiroler Wirtschaft wird die Option eines „Südtirols außerhalb Italiens" nicht mehr generell verworfen. An dieser Entwicklung haben nicht nur die italienische Wirtschaftskrise und Scharfmacher aus Rom ihren Anteil. Auch die bereits seit 1945 in Bozen regierende Südtiroler Volkspartei (SVP) als Befürworterin einer Autonomie innerhalb Italiens ist in eine Krise geraten.

Bei Umfragen ist die SVP zwar immer noch mit Abstand die stärkste politische Kraft Südtirols, die Strahlkraft der SVP hat aber nachgelassen. Die Partei gilt als ausgelaugt, durch Filz und Skandale angeschlagen. Dass sich die SVP bisher beharrlich weigert, über Alternativen zur „weltbesten Autonomie" auch nur nachzudenken, könnte bei den Wahlen im Herbst Kräften wie den Freiheitlichen und der „Süd-Tiroler Freiheit" Auftrieb verschaffen, die sich für eine Unabhängigkeit von Italien stark machen.

Zusätzlichen Rückenwind könnte die „Los von Rom"-Stimmung erstaunlicherweise von einer bereits länger anhaltenden Entwicklung unter dem italienischsprechenden Bevölkerungsanteil in Südtirol erhalten. Viele Italiener haben inzwischen durchaus Gefallen an den speziellen Südtiroler Verhältnissen gefunden. Weit verbreitet ist die Erkenntnis, dass man den Wohlstand in Südtirol nicht zuletzt dem Abstand zum italienischen Staat verdankt. Exemplarisch ablesbar ist diese Haltung an einem Umstand, den die Südtiroler Volkspartei nicht groß an die Glocke hängen will: Zwei ihrer 18 Mandate und damit die absolute Mehrheit im Südtiroler Landtag verdankt die SVP mittlerweile den Stimmen italienischer Wähler.

Auch im Bildungssystem ist die geänderte Einstellung eines Teils der italienischsprechenden Südtiroler inzwischen deutlich erkennbar: Angehörige der Mittelschicht haben die Vorzüge der deutschsprachigen Schulen erkannt, sie schicken immer öfter ihre Kinder auf deutsche Schulen. Für diese Entwicklung, die langfristig die italienische Sprache im öffentlichen Raum weiter zurückdrängen wird, gibt es gleich mehrere Gründe. Die deutschen Schulen gelten zum einen generell als disziplinierter und besser, zusätzlich schicken Immigranten aus Albanien oder Pakistan ihre Kinder im Normalfall auf die italienischen Schulen Südtirols. *Norman Hanert*

Gegen jede ökonomische Vernunft

Japaner folgen der Kamikaze-Politik von Premier Shinzo Abe

Japans Premier Shinzo Abe von der konservativen LDP sonnt sich im Licht von Zustimmungsraten um die 70 Prozent. Das ist mehr als ungewöhnlich.

Normalerweise stürzen Premiers in der Gunst des japanischen Publikums nach Amtsantritt im Zuge von Skandalen, internen Querelen und gebrochenen Wahlversprechen sehr schnell ab und verschwinden, meist nach einem Jahr bereits, wieder von der Bildfläche. Abe hat dies selbst bei seiner ersten Amtszeit vor sieben Jahren erleben müssen. Er hatte sich damals nur um seine patriotischen Lieblingsthemen – eine nationalbewusste Erziehung, ein stärkeres Militär und die Revision der von den Amerikanern 1946 geschriebenen Verfassung – und nicht um die Wirtschaft gekümmert. Nach verlorenen Oberhauswahlen gab er mit Magengeschwüren auf. Bei seinem zweiten Versuch sind er und seine in drei schmerzlichen Oppositionsjahren geläuterte Partei besser vorbereitet, alles anders und besser zu machen.

Die Unterhauswahlen im letzten Dezember gewann die LDP an Sitzen – nicht aber an Stimmen – haushoch, weil die politischen Gegner zur Rechten und zur Linken zersplittert waren und die Mitte-Links-Partei der Demokraten nach dem Bruch so gut wie aller ihrer vollmundigen Wahlversprechen abgewirtschaftet hatte. Bei den im Juli bevorstehenden Oberhauswahlen sieht sie einer ähnlichen Niederlage entgegen, und Abe wiederum einem leicht errungenen Sieg, da die meisten Japaner die Haushaltskonsolidierungsversuche und Sparprogramme samt Steuererhöhungen der Vorgängerregierungen satt haben.

Um die stagnierende Wirtschaft, die über einen überbewerteten Yen jammerte, zu beflügeln, ließ Abe einen neuen Rekord-Schuldenhaushalt auflegen – mit Neuverschuldungen in Höhe von elf Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP), die die öffentlichen Gesamtschulden Japans auf schwindelerregende 245 Prozent des BIP hochtreiben. Das ist das doppelte Niveau Griechenlands und entspricht der Wirtschaftsleistung von zweieinhalb Jahren, die die Japaner umsonst arbeiten müssten, wollte der Staat alles auf Heller und Pfennig (doch ohne Zinsen!) zurückzahlen. Trotzdem erfreut sich Abe großer Beliebtheit. Wie ein Alkoholiker, der nach einer langen Entzugskur nur mit Möhren- und Grapefruitsaft endlich wieder in seine Stammkneipe einkehrt und lustig Lokalrunden schmeißt, folgt die Masse der Japaner Abes Politik.

Japaner sind der Sparprogramme müde

Sachlich gesehen spricht nichts dafür, dass das von ihm aufgelegte Konjunkturpaket, das das 16. in nur 20 Jahren ist, besser funktioniert als die vorherigen. Auch deshalb, weil die Bevölkerung altert, die engen Wohnungen bereits vollgestopft sind mit Möbeln, Elektrogeräten und Gebrauchsgütern aller Art, die Realeinkommen sinken, es kaum junge Familien gibt und die Einwohnerzahl mittlerweile um jährlich 300 000 Menschen abnimmt, einer mittleren Großstadt entsprechend. Die Frage, wo das auf schuldenfinanziertem Konsum geplante Wachstum herkommen soll, bleibt Abes Geheimnis.

Weiter ließ er die Zentralbank den Geldumlauf verdoppeln und von ihr 70 Prozent aller neuen Staatsanleihen aufkaufen. Die Betätigung der Gelddruckmaschine soll die Deflation besiegen, bei der die japanischen Verbraucher in Erwartung weiter fallender Preise bislang ihre großen Einkäufe aufschoben, und eine Inflationsrate von zwei Prozent durchsetzen.

Abe setzt gezielt auf Inflation

Nach diesem Gewaltakt fiel der Yen gegenüber dem Dollar und Euro binnen fünf Monaten um 30 Prozent. Die nunmehr verbilligten Exporte zogen um vier Prozent an. Gleichzeitig strömte das Geld in den Aktienmarkt. Dessen Nikkei-Index um 75 Prozent auf 15 000 Punkte in die Höhe schoss. Von jener guten Börsenlaune ließen sich die Verbraucher allerdings bislang kaum anstecken. Ihr Konsum stieg nur knapp um ein Prozent und beschränkte sic, auf Luxusgüter. Die für einen Konjunkturaufschwung entscheidenden Industrieinvestitionen blieben weiter überschaubar. Auch Löhne und Gehälter steigen nicht. Im Gegenteil, durch vermehrte unterbezahlte Teilzeitjobs, die gut ein Drittel der Arbeitsverhältnisse ausmachen, und nicht verzinste Bankguthaben sinkt das Volkseinkommen eher.

Noch wollen die Japaner nach dem Motto „Hoffnung gegen Erfahrung“ den simplen Rezepten von Abe Glauben schenken, die einen Ausweg aus dem scheinbar unabweisbaren Niedergang ihrer Volkswirtschaft gegenüber dem übermächtigen Rivalen China zu weisen scheinen. Doch die meisten Ökonomen sind auch in Tokio sicher, dass sie, wenn das schuldenfinanzierte Strohfeuer bald erloschen ist, in zwei bis drei Jahren bitter enttäuscht werden. Nachhaltiges Wachstum könnte nur durch mehr Wettbewerb in den geschützten, kaum wettbewerbsfähigen Sektoren der japanischen Wirtschaft kommen: der Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie, dem Gesundheitswesen, der Bau- und Transportbranche, dem Groß- und Einzelhandel. Doch genau hier sind die Stammwähler der LDP auf dem Land und in den Kleinstädten involviert, die die Partei nicht durch schmerzhafte Reformen vergraulen will.

So steuert Japan weiter auf eine Schuldenpleite zu – denn Gelddrucken geht nicht ewig. Aber: Japan ist als drittgrößte Volkswirtschaft der Welt – im Gegensatz zu Griechenland, Zypern, Irland und Portugal – viel zu groß, um vom Internationalen Währungsfonds (IWF) oder sonst wem gerettet zu werden. Der Sturz Japans könnte Deutschland und Europa wirtschaftlich dann noch teurer zu stehen kommen als die bisherige Euro-Krise.

Albrecht Rothacher



Konsum als Allheilmittel: Obwohl die USA mit der Strategie bereits schlecht gefahren sind, kopiert Japan sie Bild: Getty

KURZ NOTIERT

Freut sich auf bevorstehende Bankenpleiten: Der US-Amerikaner Bryan Marsal, der sein Geld mit Bankensanierungen verdient, sieht für seine Firma in Europa viel Potenzial und will stärker in Europa expandieren. Mit seiner Restrukturierungsfirma „Alvarez & Marsal“ hat er bei der Abwicklung der insolventen Lehman Bank mehr für die Gläubiger herausholen können, als diese erwartet hatten. Nun glaubt er, dass in Europa gleich mehrere Aufträge auf ihn warten. Laut „Focus“ steht er bereits in Verhandlungen mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung. *Bel*

Jobmaschine Dax-Unternehmen: 2012 haben die 30 Dax-Unternehmen insgesamt mehr Arbeitsplätze geschaffen als abgebaut. So beschäftigten sie mit 1,5 Millionen Mitarbeitern in Deutschland 36 909 mehr als im Jahr zuvor. Auch 2011 hatten sie jedoch schon 16 280 Stellen netto mehr geschaffen. *Bel*

Wirtschaft wehrt sich: Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt bestreitet die von linken Parteien und Gewerkschaften in den Raum gestellte Zunahme von prekären Arbeitsverhältnissen in Deutschland. „Nur 1,4 Prozent der Vollzeitbeschäftigten sind auf ergänzende Leistungen der Jobcenter angewiesen, meist weil sie Familie haben“, so Hundt. Der größte Teil der Aufstocker verdiene sich aus seiner Sicht nur in Teilzeit etwas zu Hartz IV hinzu. *Bel*

Fracking enttäuscht: Die Öl-Fracking-Industrie in den USA hat einen Dämpfer erhalten. In der Lagerstätte Utica im Bundesstaat Ohio wurden im Jahr 2012 weniger als 700 000 Barrel (110 Millionen Liter) Öl gefördert. Die Menge entspricht lediglich dem Fassungsvermögen eines kleineren Öltankers. Noch beim Förderbeginn in Utica vor zwei Jahren hatte der Konzernchef des US-Energieunternehmens Chesapeake Energy die Hoffnung verbreitet, dass im Boden Ohios Ölvorräte im Wert von 500 Milliarden Dollar liegen könnten. *N.H.*

Zu viel Staat, zu wenig Markt

Krise der Solarindustrie trifft Brandenburg und Berlin auch politisch

Die überraschende Entscheidung der EU für Strafzölle gegen chinesische Billig-Solarprodukte kann den Traum von Berlin und Brandenburg vom Solarstandort auch nicht mehr retten. In Frankfurt (Oder) ist ein Jahr nach dem Aus bei „First Solar“ die Lage trostlos. So droht der politischen Förderstrategie beider Länder ebenfalls das Ende mangels Wettbewerbsfähigkeit.

Frankfurt (Oder) galt vor Kurzem noch als blühender Kern einer neuen, begehrten Industrielandschaft, doch nach der Schließung mehrerer Solarfabriken stehen der Stadt jetzt weitere Einschnitte bevor. Rund 28 Millionen Euro Gewerbesteuer fehlen der Gemeinde jährlich seit der radikalen Schrumpfkur der Branche, ausgelöst durch die Standortschließung von Odersun und der US-Firma „First Solar“. Die Stadt baut nun 200 Verwaltungsjobs ab, denn sie muss sparen und verhängte eine Haushaltssperre. Sie muss ausgerechnet bei der Wirtschaftsförderung sparen, was eine Folge der einseitigen Konzentration auf die Modulhersteller ist. Von einst 1200 Beschäftigten bei „First Solar“ fand bisher kaum einer einen Job in der Region. Nur der geschrumpfte Hersteller „Conergy“ ist noch vor Ort, profitiert kurzfristig von gestiegenen Marktpreisen und dem Wegfall einstiger lokaler Wettbewerber.

Auch beim Verein „Solarregion Berlin-Brandenburg“ stehen die Zeichen auf Sturm. Die Organisation arbeitet als Sprachrohr der Branche und unterstützt die Solarstrategie beider Länder. Die geht kaum noch auf, denn die deutsche Solarindustrie und Photovoltaik (PV) geht durch harte Zeiten. „Deutschlands wirtschaftliche Stärke kommt aus der Verbindung von industrienaher Forschung und deren Umsetzung – dieses bewährte Prinzip soll nun im PV-Bereich als ‚Bauernopfer‘ den Chinesen überreicht werden“, wettert der Verein in einer aktuellen Stellungnahme. Einer der größten Wachstums- und Zukunftsmärkte überhaupt stehe auf dem Spiel, beschwört der Beitrag und stellt fest: „Forschung ohne Industrie geht nicht.“

Subventionen verhinderten Innovationen

Ein Einwand, der auch für die deutsche Kernenergie gelten kann, trifft nun ausgerechnet den sauberen Zukunftsenergiemarkt. Der Frust ist groß, China als Produzent am Weltmarkt günstiger, paradoxerweise gerade wegen der Förderpraxis zwischen Havel und Oder. Denn Brandenburg und Berlin pumpten Millionenbeträge in die einseitige Ansiedlung der Solarwerke, was diese nicht reif für den weltweiten Wettbewerb machte. China subventionierte einfach noch mehr. Als Brandenburg mit Hightech warb, stellte also das spätkommunistische China bereits die Weichen für günstigere Produkte.

Brandenburg muss nun die Solarstrategie überdenken und zudem viel Geld in die Krisenregion überweisen. Der sogenannte Ausgleichsfonds des Landes überwies bereits 22 Millionen Euro an Frankfurt (Oder), das zusicherte, noch eifriger zu sparen. So kostet die einseitige Ausrichtung auf Solartechnik bald auch Arbeitsplätze in anderen Branchen, in denen eigentlich die bald fertig umgeschulten Ex-Angestellten der Solarbranche unterkommen sollen. *SV*

Unter Strom

Brüssel drängt Deutschland zum Energiesparen

Zumeist wird Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) in den Medien als harmloses, harmoniebedürftiges Weichei dargestellt, doch zumindest bezüglich seiner Fähigkeit, mit dem Umweltministerium zusammenzuarbeiten, kann diese Charakterisierung nicht geltend gemacht werden. Immer wieder gibt es Zwist zwischen Rösler und dem Umweltminister, egal ob er Peter Altmaier (CDU) heißt oder Norbert Röttgen (CDU), der den Posten bis vor einem Jahr innehatte.

Derzeit müssen sich die beiden Ministerien einen Energiesparplan ausdenken, in dem sie Brüssel darlegen, wie Deutschland bis 2020 seinen Energieverbrauch um jährlich 1,5 Prozent zu senken gedenkt. Eigentlich hätte der Plan schon Ende April in Brüssel vorliegen müssen, doch Röslers durchaus kreative Ideen wurden dort sofort abgelehnt. Dabei war sein Vorschlag, Deutschland die Existenz des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) als Anreiz zum Stromsparen anzurechnen, durchaus einfallsreich. Da durch das EEG – also die staatlich verordnete Subvention der Wind-, Biogas- und Solaranlagen durch den Stromkunden – von Jahr zu Jahr die Strompreise beachtlich steigen, sei der Verbraucher dazu angetan, seinen Konsum zu reduzieren, um den Kosten zu entgehen. Auch sieht Rösler das deutsche Mautsystem als Aufforderung zum Energiesparen an. Denn um Maut zu sparen, würden die Speditionen die Routen ihrer Lkw effizienter planen und so auch weniger Diesel verbrauchen. Doch Brüssel empfand Röslers Vorschläge als Mogelpackung.

EU-Kommission prüft, ob Berlin unzulässige Beihilfen gewährt

Nun müssen sich Mitarbeiter aus beiden Ministerien einfallen lassen, wie sie die Wünsche der EU umsetzen und dabei die Vorstellungen ihrer Chefs berücksichtigen. Immerhin herrscht Einigkeit über den Plan, dass man über Mittel der staatlichen Förderbank KfW den Hausbesitzern das Thema Gebäudesanierungen schmackhaft machen will. Da über 80 Prozent des privaten Energieverbrauchs über die Bereiche Heizen und Warmwasser entstehen, hat die EU diese Pläne abgenickt.

Ansonsten ist Brüssel gegenüber Berlin derzeit ungnädig. Nachdem sich einige Nachbarstaaten über die deutsche Praxis, energieintensive Unternehmen von den Kosten für die Netzentgelte und der EEG-Abgabe zu befreien, beschwert hatten, hat EU-Wettbewerbskommissar Joaquin Almunia Untersuchungen eingeleitet. Nun wird geprüft, ob es sich bei diesen Vergünstigungen um unzulässige Beihilfen handelt. Sollte das Ergebnis für Deutschland negativ ausfallen, hätte das im günstigsten Fall zur Folge, dass die Wirtschaft ab dem Beschluss keine derartigen Privilegien mehr erhalten darf. Im schlimmsten Fall jedoch müssten die Unternehmen, die seit Jahren von dieser Gesetzeslage profitieren, die zurückbehaltenden Gelder nachträglich bezahlen. Da es sich um Milliarden Euro handelt, würde dies die deutsche Chemie-, Stahl- und Aluminiumindustrie massiv treffen. Dort bestreitet man den Vorwurf einer wettbewerbsverzerrende Wirkung der Beihilfen, schließlich gibt es beispielsweise das kostenträchtige EEG in anderen Ländern gar nicht. Zudem hat Deutschland neben Dänemark und Zypern die höchsten Strompreise in der EU. *Bel*

Solarwahnsinn

Von Manuel Ruoff

Gerne rechtfertigt die politische Klasse ihre hohen Kosten damit, dass unser Wohlstand nicht zuletzt auch ihr Verdienst sei, dass die ihr zu verdankenden politischen Rahmenbedingungen ein wertvoller Standortfaktor seien. Schauen wir uns daraufhin einmal die Chinapolitik an. Unsere Europäische Union will einen Handelskrieg mit China beginnen, weil das Reich der Mitte seine Solarfirmen wettbewerbsverzerrend subventioniere.

Andererseits hat unsere Bundesregierung noch bis vor wenigen Jahren die chinesische Solarbranche mit Entwicklungshilfe gefördert. Damals wurde mit der „Klimarettung“ argumentiert. Wenn die chinesische Solarbranche gefördert werde, werde die Gewinnung von „klimafreundlichem“ Solarstrom günstiger, was ein Beitrag zur Rettung des Weltklimas sei.

Fassen wir also zusammen: Uns droht, dass unsere politische Interessenvertretung einen Handelskrieg mit China vom Zaune bricht, weil die Chinesen mit der Förderung ihrer Solarbranche freundlicherweise nun etwas selber tun, für das unsere politische Interessenvertretung bis vor Kurzem noch unsere Steuergelder ausgegeben hat.

Fahrlässigkeiten

Von Michael Leh

Es läuft weiter gut für die türkischstämmigen Angeklagten im Fall Jonny K. Als am fünften Verhandlungstag der Prozess wegen eines Schöffen platzte, sah man die Angeklagten Hüseyin I. und Melih Y. lachend im Gespräch mit Verteidigern. Und da war noch nicht einmal ihre Haftverschonung verkündet. Schräg gegenüber von ihnen saß Tina K., die Schwester des Todesopfers, mit versteinertem Gesicht. Tinas afrodeutscher Freund Gerhardt C., genannt Kaze, der bei der Gewaltorgie schwer verletzt wurde, saß mit hochgezogenen Schultern neben der Nebenkläger-Anwältin, den Kopf tief auf die Brust gesenkt. Auch er wird noch einmal ganz neu aussagen müssen, ebenso wie alle Angeklagten, Zeugen und medizinischen Gutachter. Dieses Ergebnis haben sicher weder der wegen Besorgnis der Befangenheit abgelehnte Schöffe noch die Boulevardzeitung „B.Z.“ beabsichtigt – aber fahrlässig bewirkt. Der Vorsitzende Richter erklärte, auch die Journalisten, die den Schöffen „zielgerichtet aufgesucht“ hätten, müssten sich fragen lassen, ob dies für den „Fortgang des Verfahrens förderlich“ gewesen sei.

Die Verteidiger hatten die Anträge auf Haftverschonung ihrer Mandanten auch damit begründet, dass diese die Aussetzung des Verfahrens „nicht zu vertreten“ hätten. Dabei handelte es sich zunächst um keine zeitliche Verzögerung, wenn das Verfahren bereits wie geplant am 6. Juni neu beginnen würde – dieser Tag war auch zuvor schon als nächster Verhandlungstermin angesetzt. Doch drei Anwälte hatten Erfolg – ihre Mandanten kommen frei.

Ein Verteidiger äußerte auch vor Journalisten zuversichtlich die Erwartung, dass bei den meisten Angeklagten – sie sind alle volljährig – das Jugendstrafrecht angewendet werde. Dabei ist bei keinem einzigen der mutmaßlichen Täter bislang eine „verzögerte Reife“ ersichtlich. Sie wussten, was sie taten.

Egozentriker in Nöten

Von Rebecca Bellano

Merkt er die Einschläge nicht mehr oder ist er so reich, dass es ihm schon egal ist, was die Leute von ihm denken? Zumindest scheint es den Milliardär Nicolas Berggruen schon zu ärgern, dass die Gewerkschaft „verdi“ die Karstadt-Mitarbeiter zum Streik gegen Tarifpause aufruft, die die von Berggruen engagierte Karstadt-Geschäftsführung beschlossen hat. Wer der „Bild“-Zeitung ein Interview anbietet, will Schlagzeilen. Es ist auch böse von „verdi“, dass sie an Berggruens Selbstbild als Weltenretter und Menschenfreund kratzt. Und das auch noch genau während seiner Europa-Reise, bei der er sein neues Buch „Klug regieren – Politik für das 21. Jahrhundert“ vorstellt, für dessen deutsche Fassung übrigens Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder das Vorwort verfasst hat. Solange sich die EU nicht in eine echte föderale, politische und nicht nur wirtschaftliche Union umwandele, werde „das erst zur Hälfte fertiggestellte europäische Haus“ nicht vollständig erbaut werden können, rät der jugendlich aussehende US-Amerikaner, der kein solcher sein will, denn er sei ja Weltenbürger. Schließlich habe er keinen festen Wohnsitz, sein Vater war Deutscher und seine Mission sei es, die Welt zu retten.

> Wenn er schon nicht Karstadt retten kann, dann eben die Welt

2010 wollten ihm das auch in Deutschland noch viele glauben. Wie ein vom Himmel höchstselbst gesandter rettender Engel wurde er von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) als Retter des angeschlagenen Warenhauskonzerns Karstadt präsentiert. Gut, Karstadt ist zwar nicht die ganze Welt, aber irgendwo muss man ja mit dem Retten anfangen. „Ob er ein auf Nachhaltigkeit ausgerichteter Investor ist, muss man in Frage stellen“, merkte dieser Tage Jörg Funder von der FH Worms gegenüber dem WDR an. „Die Investmentstrategie, die Finanzierungs- und Haftungsinstrumente sehen vielmehr aus wie bei anderen Hedgefonds oder Private Equity Firmen auch“, so der Handelsexperte. Auch soll Berggruen, der zu den 500 reichsten Menschen der Welt gehören soll, jedes Jahr mehrere Millionen von Karstadt einfordern, damit das Unternehmen weiter den Namen tragen darf, den er 2010 für fünf Millionen Euro erworben haben soll. Zudem ist inzwischen immer noch nicht klar, wie die von Berggruen berufene Geschäftsführung Karstadt sanieren will. Sinkende Umsätze kann man nicht ewig mit Einsparungen beim Personal kompensieren. Angesichts dieser Fakten wirkt es absolut albern, wenn sich Berggruen weiter als Weltenretter inszeniert, so wie er es gerade mit seinem Buch getan hat. Wer nicht in der Lage ist, eine qualifizierte Mannschaft zu berufen, um ein einzelnes Unternehmen zu sanieren, der sollte sich vielleicht mit Ratschlägen, wie man gleich ganze Staaten besser regieren sollte, zurückhalten.

Noch alberner ist es jedoch, wenn Politiker wie Schröder oder von der Leyen sich um den Milliardär scharen und an ihm kleben wie die Fliegen am Licht. Erst Ende Mai sonnte sich von der Leyen im Glanze Berggruens, als sie mit ihm und ihrem französischen Amtskollegen in Paris Vorschläge zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa vorstellte, die Berggruens Stiftung mit ausgearbeitet hatte.



Selbsternannter Menschenfreund und Weltenretter: Nicolas Berggruen mit Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) bei einer Veranstaltung des Berggruen Instituts

Bild: action press

Gastkommentar



Kann Barack Obama Berlin erneut bewegen?

Von Klaus Rose

Wer erinnert sich nicht an die Begeisterung der Deutschen und vor allem der deutschen Medien, als der US-Präsidentschaftskandidat Barack Obama an der Siegessäule in Berlin seine große Politik des Friedens und der Zusammenführung aller Menschen, gleich welcher Rasse und Hautfarbe, verkündete? Im Juni, also nach fünf Jahren, kommt der US-Präsident zum zweiten Mal nach Berlin. Welche Erwartungen hat Deutschland dieses Mal an ihn?

Wer damals nicht mitjubeln wollte, musste sich als Aussätziger empfinden. Es war die Zeit der größtmöglichen Beschimpfung des amtierenden US-Präsidenten George W. Bush. Nur ein völliger Politikwechsel schien die richtige Antwort auf die „Kriegspolitik“ der US-Amerikaner zu sein. Obama ist inzwischen zum zweiten Mal als Präsident gewählt und kann die für ihn letzten Jahre mit vollem Elan anpacken. Die ersten vier Jahre hatte er mit einem seltsamen persönlichen Politikwechsel hinter sich gebracht. Man kann sogar von einem Bruch mit den hehren Versprechungen aus seiner Kandidaten-Zeit sprechen. Denn er hatte nicht bloß Guantánamo beibehalten, sondern auch den Krieg mit unbemannten Drohnen ausgeweitet – für einen vorzeitig zum Friedensnobelpreisträger gekürten Politiker auf jeden Fall äußerst überraschend. Kein Wunder, dass man jetzt sogar den berüchtigten „Kriegstreiber“ und Vorgänger von Obama, George W. Bush, rehabilitiert. „Vom Buhmann zum Vorbild“, las man in einer großen süddeutschen Tageszeitung, weil Bush zu Ehren eine Gedenkbibliothek eingerichtet wird, zu deren Eröffnung alle seine noch lebenden Amtsvorgänger und sein Nachfolger ihr Kommen zugesagt haben. Wie einst bei Ronald Reagan lernt Amerika jetzt bei Bush jr. dazu.

> Werden die USA dem Weltfrieden dienen?

Zur Ehrenrettung von Obama muss gesagt sein, dass er die vorgegebenen politischen „Rahmenbedingungen“ nicht völlig ändern konnte. Er musste den Afghanistan-Krieg so zu Ende führen, dass dieser aus US-amerikanischer Sicht nicht zum Desaster wurde. Er musste auf den „Arabischen Frühling“ so reagieren, dass einigermaßen demokratische Strukturen entwickelt werden konnten und möglichst wenig Blut vergießen eintrat. Er muss im Fall Syrien ein drittes Blutbad, nach Irak und Afghanistan, vermeiden und trotzdem Hoffnung geben, dass die USA notfalls helfend und schützend eingreifen. Er darf nicht den Eindruck eines „Isolationismus“ erwecken, der wegen schwerer innenpolitischer Probleme nur zu verständlich wäre. Ein US-Diplomat sagte kürzlich auf einer Tagung nahe Passau, also nahe des ehemaligen „Eisernen Vorhangs“, der die Region in den toten Winkel abgeschoben hatte, „eine isolationistische Außenpolitik scheint auf den ersten Blick verführerisch, sie verschiebt aber nur die Problemlösung und ist daher kontraproduktiv“.

Die USA müssen also auch unter Präsident Barack Obama mehr als präsent sein. Man macht seinem Land stets Vorwürfe, wenn es nicht eingreift – weil man ja von Russland, China oder der EU ohnehin keine größeren Truppen-Kontingente in ferneren Ländern erwartet. Die Rolle der USA als „Weltpolizist“ oder als „Friedenssheriff“ hat sich seit dem Ersten Weltkrieg entwickelt. Das war nur selten angenehm. Sie hat viele Opfer gekostet, menschliche wie finanzielle. Sie hat auch die innenpolitische Lage in den Vereinigten Staaten mehr als vernachlässigt. Sie hat vor allem den Anti-Amerikanismus befördert, besonders bei unverantwortlichen.

Obama hat in Europa den Vorteil, dass ihm gegenüber die Öffentlichkeit nie so ablehnend oder gar gehässig auftritt wie bei seinem aus Texas stammenden Vorgänger. Er kann, wenn man so will, deutlicher werden, ohne dass man ihn gleich verurteilt. Er kann – und das hoffen viele – den Europäern auch den Weg weisen zu mehr Eigenverantwortung, zu mehr Initiativen, besonders zur gemeinsamen Verteidigungspolitik. Denn obschon es in den 1990er Jahren deutliche Ansätze zu einer europäischen Verteidigungspolitik gegeben hat, mit der deutsch-französischen Brigade, mit dem Eurokorps oder mit dem Ziel einer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) unter Führung von Ex-Nato-Generalsekretär Xavier Solana, scheint inzwischen alles gescheitert zu sein. Der nationale Egoismus lässt auf keine Souveränitätsrechte verzichten, der nationale Kleingeist bietet keine Chance, einen substanziellen Beitrag zu großen militärischen Verpflichtungen zu erbringen. Die EU dümpelt aus dieser Sicht tragisch dahin. Zu „braven Friedenssoldaten“ reicht es gerade noch, aber zu militärischer Führung? Niemand erwartet von Österreich oder Belgien eine entscheidende militärische Stärke. Doch Deutschland versagt, wenn es seine zentrale europäische Lage und wirtschaftliche Führungskraft nicht in einen überzeugenden sicherheitspolitischen Anspruch umsetzen kann.

> Berlin fehlen sicherheitspolitische Visionen

Wer kümmert sich in Deutschland um diesen Anspruch? Spötter sagen: „Für jedes Schlagloch auf Deutschlands Straßen gibt es Staatssekretäre, für jede Kunstausstellung mindestens einen Staatsminister.“ Nur wenige Abgeordnete drängen aber auf jährliche parlamentarische Groß-Debatten zur Sicherheitslage. Von den Linken im Parlament kann man dies nicht erwarten – obwohl die DDR damals in viele Länder der Welt Soldaten entsandt hatte. Bei den Christ- und Sozialdemokraten, die einst wichtige Minister wie Franz Josef Strauß, Willy Brandt, Helmut Schmidt, Georg Leber, Manfred Wörner oder Volker Rühe aufzubieten hatten, müsste eine außen- und sicherheitspolitische Strahlkraft aber selbstverständlich sein. Es geht nicht um Säbelrasseln, es geht um weise Voraussicht. Kann Barack Obama bei seinem Berlin-Besuch wieder aufrütteln?

Vor knapp 100 Jahren schlitterte Europa in den Ersten Weltkrieg. Jahrzehntelang hatte man sich in Deutschland sicher gefühlt – und die falschen Bündnisstrategien gewählt. Wiederholt sich etwa die Geschichte? Die so bedeutende und unverzichtbare Pressefreiheit muss man hierzulande nutzen, mehr als Steuersünder oder Landtags-Schwächlinge jene Schlafmützen an den Pranger zu stellen, die die großen Sicherheitsfragen der Nation vergessen. Wird Obama im Juni den richtigen Denkanstoß geben? Es hat sich nämlich nichts geändert am alten klassischen Satz: „Wer den Frieden will, rüste sich zum Krieg.“

Klaus Rose (CSU) war von 1974 bis 1977 Mitglied des Bayerischen Landtags und von 1977 bis 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Solotanz nach oben

Seit 40 Jahren führt John Neumeier in Hamburg die Ballett-Fäden

Als der US-Choreograf John Neumeier 1973 nach Hamburg ging, formte er aus einem Durchschnitts-Ballett ein Ensemble von Weltrang. Bei den 39. Hamburger Ballett-Tagen, die in der Staatsoper vom 9. bis 30 Juni stattfinden, sind neben auswärtigen Produktionen auch viele Neumeier-Klassiker zu sehen.

Mit dutzenden Blumensträußen und stehendem Applaus kann das Ensemble des Balletts „Die Kameliendame" wieder bei den Hamburger Ballett-Tagen rechnen. Nichts Seltenes für diese außergewöhnliche Oldtimer-Inszenierung von 1978. Das Außergewöhnliche kennzeichnet auch das Werk des verantwortlichen Ballettdirektors: John Neumeier (71) feiert sein 40. Jubiläum an der Spitze des Hamburg Balletts. Sein Streben nach Perfektion schwingt in jedem Trippelschritt mit, in jedem Pas de Deux, wenn die Primaballerina scheinbar schwerelos über den Boden gleitet.

Der US-Bürger startete 1963 in Stuttgart mit 21 Jahren als Gruppentänzer. Das Ensemble in Hamburg brachte er zu Weltruhm. Ungewöhnlich lange fand der Choreograf, der bis zu seinem 65. Geburtstag noch selbst mit federnden Schritten die Bühne durchmaß, stets neue Inspiration in der Elbstadt. Zu seinem Jubiläum beweist er zugleich die Zeitlosigkeit seines Schaffens, ob modern oder klassisch inszeniert. Ob die frisch aus seinen ersten Hamburger Tagen wieder ins Repertoire aufgenommenen Verliebten „Romeo und Julia" oder Neumeiers 2011 erstmals inszenierte moderne Liebesgeschichte „Liliom" – was der Meister gestaltet, bewegt bei „anhaltendem Publikumsinteresse", so der NDR über die aktuellen Aufführungen der Vorstadtlegende „Liliom".

Das Interesse äußert sich in vollen Sälen. Hamburg feiert Neumeier dieses Jahr mit den von zwei auf drei Wochen ausgedehnten Hamburger Ballett-Tagen. Am 22. Juni gibt es eine Gala, „in der Tanz, Stimme und Klavier aufeinandertreffen", verspricht der Träger des großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Er tritt bei allen Ehren bescheiden auf, umso höher ist sein Anspruch an die Darbietungen seines Ensembles.

„Mit meinem Beginn als Ballettdirektor in Hamburg 1973 wollte ich eine Compagnie aufbauen, die meinen künstlerischen Vorstellungen entsprach. Das ging nur gemeinsam mit den Tänzern", sagt der Mann, der sich selbst gern als „Arbeiter" bezeichnet, „der nicht nach rechts und links schaut" über sein Erfolgsrezept.

Neumeier zieht sein Ding durch, von Anfang an. Diese Anfänge sind stark vom Glauben inspiriert. Ein Jesuit ebnete ihm an der Universität seines Geburts- und Studienorts Milwaukee den Weg: „Ich wurde katholisch erzogen und gehe sonntags in die Messe. Und Father Walshs Einfluss als Jesuit lehrte mich die intellektuelle Auseinandersetzung", so der heute in Tokio wie St. Petersburg oder London als Gast-Choreograph gefragte Künstler. „Es wurde für mich selbstverständlich, diese Dinge dann auch körperlich und choreografisch auszudrücken." Walsh gab Tanzunterricht, öffnete die Tür zur Bühne.

Inzwischen fungiert Neumeier selbst als Türöffner und Förderer der Künstler. Vor zwei Jahren gründete er das Bundesjugendballett, das jungen Tänzern zusätzlich Raum am Ballettzentrum Hamburg gibt. Den letzten gemeinsamen Auftritt der Spielzeit hat dessen erster Jahrgang am 1. August in Berlin mit „Simple Gifts". Schon 1989 setzte Neumeier die Gründung des Ballettzentrums mit angegliedertem Internat und Compagnie um, als neues Quartier der 1978 gegründeten Ballettschule. Inzwischen besteht die Compagnie zu mehr als 80 Prozent aus den Absolventen der Ballettschule.

Der Künstler blickt ohne Anzeichen von Müdigkeit auf einen Weg zurück, der vielfältiger kaum sein könnte. Wenn „Die Kameliendame" vor den üppig von Jürgen Rose in Seide und edlen Stickereien kostümierten Tänzerinnen im Schlaglicht wirbelt, Neumeier das Muskelspiel der männlichen Tänzer mit Augenzwinkern auf die Schippe nimmt, könnte man eine Stecknadel fallen hören. Ein Tänzer hebt die Peitsche, die anderen formen blitzschnell ein Pferd. Lachen und das „Wow" aus Antike bis Ethnologie zusammen – eine Quelle ständiger Inspiration. Die bezieht er auch aus der deutschen Literatur. Im Jahr 2003 regte ihn Thomas Manns „Tod in Venedig" an, 2006 Chrétien de Troyes und Wolfram von Eschenbachs „Parzival" zu „Parzival – Episoden und Echo".

Die zwei großen Konstanten Neumeierscher Kraft bleiben indes Tänzer und Choreograf Vaslaw Nijinsky und der Komponist Gustav Mahler. Der Spätromantiker Mahler wirkte 1891 bis 1897 als Erster Kapellmeister am Vorgängerbau der heutigen Hamburger Staatsoper. „Eine Brücke zu bauen in etwas Metaphysisches", darin sieht der Ballettdirektor Mahlers großes Verdienst. Dessen „Rückert Lieder" stehen für die gekonnte musikalische Begleitung der neusten Inszenierung Pate. Am 17. Mai feierte die Compagnie mit dem Neumeier-Ballett „Um Mitternacht" in Essen Premiere.



Bilder: Hamburg Ballett/Badekow, Haberland

Neumeier (oben) und sein Ballett „Ein Sommernachtstraum"

dem Zuschauerraum durchbricht kurz die Illusion der fast dreistündigen Aufführung zu Klängen von Frédéric Chopin.

Nach den Anfängen in Amerika lernte Neumeier in Deutschland eine neue Bühnenwelt mit ihrer engen Verknüpfung von Schauspiel und Oper kennen. „Zweifellos förderte das deutsche Theatersystem mit seiner dramaturgischen Ausrichtung die spezielle Begabung des jungen Tänzers, der sich anschickte, ein Choreograf zu werden", charakterisierte der Tanzkritiker Horst Koegler Neumeiers Aufstieg zum Star.

Neben der Staatsoper und der Ballettschule hat sich der Jubilar 2006 ein drittes Standbein geschaffen, eine international bekannte Tanz- und Ballettsammlung, gebündelt in der nach ihm benannten Stiftung. Neumeiers legendäre Sammelleidenschaft dient auch der Forschung. Eine Bibliothek führt Zeugnisse von

Über diese Wurzeln bleibt der auch im Ausland zahlreich Ausgezeichnete mit dem Publikum verbunden: Sich an üppigen Kostümen sattzusehen wie in „Die Kameliendame" oder eine moderne Choreografie ohne verkrampfte Bezüge in stimmiger Form erleben, das ist bei Neumeier garantiert. Seine besondere Leidenschaft gilt historischen Handlungs- und Märchenballetten, doch er beherrscht auch die Moderne – eine breite Klaviatur künstlerischer Ausdrucksformen ohne je ins Klischee abzugleiten.

Seine Umsetzungen literarischer Stoffe für das Ballett „Die Kameliendame" von Dumas, „Endstation Sehnsucht" von Tennessee Williams oder Tschechows „Die Möwe" ist auch ohne Kenntnis der Originale ein nachvollziehbarer Genuss, eben zeitgemäßes Ballett. *Sverre Gutschmidt*

Auf alles eine Antwort

Heidelberg feiert 450 Jahre protestantischen Katechismus

Der Jubilar wirkt klein und unscheinbar. Aber das 1563 erstveröffentlichte Büchlein mit der Aufschrift „Catechismus oder Kurtzer Unterricht Christlicher Lehr, wie der in Kirchen und Schulen der Chur und Fürstlichen Pfaltz getrieben wird" ist die bedeutendste Bekenntnisschrift der reformierten Kirche. Am Heidelberger Katechismus orientieren sich heute rund 20 Millionen Menschen in aller Welt.

Das Jubiläum „450 Jahre Heidelberger Katechismus" wird im Kurpfälzischen Museum und im Schloss Heidelberg mit einer großen Doppelausstellung gefeiert, die rund 300 Exponate umfasst. Das Museum widmet sich wissenschaftlichen und theologischen Aspekten. Im Schloss geht es um Hofleben und Politik. Die Doppelschau verfolgt den Zeitraum von der Einführung der Reformation unter Kurfürst Ottheinrich (1502–1559) bis zur Hochzeit Friedrichs V. (1596–1632) mit der englischen Königstochter Elizabeth Stuart (1596–1662).

Auftraggeber des Heidelberger Katechismus war Kurfürst Friedrich III. von der Pfalz (1515–1576). Zum Verfasser bestimmte er den Theologieprofessor Zacharias Ursinus. Das Glaubensbekenntnis umfasst 129 Fragen und Antworten in drei Kapiteln mit den Überschriften: „Von des Menschen Elend", „Von des Menschen Erlösung" und „Von der Dankbarkeit". Ein entscheidender Unterschied der Reformierten zum katholischen und lutherischen Glaubensbekenntnis besteht in der Haltung zum Abendmahl, das nicht als wirkliche Gegenwart Christi in Brot und Wein aufgefasst wird, sondern als Gedächtnismahl, bei dem Christus geistig anwesend ist. Ein kolorierter Kupferstich, der die „Eröffnung der Nationalsynode zu Dordrecht" 1619 zeigt, weist darauf hin, dass der Heidelberger Katechismus dort als verbindliche Bekenntnisschrift der Reformierten anerkannt wurde. Danach fand er weltweite Verbreitung.

Die Schau stellt anhand von Porträts, Dokumenten und Publikationen die Protagonisten und Ereignisse der Zeit vor. Auf die konfessionellen Konflikte weist der „Gründungsvertrag der Protestantischen Union" (1608) hin. Der von Kurfürst Friedrich IV. von der Pfalz angeführten Protestantischen Union trat 1610 Kurfürst Johann Sigismund von Brandenburg bei, dessen von unbekannter Hand geschaffenes Porträt (um 1610) ausgestellt ist.

Ausstellungskuratorin Karin Tebbe berichtet: „Lutherisch erzogen, bekehrte sich Johann Sigismund 1604 bei einem längeren



CATECHISMVS. Oder Kurtzer Unterricht Christlicher Lehr / wie der in Kirchen und Schulen der Chur und Fürstlichen Pfaltz

Bild: Museum

Buch zum Auswendiglernen

Aufenthalt in Heidelberg zur reformierten Lehre." Gleichwohl akzeptierte er in einem 1614 erlassenen Toleranzedikt die fortdauernde Geltung des Luthertums in Kirchen- und Schulangelegenheiten. Das Gegengewicht zur Protestantischen Union bildete die auf Betreiben des Herzogs Maximilian I. von Bayern ins Leben gerufene Katholische Liga, deren Gründungsvertrag (1609) ebenfalls gezeigt wird.

Das größte Exponat der Schau ist die über der Altstadt aufragende Heidelberger Schlossruine. Deren Renaissancebauten beherbergten bis zum Dreißigjährigen Krieg einen der bedeutendsten Höfe des Reiches. Vom „Ottheinrichsbau" (1556–1566) wurden die beiden unteren Geschosse wieder hergestellt, während die darüber als Ruine erhalten sind. Kurfürst Ottheinrich sorgte für 16 Fassadenskulpturen zur Verherrlichung seiner Regentschaft. Die Originale sind im Ottheinrichsbau untergestellt und gehören dort zum zweiten Teil der Sonderausstellung. Dort steht anhand von Musikinstrumenten, prachtvollen Jagdwaffen und bei Turnieren getragenen Prunkharnischen der Glanz des Hoflebens im Blickpunkt. Gemälde und Druckgrafiken feiern die Hochzeit Friedrichs V. mit der englischen Königstochter als seinerzeitiges Jahrhundertereignis. Mit dieser Eheverbindung war die Erwartung auf ein Goldenes Zeitalter in der Pfalz verknüpft.

Doch es kam anders. Friedrich V. nahm die ihm von den protestantischen Böhmen 1619 angetragene Königswürde an. Das forderte Gegenmaßnahmen des katholischen Kaisers Ferdinand II. heraus. Friedrichs Regentschaft endete bereits ein Jahr später mit der Niederlage in der Schlacht am Weißen Berg gegen die kaiserlichen Truppen, was ihm den Spottnamen „Winterkönig" einbrachte. Er verließ fluchtartig Prag und begab sich über Schlesien und Brandenburg zu seinen Verwandten im niederländische Exil. Frieder Hepp, Direktor des Kurpfälzischen Museums, erklärt: „Mit dem verhängnisvollen Griff nach der böhmischen Königskrone und dem Sturz des Winterkönigs im Dreißigjährigen Krieg endet eines der spannendsten Kapitel in der kurpfälzischen Geschichte." *Veit-Mario Thiede*

Bis 15. September im Kurpfälzischen Museum Heidelberg, Hauptstraße 97. Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr. Telefon (06221) 5834020, Internet www.museum-heidelberg.de. Schloss Heidelberg, täglich 10 bis 18 Uhr. Telefon (06221) 658880, www.schloss-heidelberg.de und www.machtdesglaubens2013.de. Eintritt: 10 Euro für beide Ausstellungen inklusive Fahrt mit der Bergbahn zwischen Stadt und Schloss. Der Begleitband aus dem Verlag Vandenhoeck & Ruprecht kostet 39,99 Euro.

Flaneure unter sich

Mit Fontane und Benjamin durch Berlin

Das Märkische Museum Berlin feiert am 15. Juni am Köllnischen Park ein Museumsfest mit Jazzmusik, einer Tombola, einer Bärenhöhle für Kinder – und einer Ausstellungseröffnung. Mit „Fontane und Benjamin – Kindheit in Berlin und Brandenburg" widmen sich die Ausstellungsmacher zwei höchst gegensätzlichen Berliner Persönlichkeiten: einem Romanautor sowie einem Philosophen und Literaturkritiker, die sich aufgrund ihrer Lebensdaten aber selbst nie begegnet sind.

Die Schau wirft einen literarischen Blick auf die Zeit zwischen 1830 und 1900 und durchstreift dabei mit Fontane (1819–1898) und Benjamin (1892–1940) Berlin und das Umland. Auch wenn sich ihre Lebenswege nicht kreuzten, lassen sich anhand ausgewählter Beschreibungen erstaunliche Parallelen entdecken.

„Ich flaniere gern in den Berliner Straßen, meist ohne Ziel und Zweck, wie's das richtige Flanieren verlangt", schrieb Fontane. Und Benjamin: „Sich in einer Stadt zurechtfinden heißt nicht viel. In einer Stadt sich aber zu verirren, wie man in einem Walde sich verirrt, braucht Schulung."

Insgesamt 18 Stationen stellen im Märkischen Museum einen thematischen Bezug zu den beiden Literaten her. Im Abstand von 70 Jahren haben diese großen Schriftsteller dieselben Orte aufgesucht. So gelingt ein fiktiver Dialog und inhaltlicher Diskurs über Kindheitserinnerungen in Berlin und Brandenburg. Mit seinen Skizzen „Berliner Kindheit um Neunzehnhundert" hat der Philosoph Benjamin selbst Anfang der 1930er Jahre eine anschauliche Milieuschilderung seiner Jugend verfasst.

Das Museum folgt den Autoren an die Kindheitsorte: Von der Pfaueninsel über die Rousseau-Insel im Tiergarten bis zum Kaiserpanorama, das sich ursprünglich Unter den Linden befand. Der Zauber steckt immer im Detail und so geben sich am Fangespiel aus Fontanes Besitz die Gebrauchsspuren gut zu erkennen und Benjamins Faszination an Mondscheinkarten „leuchtet" wirklich ein. Ein kostenloser Audioguide mit Originaltexten lässt die individuellen Gedanken der großen Dichter nachempfinden. Die Ausstellung läuft bis zum 15. September. *PAZ*

MELDUNG

Hamburg strebt Weltkulturerbe an

Hamburg – Was hat Hamburg nicht, das die benachbarte Hansestadt Lübeck hat? Ein Weltkulturerbe. Seit 1987 ist die Lübecker Altstadt Unesco-Kulturerbe. Also dachte sich der Hamburger Senat, dass es Zeit wird, eigene architektonische Schätze zur Unesco-Liste hinzufügen zu lassen. Jetzt hat man gleich zwei Juwele gefunden, die man den Unesco Welterbezentrum in Paris präsentieren will. Mit der Speicherstadt am Hafen und dem Kontorhausviertel mit dem Chilehaus bewirbt man sich jetzt offiziell mit zwei ganz heißen Kandidaten.

Das rote Backsteinensemble der Speicherstadt entstand zwischen 1885 und 1927 und gilt als größter Lagerhauskomplex der Welt, in dem Kaffee, Gewürze und andere exotische Güter gelagert wurden. Heute sind dort Agenturen und Museen untergebracht. Von vergleichbarer Homogenität ist das Kontorhausviertel mit seinen schillernden Klinkerfassaden. Geprägt wird es von dem zwischen 1922 bis 1924 errichteten Chilehaus mit seiner an einen Schiffsbug erinnernden Spitze. *tws*

»Ich töte jede Nacht tausende Menschen«

Vor 70 Jahren starten die Vereinigten Staaten und Großbritannien ihre gemeinsame Bomber-Offensive gegen Deutschland

Im Verlauf der Combined Bomber Offensive (COB, gemeinsamen Bomber-Offensive) wurden zahlreiche deutsche Städte und Produktionsanlagen angegriffen. Dabei kam es insbesondere durch die nächtlichen Flächenbombardements der Briten zu großen Opfern unter der Zivilbevölkerung. Andererseits stießen die alliierten Piloten bei ihren zumeist völkerrechtswidrigen Attacken auf erheblichen Widerstand der Luftwaffe, die den Angreifern noch bis Anfang 1944 hohe Verluste zufügen konnte.

Eines der wichtigsten Ergebnisse der Casablanca-Konferenz zwischen US-Präsident Franklin D. Roosevelt und dem britischen Premierminister Winston Churchill sowie den Spitzenmilitärs beider Mächte war die Entscheidung, den Bombenkrieg gegen Deutschland zu intensivieren. Hierzu erließen die Combined Chiefs of Staff (CCS), also die Stabschefs aller Teilstreitkräfte der USA und Großbritanniens, am 4. Februar 1943 die Direktive CCS 166/1/D. Demgemäß sollten die Amerikaner nunmehr verstärkt bei Tage „Präzisionsangriffe" gegen die Rüstungsbetriebe des Gegners fliegen, während die Engländer ihre nächtlichen Flächenbombardements gegen deutsche Städte auszuweiten gedachten.

Das vorrangige Ziel der Briten war „die Untergrabung der Moral des deutschen Volkes". So stand es bereits in der Area Bombing Directive (General Directive No. 5 S.46368/D.C.A.S.) des Luftfahrtministeriums vom 14. Februar 1942 an Air Marshal Arthur Harris (1892–1984), den gerade neu ernannten Oberkommandierenden des Bomber Command der Royal Air Force (RAF). Er könne ab sofort ohne jede Beschränkung Angriffe durchführen lassen, um den Durchhaltewillen der Deutschen zu brechen.

Und das versuchte Harris dann auch, beginnend mit dem ersten Area-Bombing-Unternehmen in der Nacht vom 28. zum 29. März 1942, in dessen Verlauf die Innenstadt von Lübeck zerstört wurde. Dass ein derartiges Vorgehen in eklatanter Weise gegen die Artikel 25 und 27 der Haager Landkriegsordnung von 1907 verstieß, die unter anderem den Angriff auf unverteidigte zivile Gebäude sowie die Zerstörung von Kulturgütern und Hospitälern verbieten, erschien dabei ohne jeden Belang. Vielmehr berauschte sich die britische Führung an immer neuen und brutaleren Phantasien. So verkündete der oberste Chef der britischen Luftwaffe, Air Chief Marshal Charles Portal (1893–1971), am 3. November 1942, man könne bis Ende 1944 gut und gerne 60 Millionen Wohnungen im Deutschen Reich zerstören und dabei 900 000 Zivilisten töten.

Der Oberbefehlshaber der United Staates Army Air Forces (USAAF), General Henry H. Arnold (1886–1950), interessierte sich hingegen mehr für die ökonomischen „Flaschenhälse" auf der gegnerischen Seite, das heißt die neuralgischen Punkte der deutschen Rüstungsindustrie. Diesbezüglich erbat er am 24. März 1943 genauere Zielinformationen von den Briten. Daraufhin tagte im Folgemonat ein anglo-amerikanisches Komitee, das einen Einsatzplan für die USAAF und die RAF im Rahmen einer bilateralen Combined Bomber Offensive verabschiedete. In der ersten Phase dieser gemeinsamen Bomber-Offensive sollten 18 Angriffe auf insgesamt 76 Ziele erfolgen, wobei die deutschen Flugzeugwerke das Primärziel darstellten. Dieser Einsatzplan wurde am 19. Mai 1943 anlässlich des Treffens von Roosevelt und Churchill in Washington von den Combined Chiefs of Staff für gut befunden. Damit war der Weg frei für eine entsprechende CCS-Direktive mit dem Decknamen „Pointblank", was so viel heißt wie „direkt" beziehungsweise „rundheraus".



Angriff der 8. US-Luftflotte auf die Focke-Wulf-Werke in Marienburg vom 9. Oktober 1943: Im Gegensatz zu den Briten konzentrierten sich die US-Amerikaner auf Rüstungsbetriebe Bild: Archiv

Die Combined Bomber Offensive begann mit einem britischen Flächenangriff auf Düsseldorf in der Nacht vom 11. zum 12. Juni, der über 1000 Menschen das Leben kostete. Die Amerikaner folgten am 13. Juni mit der Bombardierung von Kiel und Bremen. Im Rahmen der COB erfolgten alleine bis Ende 1943 weitere verheerende Nachtangriffe auf Bochum, Oberhausen, Köln, Krefeld, Mülheim an der Ruhr, Elberfeld, Gelsenkirchen, Aachen, Duisburg, Essen, Saarbrücken, Hamburg, Remscheid, Mannheim, Ludwigshafen, Nürnberg, Leverkusen, Berlin, Mönchen-Gladbach, München, Hannover, Hagen, Kassel, Leipzig und Frankfurt. Dabei kamen im Monatsdurchschnitt mindestens 8100 deutsche Zivilisten ums Leben, wobei der Blutzoll, den Hamburg zwischen dem 24. Juli und 3. August infolge der „Operation Gomorrha" erbringen musste, mit rund 35 000 Toten weit über diesem Durchschnitt lag; zudem wurden 277 000 Wohnungen, 24 Krankenhäuser und 58 Kirchen zerstört. Der Angriff auf Hamburg war nicht zuletzt deshalb so verlustreich, weil hier die USAAF und die RAF ausnahmsweise einmal eine konzertierte Aktion durchführten, denn ansonsten wollte sich Harris unter kein gemeinsames Kommando stellen.

> Die USAAF griffen am Tage an, die RAF in der Nacht

Anfänglich standen die Deutschen den Angriffen noch nicht wehrlos gegenüber. Aufgrund der Tatsache, dass das Dritte Reich im Sommer 1943 über 1000 Abfangjäger aufbieten konnte und jeden Monat noch einmal genauso viele Maschinen vom Band liefen, entspannen sich ab August heftige und verlustreiche Luftkämpfe über dem Reichsgebiet. So wurden schon beim ersten Angriff der USAAF auf die Kugellagerwerke von Schweinfurt 60 Bomber abgeschossen, das waren immerhin 16 Prozent der eingesetzten Flugzeuge. Die Quote stieg dann bis zum 14. Oktober noch auf demoralisierende 26 Prozent. An jenem „Schwarzen Donnerstag" verlor die 8. US-Luftflotte 77 von 291 Bombern – weitere 121 wurden beschädigt. Ursächlich verantwortlich hierfür war das Fehlen leistungsstarker Langstreckenbegleitjäger, wie sie dann ab 1944 allerdings mit der Republic P 47 „Thunderbolt" und der North American P 51 „Mustang" zur Verfügung standen.

Und auch die Briten bezahlten ihre Nachtangriffe auf die Arbeiterviertel und Innenstädte 1943 noch recht teuer. Im Jahresverlauf mussten sie 13 000 Maschinen und annähernd genauso viele Besatzungsmitglieder abschreiben. Insofern war es mehr als doppeldeutig, wenn Harris zu dieser Zeit gegenüber einem Polizisten, der ihn um mehr Vorsicht im Straßenverkehr gebeten hatte, äußerte: „Junger Mann, ich töte jede Nacht tausende Menschen!"

Das Kräfteverhältnis änderte sich erst im Februar 1944 deutlich. In jenem Monat verlor die Luftwaffe 1217 Jagdflugzeuge, insbesondere während der „Big Week" vom 20. bis 25., in der die Alliierten 3800 Maschinen einsetzten, was durch eine Vervierfachung der Produktion möglich wurde. Dadurch entstand endlich die von den Anglo-Amerikanern erstrebte Luftüberlegenheit, die als zwingende Voraussetzung für die Landung in der Normandie galt.

Wolfgang Kaufmann

Von Stalin und Molotow zu Grabe getragen

Vor 80 Jahren starb die auch in der DDR geehrte sächsische Kommunistin und Frauenrechtlerin Clara Zetkin im Moskauer Exil

Josef Stalin und Wjatscheslaw Molotow trugen die Urne mit ihrer Asche in einer pompösen Zeremonie zu Grabe. Ihre letzte Ruhestätte fand Clara Zetkin an der Moskauer Kremlmauer. In ihrer Heimat wurde die Kommunistin vor allem zu DDR-Zeiten als Organisatorin und Programmatikerin der deutschen und internationalen Frauenbewegung ideologisch vermarktet. Der DDR-Ministerrat stiftete eine „Clara-Zetkin-Medaille", die für besondere Verdienste um die Frauenbewegung einzig und allein an Frauen verliehen wurde.

Gleich dem ersten Staatsratsvorsitzenden der DDR, Walter Ulbricht, stammte Clara Zetkin aus Sachsen. In der Familie des strengen und lutherischen Dorfschulmeisters Gottfried Eißner kam Clara Eißner am 5. Juli 1857 im Dörfchen Wiederau nahe Rochlitz zur Welt. Ihre Mutter Josephine geborene Vitale entstammte einer Leipziger Arztfamilie, die von französischer Herkunft war. Gottfried Eißner wird als „Lehrer von altem Schrot und Korn" geschildert und ließ daher seine Tochter in einem Leipziger Lehrerinnenseminar gleichfalls als Lehrerin ausbilden, wobei sie in ihrem Abschlusszeugnis die besten Noten bemerkenswerterweise im Fach Religion aufwies.

Hier in Leipzig kam Clara Eißner mit der Frauenfrage und den emanzipatorischen Zielen des „Allgemeinen Deutschen Frauenvereins" in Kontakt. Den Boden bürgerlicher Weltanschauung begann die junge Frau zu verlassen, als sie in Leipzig auf Ossip Zetkin traf. Der junge Russe jüdischer Herkunft, der aus Odessa stammte, war als typischer „Narodniki" („Volkstümler") Marxist und glaubte an das Proletariat wie die kommende sozialistische Revolution. In Leipzig studierte er Nationalökonomie wie Geschichte und arbeitete halbtags bei einem sozialdemokratischen Tischler. Mit Ossip Zetkin machte Clara Eißner ihre ersten sexuellen Erfahrungen. Von ihm wurde sie in den Marxismus eingeführt sowie mit der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung in Leipzg bekannt gemacht. Von Zetkin bekam Clara Eißner zwei Söhne, Maxim und Kostja. Geheiratet haben die beiden allerdings nie. Trotzdem trug sie später wie selbstverständlich seinen Familiennamen.

> Rosa Luxemburg radikalisierte mit Karl Liebknecht ihre Förderin und Unterstützerin

Nachdem Ossip Zetkin bereits mit 39 Jahren 1889 an Tuberkulose verstorben war, heiratete Clara Zetkin im Jahr 1899 den 18 Jahre jüngeren deutschen Kunstmaler Friedrich Zundel, welcher der Öffentlichkeit allerdings weitestgehend unbekannt blieb. Auf eine zunehmende Entfremdung folgte im Jahr 1928 die Scheidung.

Eine gewisse Bekanntheit hatte Clara Zetkin bereits 1889 erlangt, als die auf dem Gründungskongress der Zweiten Internationale ein vielbeachtetes Referat zur Frauenfrage gehalten hatte. Ab 1907 leitete sie das Frauensekretariat der SPD. Erfolgreich setzte sie sich für einen „Internationalen Frauentag" ein, der erstmals am 19. März 1911 begangen und 1921 auf den 8. März umgelegt wurde.

Clara Zetkin war innerhalb der SPD eine ganz enge Freundin, Fördererin und Unterstützerin von Rosa Luxemburg, die eine Beziehung zu ihrem jüngsten Sohn Kostja unterhielt. Durch den Einfluss von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sowie die Auswirkungen des Ersten Weltkriegs radikalisierte sich die früher vor allem an der Frauenfrage interessierte Clara Zetkin zunehmend und ging immer mehr zu radikalen politischen Positionen über. Sie wurde Spartakistin und gehörte 1919 zu den Gründungsmitgliedern der Kommunistischen Partei Deutschlands. In den folgenden Jahren wuchs ihr Einfluss in der deutschen Arbeiterbewegung stetig. Dabei kam ihr zugute, dass sie sich aus den ideologischen Grabenkämpfen der deutschen Kommunisten heraushielt und nie den Anspruch erhob, eine große sozialistische Theoretikerin zu sein. 1925 wurde sie Vorsitzende der Roten Hilfe Deutschlands und damit Nachfolgerin Wilhelm Piecks und nach dem Tod von Julian Marchlewski übernahm sie auch die Leitung der Internationalen Roten Hilfe. Kurz vor dem Ende der Weimarer Republik war ihr noch eine politische Sternstunde vergönnt. Als Alterspräsidentin eröffnete sie 1932 den Reichstag. In ihrer Rede gab sie ihrer Hoffnung Ausdruck, trotz ihres hohen Alters noch „den ersten Rätekongress Sowjetdeutschlands" eröffnen zu können.



Freundinnen und politische Weggefährtinnen: Clara Zetkin und Rosa Luxemburg (von links) Bild: Archiv

Nach dem kurz drauf erfolgten Machtantritt der Nationalsozialisten emigrierte sie in die Sowjetunion und verstarb dort am 20. Juni 1933. So blieb es ihr wenigstens erspart, die Stalinschen Repressionen zu erleben, die sie als alte Sozialistin kaum gutgeheißen hätte.

Jürgen W. Schmidt

Ein »international orientierter Herrscher«

Setzte Wilhelm II. auf »Recht und Gerechtigkeit« statt auf »die Macht und das Ansehen seines Volkes«, auf Ideale statt Realpolitik?

Wilhelm II., letzter König von Preußen und deutscher Kaiser, beging am 15. Juni 1913 sein 25. Thronjubiläum. Seine Zeitgenossen hatten allen Grund, ein positives Resümee seiner Regentschaft zu ziehen, gelten die Jahre bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges doch als „goldenes wilhelminisches Zeitalter“. Gleichwohl ist sein Wirken bis heute Gegenstand leidenschaftlicher Diskussionen. Dass es schon zu seiner Regierungszeit zwar positiv, aber durchaus differenziert betrachtet wurde, belegen zwei Texte aus dem Jubiläumsjahr.

Von Geburt an von einem körperlichen Makel gezeichnet, musste sich Wilhelm gegen vielfältige Widerstände behaupten. In seiner Jugend eitel, ungestüm und vorlaut, entwickelte er sich als gereifter Mann zu einem besonnenen Staatsmann, der seine Entscheidungen wohl abwog und schwer an seiner Verantwortung trug. Wie es sich bei einem Hohenzollernprinzen gehörte, war seine Erziehung und Berufslaufbahn auf das Militärische konzentriert. Allerdings wäre es falsch, Wilhelms Leben und Wirken ausschließlich darauf zu reduzieren, wie es heute in Veröffentlichungen zumeist der Fall ist. Nach seiner Thronbesteigung ließ er erkennen, dass er nicht gewillt war, sich mit der Rolle eines „Schattenkaisers“ hinter dem dominanten Reichskanzler Otto von Bismarck zufrieden zu geben. Der junge Kaiser, der einen ausgeprägten Sinn für soziale Gerechtigkeit und viel Gespür für gesellschaftliche Entwicklungen hatte, wollte sich als sozialer Monarch sowie als Repräsentant einer modernen Epoche der Technik und Mobilität, der deutschen Wirtschaftsmacht und Weltgeltung profilieren.

Im Jahr seines silbernen Thronjubiläums blickte Deutschland auf ein Vierteljahrhundert des Friedens und der wirtschaftlichen und kulturellen Blüte zurück. Die wilhelminische Gesellschaftsordnung gewährte als konstitutionelle Monarchie Rechtsstaatlichkeit, ein hohes Maß an politischer und wirtschaftlicher Freiheit und weitgehende Möglichkeiten zur persönlichen Entfaltung. In der sozialen Wohlfahrt nahm Deutschland unter allen Industrienationen die Spitzenstellung ein. Wenn es der Kaiser, der sich immer streng an die Verfassung hielt, auch manchmal an diplomatischer Zurückhaltung fehlen ließ, konnte man ihm die Lauterkeit seiner Bemühungen um Frieden und Wohlstand seines Volkes nicht absprechen. Das Reich befand sich auf dem Gipfel nationaler Größe, was seine Zeitgenossen überwiegend der Person des Kaisers zuschrieben. F. W. Wile, der Berliner Korrespondent der „New York Times“, schrieb dazu: „Als Generaldirektor der Firma Deutschland GmbH hatte Kaiser Wilhelm eine schwere Rolle zu spielen, und er hat sich seiner Aufgabe mit eminentem Erfolg entledigt.“ Die Jahre seiner Regentschaft zählen zu Deutschlands Blütezeit – eine Tatsache, die heute nur allzu gern verdrängt wird.

Die Berichterstattung der deutschen Blätter über Wilhelms Thronjubiläum entsprach ganz dem damaligen Zeitgeist, bejubelten sie doch fast ausschließlich Wilhelms Beitrag zu des Reiches nationaler Selbstbehauptung und Größe, zu dessen Weltgeltung und Erringung eines gleichberechtigten „Platzes an der Sonne“ neben den anderen Großmächten. Einen ganz anderen Ansatz zur Würdigung von Wilhelms Regentschaft wählte dagegen der Berliner Pastor Hans Francke in den „Blättern für Volkskunde – Halbmonatsschrift für Bildung/Erziehung und Leistung“ vom 15. Juni 1913. Als Erstunterzeichner des Friedensappells deutscher Theologen aus dem gleichen Jahr stellte er Wilhelms „25 Jahre Friedensregiment“ heraus. Er sieht Wilhelm als Begründer einer neuen, modernen historischen Epoche, in der es nicht mehr um reine Machtpolitik, sondern um die Hinwendung zu neuen, modernen Idealen gehe. Abweichend vom üblichen Tenor der Zeitungsberichte sieht er Wilhelms Fortschrittlichkeit, Internationalität, soziale Kompetenz und Friedensliebe als dessen herausragende Leistung. Wegen seines dokumentarischen Werts wird sein Artikel nachfolgend vollständig abgedruckt:

„Was wird über die Regierung Wilhelms II. in den Geschichtslehrbüchern stehen, die die deutsche Jugend im Jahr 2013 im Schulgebrauch haben wird? Ich glaube fast, da wird mit der Regierung des jetzigen Kaisers ein neuer Abschnitt in der deutschen Geschichte beginnen, und Wilhelm II. wird durchaus nicht und in keiner Beziehung als der bloße Erbe der Vergangenheit, als der Fortsetzer der bis zu ihm reichenden Überlieferung erscheinen. Er wollte es eigentlich sein. Gewiss! Er hat es selbst gesagt. Im Anfang seiner Regierung und später noch hat er oft ausgesprochen: Er wollte das Erbe der Väter treulich hüten und die ‚glorreiche Tradition des Hohenzollernhauses weiterführen‘. Ja, das wollte er. Aber die Vorsehung hat ihm, so scheint's, andres, Besseres bestimmt. Mit der Regierung Wilhelms I. scheint die Periode deutsch-preußischer Geschichte zu Ende gegangen zu sein, die durch Kriege und reine Machtpolitik den Bestand des nationalen Staates gründen und sichern musste. Sie ist in ihrer Art sicher geschichtlich notwendig gewesen. Mit Wilhelms II. Regierungszeit bahnt sich eine neue Epoche an. Die Nation fängt zu begreifen an, dass die salus publica, das gemeine Wohl, nicht mehr abhängig ist von starker nationaler Selbstbehauptung, als von der gesamten Weltlage. Und die lässt sich mit den Mitteln der ‚Politik‘ weniger beeinflussen, als durch die Mächte des Wirtschaftslebens, des Handels, der Wissenschaft, ja sogar durch so ideologische Faktoren wie Ethik und Moral. Was hilft die schönste Staatsordnung im eignen Lande, was hilft Armee- und Polizeigewalt, was hilft Souveränität und Unabhängigkeit, wenn's draußen in der Welt drüber und drunter geht, oder etwa gar, wenn's draußen in der Welt über unsere Köpfe weg vorwärts geht, wenn ein Weltreich, wie das nordamerikanische, seinen Bürgern etwa Zukunftschancen bietet, gegen die sich die unsrigen rückständig ausnehmen? Bismarck konnte noch glauben, Deutschland so wirtschaftlich und militärisch stark zu machen, dass es von der ganzen Welt unabhängig wäre, dass es in edler Selbstgenügsamkeit oder in glänzender Isolierung keinen Pfifferling zu fragen brauchte nach denen da draußen, nach ihrem Wohl oder Wehe, nach ihren Verfassungszuständen, nach ihren Kulturverhältnissen. Der große Realpolitiker Bismarck sah noch nicht die Erweiterung der Weltenbühne, die Verflochtenheit unserer Existenz mit derjenigen überseeischer Wirtschafts- und Kulturfaktoren, er hatte noch keinen Blick für die geistigen und seelischen Kräfte unseres eigenen Volkes. Er konnte von der Vergangenheit noch nicht loskommen.

Ein Pastor lobte den Kaiser bereits 1913 für eine an den Interessen der internationalen Gemeinschaft ausgerichtete Politik

Die Entlassung Bismarcks war für die Anfänge der Regierungszeit unsres Kaisers charakteristisch. Sie ist mehr gewesen als sie schien. Sie war das Zeichen der unbewussten Hinwendung zu neuen Idealen. Denn, unbewusst allerdings, hat sich der Kaiser zu dem entwickelt, was er eigentlich nicht werden wollte: ein stückweis ganz moderner Mensch, vor allem ein international orientierter Herrscher, der die Grundsätze von Recht und Gerechtigkeit im Verkehr mit fremden Regierungen und Völkern allmählich mehr zur Geltung brachte als den hohenzollernschen Grundsatz: ein Herrscher soll die Macht und das Ansehen seines Volkes unbedingt steigern, ganz gleichgültig, ob Nachbarstaaten und Nationen darüber klagen oder sich dadurch bedrückt fühlen! Wenn nur wir Deutschen wohl dabei fahren! Der Kaiser hat erkannt, dass das nur eine Scheinwohlfahrt ist, wenn wir auf Kosten anderer erstarken. Wir mögen vielleicht eine Zeitlang dabei ‚reüssieren‘, nachher wird sich die immanente Gerechtigkeit der Weltgeschichte an uns rächen.

Bild: Vintage Germany

Trug entgegen gängigen Klischees nicht nur Uniform: Kaiser Wilhelm II.

Wilhelm II. ist als Kaiser soweit international gerichtet, wie das wohl selten ein Herrscher in einem Staat mit monarchischer Verfassung gewesen ist. Und wir danken ihm das. Denn für uns bedeutet es den Frieden. 25 Jahre beinahe ununterbrochene Friedenszeit ist dem Hohenzollern beschieden gewesen, der sich vor allem berufen glaubte, die kriegerischen Traditionen seines Hauses zu pflegen. Wir segnen die Berührungen des Kaisers mit den Vertretern fremden Volkstums, seinen unbefangenen Verkehr mit Engländern, Amerikanern und Schotten. Sie haben ihm die Augen dafür geöffnet, dass die Menschen auf allen Kontinenten weit mehr gemeinsame Interessen haben als die Einzelstaaten Sonderinteressen in ihren engen Grenzen. Das wahre Glück auch des deutschen Volkes hängt heute ebenso sehr von dem Aufstieg der Gesamtmenschheit auf Erden ab, wie von dem lokalen Gedeihen innerhalb der schwarzweißroten Pfähle, das wir uns allenfalls auf Jahrzehnte erzwingen könnten, dann aber um so teurer bezahlen müssten.

Wilhelms Außenpolitik wurde vor 100 Jahren bescheinigt, was Rot-Grün ab 1998 für die eigene in Anspruch nahm: Internationalismus

Erkannt hat das der Kaiser oder wenigstens instinktiv empfunden; und aus diesen Gefühlen heraus hat er in mancher gefahrvollen Stunde für den Frieden gewirkt. Gegenüber chauvinistischen Hetzern und Schreiern ist er der Besonnene gewesen, der Weitblickende! Wir danken ihm das.

Damit hängt zusammen, was hoffentlich in weiteren Jahren sich noch mehr herausstellen wird: Der Kaiser ist gar nicht in dem Maße Politiker, wie das eigentlich sein Beruf mit sich bringt und wie es viele bei seiner Stellung für selbstverständlich halten. Er ist viel zu sehr Mensch, zu sehr zugänglich allgemein menschlichen Eindrücken und Interessen, als dass er auf die Dauer zu den Verteidigern der Fiktion zählen könnte, die lange genug die Geschichte der Vergangenheit belastet hat, als dürften im Leben der Völker und im Staatenverkehr andere Zwecke, Zielsetzungen, Grundsätze, Moralprinzipien gelten, wie im Leben der einzelnen. Wir wollen uns freuen, wenn auf dem deutschen Kaiserthron immer mehr diese Besinnung heimisch wird. Wir wollen uns freuen, wenn ein deutscher Kaiser seine Erfolge darin sucht, dass er als Mensch den Kindern seines Volkes das beste Beispiel gibt, in Ehe und Haus, in Wissenschaft und Kunstpflege, in sittlichem Streben und starkem Rechtsempfinden. Und ich denke, aus allen diesen Gebieten tauchen jetzt, zur Gedenkfeier des Regierungsantritts unsres Kaisers, Erinnerungsmomente auf, Lichtpunkte, über die wir uns wirklich freuen können. Das Familienleben des kaiserlichen Hauses darf sich dem unsrer besten Bürgerhäuser getrost zur Seite stellen (wer das etwa zu wenig gesagt findet, vergisst, was die Geschichte der Vergangenheit zumeist über königliche Ehen zu berichten hat!), das Kunstinteresse des Kaisers ist – wenn auch seiner Richtung nach kein einwandfreies – ein beredtes Zeugnis für eine geistige Vielseitigkeit, um die ihn auch berufsmäßige Vertreter geistiger Interessen beneiden könnten. Vor allem hat der Kaiser regen Anteil an der Entwicklung der technischen und industriellen Kultur im letzten Vierteljahrhundert genommen, die ohne Beispiel in der Weltgeschichte dasteht. Im Jahre 1888 konnte das Fahrrad noch Sinnbild der aufsteigenden Verkehrsentwicklung heißen; wie weit ist es inzwischen überholt vom Automobil, Luftschiff, Flugapparat und elektrischen Lokomotivbetrieb. Vor 25 Jahren sind asphaltierte Straßen noch Ausnahmeerscheinungen der Großstädte gewesen; heute fangen sie an, sich über die Vorstädte bis auf das Land hinaus vorzuschieben. Vor 25 Jahren waren kaum unsre deutschen Hauptströme im Unterlauf notdürftig reguliert; heute ist in der Regulierung ihrer meisten Zuflüsse immense Arbeit geleistet und in den dabei angelegten Staubecken noch immensere Arbeitskraft aufgespeichert, die durch die Überlandzentralen bald selbst den Hinterwäldlern übermittelt werden kann. Es ist keine Frage, dass das persönliche Interesse des Kaisers, sein modernes Aufgeschlossensein für Probleme dieser Art der Entwicklung förderlich gewesen ist, dass ohne sein Interesse nicht so viel Köpfe und Hände mitgeschaffen hätten. Es ist keine Frage, dass wir ohne diese andauernde Friedenszeit wirtschaftlich nicht so hätten erstarken können, dass das arme Preußen, das zerrissene Deutschland von einst heute unter den Kulturmächten an zweiter Stelle steht. Und diese Segnung eines 25-jährigen Friedensregiments stimmt uns zweifach froh in der Erinnerung an das, was unsre Väter jetzt vor 100 Jahren sich sagen mochten beim Rückblick auf die letzten 25 Jahre ihres Lebens, noch mehr im Ausblick in die Zukunft der für sie kommenden Jahrzehnte.“

Soweit Pastor Hans Franckes Aufmacher „25 Jahre Friedensregiment“. Es ist bemerkenswert, dass sich die Schriftleitung der „Blätter“ zu einer Art Richtigstellung veranlasst sah, fehlte ihr an Franckes Artikel offensichtlich der großspurige imperiale Anspruch, wie er für die damalige Zeit kennzeichnend war. So stellt sie klar, dass Wilhelm II. sehr wohl für machtpolitische Kontinuität und damit für die Demonstration militärischer Stärke, koloniale Expansion und Weltmachtansprüche stehe:

„Wir sind unserem sehr geschätzten Mitarbeiter, Herrn Pastor Francke, für diese interessante Würdigung des Kaisers zu Dank verpflichtet, wenn sie auch in mancher Hinsicht einen ganz anderen Standpunkt in den Fragen der Weltpolitik und für die Wertung der eigenen nationalen Kraft erkennen lässt, wie wir ihn einnehmen. Uns will scheinen, dass der Kaiser sehr wohl als ein Fortsetzer der machtpolitischen Tradition seiner Väter, als Hüter und Mehrer des Reichs, angesprochen werden kann. Unter seiner Regierung haben wir Kiautschau ‚gepachtet‘, unsere afrikanischen Kolonien gewonnen, ertragreich gestaltet und durch Neukamerun vergrößert. Heute stehen wir an der Tür des Kongostaats, der Deutsch-Ost- und Westafrika voneinander trennt, heute nähern wir uns auch von Norden Portugiesisch-Angola, das einem zusammenhängenden Deutsch-Westafrika vom Kongo bis Kapland im Wege steht. Heute schiebt sich mit der Bagdadbahn deutscher Einfluss in Kleinasien vor und heute sichert uns das Bündnis mit einem meertüchtigeren Österreich ein Wort auch am Mittelmeer. Heute geschieht, und wir sagen: Gott sei Dank! wohl nirgends mehr eine Änderung der politischen Landkarte ohne unsere Zustimmung. Dass man sich mit uns verständigen muss, ist kein Beweis für die verfeinerte Ethik unserer Partner, kein Beweis für unsere bessere Moral oder gar für den beruhigenden Einfluss unserer kommerziellen Tüchtigkeit, sondern für die verstärkte, gewiss leider sehr schwere Rüstung zu Wasser und zu Lande. Dass auch wir vorsichtiger auftreten müssen, dass auch unsere Erfolge langsamer reifen, dass wir mitunter nur die Rosinen und andere den Kuchen bekommen, das liegt nicht an der ‚internationalen Orientierung‘ des Kaisers, an die wir in diesem kosmopolitischen Sinne nicht glauben, sondern daran, dass wir über den Wassern einen noch mächtigeren Rivalen gefunden haben, England. Dass es unsern wirtschaftlichen, ihm sehr peinlichen Aufschwung, bislang, selbst mit Frankreich und Russland im Bunde, nicht ernsthaft zu stören wagte, dass wir so viel inneres Gewicht bekamen und so stark wurden, um ‚die Weltlage‘ auch ohne eigene Verzichte vor gefährlichen Schwankungen zu schützen, das danken wir dem Kaiser, und darin scheint er uns doch ein Fortsetzer großväterlicher und bismarckischer Tradition zu sein.“

Jan Heitmann

Grün angestrichene Faschisten

Zu: „Langsam und hässlich“ (Nr. 20)

Die Geschichte vom Ende des Kommunismus ist tatsächlich ein Märchen. Er hat nur über sein rotes (und braun gesprenkeltes) Kleidchen ein grünes Mäntelchen gestülpt und entzückt den Wähler nun mit einem diskriminierungs-freien-sozial-gerechten-alle-sind-gleich Umverteiler-Antlitz.

Als Teenager habe ich die Revoluzzer und „Freiheitskämpfer“ der sogenannten 68er und die aus ihnen hervorgegangenen Grünen mit großer Neugier zunächst beobachtet, dann miterlebt. Aber schon damals nahm ich verwundert zur Kenntnis, dass sie wohl nur für ihre eigene Freiheit kämpften, und zwar hauptsächlich für ihre Freiheit, anderen alles vorzuschreiben. Heute als Politiker nennen sie das „gestalten“ (sie wollen unser Leben gestalten). Man sollte sich von den Zwängen seines Elternhauses und vom „Muff unter den Talaren“ befreien, aber eigentlich nur, um unter den braun-rot-grünen Zwangs-Muff zu kriechen.

Es herrschte eine totalitäre Konformität: Zauselhaare, Parka und lila Latzhosen waren die Erkennungszeichen, Verehrung von Mao und Konsorten Pflicht. Man musste grundsätzlich deren Meinung teilen, um akzeptiert zu werden. Diskutiert wurde zwar stundenlang und erbittert, aber nur um irgendwelche Kleinigkeiten. Der große Rahmen war festgesteckt, durfte gedanklich nicht durchbrochen werden. Es war wie heute: Der Herrenwitz wird ausführlich skandalisiert, die Euro- oder Einwanderungspolitik (und auch das erst geplante, dann zurückgenommene EU-Verbot von offenen Olivenöl-Kännchen in Restaurants) kaum angesprochen, geschweige denn kritisiert.

Fazit: Die Grünen waren schon immer ein reaktionärer, totalitärer Haufen, peinlichst darauf achtend, keine andere Meinung zu dulden – und damit ihrer eigenen Eltern- und Großelterngeneration gar nicht unähnlich. Grün angestrichene kommunistische Faschisten.

Maria-Anna Konietzko, Bad Homburg

Linke Diskriminierung

Zu: „Langsam und Hässlich“ (Nr. 20)

Auch ich fühle mich diskriminiert, nämlich von der Politik, besonders aber von Rot und Grün. Die dürfen mir ungestraft Tag für Tag jeden Unsinn mitteilen, der in ihren Gehirnen produziert wird. Ich habe 49 Jahre ununterbrochen Steuern und Abgaben bezahlt, doch Rot-Grün hat mir dafür durch die „Rentenreform“ ein Drittel der Rente weggenommen, während sie deren Ruhestandseinkünfte in schlaraffenlandartige Höhen trieben – und das ohne eigene Beiträge.

Gerade ziehen diese politischen Blutegel wieder durch die Lande und schreien nach sozialer Gerechtigkeit. Eine Meinungs-, Sprach- und Ökodiktatur haben sie uns schon aufgezwungen. Aber es wird noch schlimmer kommen, sollten sie im Herbst die Macht an sich reißen.

Dazu ein Satz von Alexander Solschenizyn: „Ein marxistisches System erkennt man daran, dass es die Kriminellen verschont und den politischen Gegner kriminalisiert.“ Und Bertolt Brecht sagte: „Wer die Wahrheit nicht kennt, ist ein Dummkopf. Wer die Wahrheit kennt und sie eine Lüge nennt, ist ein Verbrecher.“ Wer diese beiden Zitate mit der Wirklichkeit in unserem Lande vergleicht, der erahnt, auf welchem Wege wir uns befinden.

Peter Schumacher, Melsungen

Grüner Laufsteg

Zu: „Langsam und hässlich“ (Nr. 20)

Man müsste nur die Bundesempörungswarze Claudia Roth zum Schönheitsideal erheben, dann wäre kein Schönheitswettbewerb eine Diskriminierung. Haben wir eigentlich LSD im Trinkwasser – oder was ist hier los? Zum 1. Januar 2014 wollte die EU verbieten, dass Restaurants Olivenöl in nachfüllbaren Behältnissen auf die Tische stellen. Geht's noch?

Dr. Peter Siemens, Hamburg

Neuer Kohlenklau

Zu: „Gläsern und geschröpft“ (Nr. 21)

Mit der Unterzeile „EU bereitet Enteignung der Sparer ab 2016 vor“ kann ich mich nicht anfreunden. Die schleichende Enteignung hat ja längst begonnen. Seit zehn Jahren ist die Kaufkraft meiner Rente um 20 Prozent gesunken.

Ab 2004 wurden die Betriebsrenten durch Erhöhung der Krankenkassenbeiträge geplündert. Ursache waren Missbrauch, Zuwanderung und die Gesundheitsversorgung von Angehörigen aus den Herkunftsländern durch hier versicherte ausländische Personen. Niedrige Zinsen und die Inflationsrate fressen zusätzlich jährlich 14,3 Milliarden Euro der ersparten Vorsorge auf.

Aus meiner Kinderzeit erinnern mich Euro-Rettung und Schuldendiktatur an die Figur des Kohlenklaus.

Jürgen Zauner, Viersen-Dülken

Heiliger Profitgral

Zu: „Täter-Herkunft verschweigen“ (21)

Dem Verlangen von linken Medien, bei den meist ausländischen Tätern die Herkunft zu verschweigen, liegt die gleiche Motivation zugrunde, die auch den Europäischen Gerichtshof vor Kurzem urteilen ließ, dass die Europäische Zentralbank die wahren Fakten und Hintergründe der gegenwärtigen Finanzkrise besser nicht veröffentlichen soll. Zur Begründung hieß es unverblümt, man wolle Unruhen vermeiden.

Mit anderen Worten – der Horizont des hedonistischen Konsumenten darf keinesfalls erweitert, der Markt als heiliger Gral des Profits nicht gestört und die mühsam errichteten Brandmauern der „political correctness“ nicht beschädigt werden. Erst recht nicht kurz vor den Wahlen. Wo käme man sonst hin, wenn das Volk anfinge aufzuwachen und nachzudenken?

Dietmar Fürste, Rattiszell

SPD-Chef Sigmar Gabriel beim Jubiläums-Festakt seiner Partei im Leipziger Gewandhaus: Haben die Sozialdemokraten tatsächlich eine 150-jährige Tradition als Arbeiterpartei? Bild: action press

Ameisenkönigin

Zu: „Gleiche Münze“ (Nr. 21)

Einige Aspekte fehlen mir noch in Jan Heitmanns treffenden Kommentar über „Nazi-Vergleiche“. Denn es existiert ja noch eine andere Binnenpropaganda, welche das Ausland sicher staunend und schadenfroh zur Kenntnis nimmt. Pausenlos wird im TV, in Presse, im Radio, in kommunalen Mitteilungsblättern und in linken Vereinspamphleten von „Neo-Nazis“ berichtet.

Wie auf einem Silbertablett wird dem Ausland das Ameisenbild „Neo-Nazi“ mit unserer Kanzlerin als „Ameisenkönigin“ frei Haus geliefert. Und wie bei jeder Gratislieferung geht immer öfter eine Lieferung retour. Dies erstens. Der zweite Sachfehler beziehungsweise die zweite Lüge besteht darin, dass per se nur Rechte, Rechtsradikale und den Linken nicht genehme Bevölkerungsgruppen als „Neo-Nazis“ tituliert werden.“

David S. Vischer, Berlin

Kant erleuchtet

Zu: „Ein Film zu Kants Ehrentag“ (Nr. 19)

Das ist eine gute Meldung. Über Kant zu hören und zu erfahren, wird den Menschen erbauen und weiterbringen. Er hat doch einst in Königsberg in seiner Weisheit zum ausgeglichenen, erhabenen und frohen Menschsein erleuchtet. Natürlich hofft man nun, in seiner nahen großen Stadt diesen Film zu erleben. Wird es baldigst eine Meldung dazu geben?

Elfriede Hardt, Bad Münder

Es gibt ältere Parteien

Zu: „Wird die SPD wirklich 150 Jahre alt?“ (Nr. 20)

Nein, die SPD ist noch keine 150 Jahre alt. Ihre Namenstaufe erfolgte erst 15 Jahre später, also im Jahre 1890 auf dem Namensparteitag in Halle/Saale, und 1891 verabschiedete sie in Erfurt das „Erfurter Programm“ mit dem generellen Programmziel: Sozialismus.

Ihre Vorläufer waren die sozialreformerischen Strömungen wie der Lasalleanische Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (1863) in Leipzig und die von den Marx-Engels-Ideologen Wilhelm Liebknecht und August Bebel 1869 aus der Taufe gehobene Sozialdemokratische Deutsche Arbeiterpartei (SDAP) in Eisenach. Beide Vereine beziehungsweise Parteien vereinigten sich 1875 in Gotha zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP). Ihren offiziellen Namen gab sich die SPD aber erst 15 Jahre später im Jahre 1890 in Halle.

Heute wird die SPD auch ständig als älteste Partei Deutschlands hingestellt. Stimmt nicht! Wenn die SPD für ihr Alter ihre Vorvereine in Anspruch nimmt, dann gilt das genauso auch für die anderen politischen Strömungen wie zum Beispiel für eine sich heute immer noch liberal nennende FDP. Ihr Liberalismus entwickelte sich bereits 1815, als sich freiheitsliebende Studenten in Jena zur Burschenschaft zusammenschlossen, 1817 auf der Wartburg ihren Festzug unter schwarz-rot-goldenen Fahnen für Liberalismus und deutsche Einheit demonstrierten und 1832 auf dem Hambacher Schloss für die Gründung eines demokratischen Nationalstaates sowie die Zusammenarbeit mit den europäischen Staaten demonstrierten. Im Jahre 1861 gründete sich als erste liberale Partei die Deutsche Fortschrittspartei, im Jahre 1867 die Nationalliberale Partei. Also auch ohne ihre Vorläufervereine wäre die FDP als Partei heute zwei Jahre älter als die SPD.

Eine auch noch viel ältere Partei als die SPD hatte es mit den Konservativen gegeben. Im Jahre 1848 entstand in Preußen eine altkonservative Partei. Einer ihrer Parteiflügel trennte sich von ihr und wurde 1866 zur Deutschen Reichspartei, die zudem Bismarcks Bündnispolitik erfolgreich stützte. Ihr programmatisches Ziel „Das Alte (das gut war oder gut ist) erhalten und das Neue auf der Basis des guten Alten gestalten und behutsam und organisch weiterentwickeln“, setzt heute die in Deutschland herrschende Elite auf den Index, das heißt solche „rechtsextremen“, und „antidemokratischen“ Parolen hätten in unserem neoliberaldemokratischen Staat nichts verloren.

Schließlich noch der Versuch, eine CDU-Tradition zu entdecken: Gemeint ist hier eine Affinität zur katholischen Zentrumspartei, die im ersten demokratischen Staat deutscher Geschichte im Nachkriegsdeutschland von 1918 bis 1932 an allen Regierungen beteiligt war. Auch diese Partei ist älter als die SPD. 1848 bildete sie eine interfraktionelle Gruppe von Katholiken, 1870 wurde sie als Zentrumspartei gegründet. Allein ihr letzter Reichskanzler Brüning ist mit allen CDU-Nachkriegskanzlern nicht vergleichbar, weil er der letzte demokratische Kanzler eines souveränen deutschen Staates war.

Ingo Schewiola, Hamm

Gut geworben

Zu: „Deutschlandbild zu positiv?“ (Nr. 21)

Das Ganze ist doch an Lächerlichkeit nicht zu überbieten. Die Gutmenschen sind unermüdlich im Einsatz, um Deutschland in jeder Hinsicht zu diffamieren, und kritisieren nun erneut. Mittlerweile werden ja schon die deutschen Märchen und Sagen als rechtes Gedankengut definiert.

Man kann es auch übertreiben. Gab es nicht auch ein Deutschland vor 1933? Oder irre ich da? Die Werbeaktion „Unser Deutschland“ der Supermarktketten ist gut und vermittelt mal ein nicht hässliches Bild dieses Landes.

Die Gutmenschen könnten doch auswandern. Ich frage mich sowieso, warum einige Menschen in diesem Land sind, obwohl sie es ablehnen.

Cornelius Tobies, Lippstadt

Britisch »cool«

Zu: „Fünf Tage vor Kriegsende von den Briten versenkt“ (Nr 16)

Den Artikel finde ich großartig. Nur, wenn Sie schon über die Versenkung des Schiffe „Cap Arkona“ und „Thielbeck“ durch Raketenflieger der britischen Royal Air Force schreiben, könnten Sie auch Ross und Reiter nennen.

Obwohl zu erkennen war, dass es sich nicht um Kriegsschiffe handelte und dass weiße Tücher von KZ-Häftlingen geschwenkt wurden, wurde dieser Angriff nicht gestoppt. Insgesamt kamen 8008 Menschen um, es gab 310 Überlebende. Bei den Toten handelte es sich um 7493 KZ-Häftlinge, darunter auch Frauen und Kinder, sowie 500 Männer der Bewachungsmannschaft und 76 Mann der Zivilbesatzung.

Zynisch und vermutlich britisch „cool“ war danach das Verhalten der Engländer, die nach der Besetzung von Neustadt dann die Deutschen für diesen Massenmord verantwortlich machen wollten.

Klaus-Dieter Gelhaar, Erlangen

Voreiliger Ruf nach Verboten

Zu: „Wacher Wahnsinn“ und „Verbieten?“ (Nr. 21)

In Deutschland hatte man schon in früheren Jahren alle Kriegsgräberstätten entnazifiziert, das heißt eventuell noch vorhandene Hakenkreuze auf Gedenksteinen entfernt. Und bald darauf wurden auch die Eigentümer von privaten Gräbern, auf denen das Symbol noch im Zusammenhang mit gefallenen Angehörigen zu sehen war, aufgefordert, diese entfernen zu lassen. Andernfalls hätten die Kommunen auf Kosten der Besitzer für die Beseitigung dieser Symbole gesorgt. Schließlich begann man allmählich auch auf deutschen Soldatenfriedhöfen im Ausland, wo noch Hakenkreuze übriggeblieben waren, diese zu tilgen.

In einem ähnlichen Zusammenhang hat *PAZ*-Autor Hans Heckel zu Recht darauf hingewiesen, dass unser Staat zu schnell nach Verboten ruft, wenn einem die Tendenz Andersdenkender nicht gefällt. Dass dies in einer Demokratie nicht nur brisant ist, sondern auch gegen das Gebot der Toleranz verstößt, hat Heckel bereits in der *PAZ* vom 30. Oktober 2010 in seinem Aufsatz „Meinungsfreiheit ist immer gefährlich“ thematisiert, als er den von der SPD nominierten Verfassungsrichter Masing zitierte, der vor dem sich schon damals abzeichnenden Missbrauch warnte, unerwünschte politische Ansichten schnell unter Strafe zu stellen. Masing resümierte: „Die Vorstellung, illegale Meinungen müssten verboten werden, greift um sich“, was aber eindeutig dem Recht auf freie Meinungsäußerung widerspreche, denn auch „ganz und gar unerwünschte, ja gefährliche Meinungen müssten vom freiheitlichen Staat geduldet werden“.

Damit wollte Masing eine Debatte über bundesdeutsche NS-Verbotsgesetze, aber auch die Methoden im „Kampf gegen Rechts“, bei dem von Gerichten zugelassene Versammlungen und Demonstrationen von selbsternannten Demokratieschützern auf anderem Wege – zum Beispiel Sitzblockaden oder Einflussnahme auf Gastronomen, ihre Säle nicht an die Veranstalter als rechtsextrem eingestufter Gruppen zu vermieten – vereitelt werden. Leider sind diese Warnungen ins Leere gelaufen.

Wolfgang Reith, Neuss

Absurdes Kopfkino

Zu: „Wacher Wahnsinn“ (Nr. 21)

Sinnigerweise erschien kürzlich ein Bericht im Nachrichtenmagazin „Focus“, demzufolge eine Studie der Bertelsmann Stiftung ergeben haben will, dass die Migranten in Deutschland in Wirklichkeit mehr Geld einspielen, als sie tatsächlich kosten. Aber okay, da reden wir von Migranten und die wollen wir ja auf keinen Fall in einen Topf mit kriminellen Ausländern und Wirtschaftsflüchtlingen werfen.

Doch halt, stopp: Die Begriffe „Kriminelle Ausländer“ und „Wirtschaftsflüchtlinge“ darf es im links versumpften bundesdeutschen Sprachgebrauch eigentlich gar nicht geben. Es handelt sich auch hier maximal um Migranten, die nur straffällig geworden sind, weil wir Deutschen uns in unserem Lande einfach nicht anpassen wollen. Diese Migranten werden also quasi von uns genötigt, sich zu bereichern.

Wirtschaftsflüchtlinge gibt es im offiziellen Sprachgebrauch ohnehin nicht. Das seien doch alles Folteropfer, für die wir endlich bessere psychologische Betreuungsmöglichkeiten schaffen müssen. Das behaupten jedenfalls die Grünen.

Man kann es drehen und wenden, wie man will. Am Ende sind wir doch selber daran schuld, dass wir nachts eine Keule über den Kopf geschlagen bekommen. Bei mir muss der Schlag ziemlich heftig gewesen sein, anders kann ich mir dieses Kopfkino nicht erklären.

Maik Beckmann, Bünde

Das Ostpreußenblatt

Nr. 23 – 8. Juni 2013

MELDUNGEN

Lebendige Partnerschaft

Königsberg/Hamburg – Im Rahmen eines Aufenthalts in der Bundesrepublik besuchte Vera Makarowa, Mitarbeiterin beim Gebietsarchiv in Königsberg und Organisatorin des von der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) jährlich veranstalteten Deutsch-Russischen Forums auf russischer Seite, die Geschäftsstelle der LO und die Redaktion der *PAZ* in Hamburg. Ihr großes Interesse galt der Bibliothek und dem Archivmaterial der LO sowie der Besichtigung der Arbeitsplätze ihrer deutschen Partner. Beim letztjährigen Forum in Königsberg hatten die deutschen Teilnehmer bereits Gelegenheit gehabt, das Archiv und die entsprechenden Arbeitsplätze ihrer Forumskollegen zu besuchen. Nach einer kurzen Stadtbesichtigung fuhr Makarowa nach Hannover, wo sie sich auf Einladung des Kreisvertreters Klaus Lunau mit der Arbeit der Kreisgemeinschaft Fischhausen vertraut machen konnte. *MRK*

»Georg Büchner« gesunken

Danzig – Auf ihrer letzten Fahrt ist die „Georg Büchner" vor Danzig aus bisher ungeklärter Ursache gesunken. Das rund 150 Meter lange und knapp 20 Meter breite Schiff sollte von einem polnischen Schlepper nach Memel gezogen werden, wo es der neue Eigner, eine Gesellschaft von den Seychellen, vermutlich verschrotten lassen wollte. Menschen befanden sich nicht an Bord. Anfänglich pendelte die 1950 vom Stapel gelaufene „Büchner" zwischen Belgien und Afrika, 1967 ging sie dann in den Besitz der DDR über, die sie als Schulschiff nutzte. 1991 gründete sich ein Förderverein, der das unter Denkmalschutz gestellte Schiff aufwendig umbaute, um es als Hotel und Jugendherberge zu nutzen. Bis 2012 diente das Schiff diesem Zwecke in Rostock. Weil der Förderverein selbst insolvent wurde, wurde die „Büchner" schließlich für einen sechsstelligen Euro-Betrag verkauft. *MRK*

Gefängnis öffnet Tore

Wartenburg – Das Zuchthaus Wartenburg lädt aus Anlass seines 200. Geburtstages für den 25. November zwischen 11 und 13 Uhr zum „Offenen Sonntag" in seine Mauern. Überregionale Bekanntheit erreichte die Strafvollzugsanstalt durch ihren bekanntesten Häftling, Erich Koch. Der vormalige Gauleiter in Ostpreußen und Reichskommissar des Reichskommissariats Ukraine saß in dem Gefängnis von 1965 bis zu seinem Tod im Jahre 1986 ein. Zu den Inhaftierten der Anstalt, in der bis 1976 auch Todesurteile vollstreckt wurden, gehörten in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts auch Aktivisten der Gewerkschaft Solidarität. *PAZ*

Abriss für Straßenerweiterung

Königsberg will Staus vermeiden – Heimatforscher verteidigen Häuser am Litauer Wall

Königsberg steht vor einem verkehrstechnischen Problem: Das Verkehrsaufkommen wächst beständig, doch die Bebauung sowie die alte Stadtbefestigung lassen Straßenerweiterungen kaum zu. Die für den Verkehr zuständigen Politiker erwägen deshalb einen Abriss von Häusern am Nadelöhr Litauer Wall. Heimatforscher ziehen gegen diese Pläne zu Felde.



Nadelöhr Sackheimer Tor: Der Häuserblock links soll für besseren Verkehrsfluss weichen Bild: J.T.

Vor Kurzem ließ Bürgermeister Alexander Jaroschuk verlauten, dass die Kreuzung Litauer Wallstraße und Sackheim beim Sackheimer Tor verbreitert werden soll, um den Verkehrsfluss zu verbessern. Dafür soll das Gebäude mit der Hausnummer 59 auf dem Litauer Wall weichen, das zur Stadtbefestigung zwischen Litauer Wall und Sackheimer Tor gehört. Nach Meinung von Heimatforschern zeugt ein typisches Ornament des Deutschen Ordens im Ziegelwerk in Form eines Gitters davon, dass es zu dem Komplex gehört, denn dieses Ornament findet sich auch an der Fassade des Sackheimer Tors.

Die Stadtverwaltung begründet ihr Bestreben, die Straße zu verbreitern, mit den ständigen Staus auf dieser Kreuzung, denn hier laufen einige Einfallstraßen aus den Vororten ins Königsberger Zentrum zusammen. Die Stadtregierung zählt das Gebäude nicht zu den Architekturdenkmälern. Deshalb steht es auch nicht unter Denkmalschutz. Zurzeit befindet es sich im Besitz der Gebietsverwaltung, aber die Stadtverwaltung hat sich schon das Einverständnis zum Abriss eingeholt.

Der Klub der Heimatforscher hat sich an Bürgermeister Alexander Jaroschuk mit der Bitte gewandt, die Abrisspläne zurückzunehmen. Die Heimatforscher schlagen eine eigene Lösung vor, nämlich den Bürgersteig zu verengen und stattdessen die Fußgänger durch das Torgebäude zu leiten, so, wie es ursprünglich einmal war. Gleichzeitig könnte die Nutzung des Tors den Beginn seiner Restaurierung darstellen. Im benachbarten Gebäude könnte ein Hotel oder ein Geschäftszentrum entstehen.

Einige Stadtvertreter wie der Kulturwissenschaftler Alexander Popadin halten den Abriss des Gebäudes nicht für tragisch, da vor dem Krieg in Königsberg auch Häuser und ganze Gebäudekomplexe abgerissen wurden aufgrund von Änderungen der Städteplanung und neuer Straßen.

Bei Befragungen sprechen sich zwei Drittel der Menschen für einen Erhalt des Gebäudes aus, nur ein Drittel ist für den Abriss. Letztere schätzen die Zeitersparnis durch eine Straßenerweiterung als sehr hoch ein. Aus demselben Grund wurden bereits mehrere Straßenbahnlinien in Königsberg eingestellt und die Schienen demontiert. Wie sich inzwischen herausgestellt hat, waren sie aber eigentlich nicht der Grund für kilometerlange Staus, denn eine Besserung der Verkehrslage ist nicht eingetreten. Da die Fahrgastbeförderung der eingestellten Straßenbahnlinien heute Minibusse übernehmen, verschlimmern diese die Stausituation eher noch.

Entfernung von Schienen war nutzlos

Die Königsberger nehmen das Ganze mit Humor. Ein Autofahrer scherzte, man könne gleich die ganze Stadt abreißen, um Staus zu verhindern. Alexej, ein Berufsfahrer, findet den Abriss des Gebäudes zwar logisch, glaubt aber nicht, dass dies Staus verhindern würde. Ein Taxifahrer, der häufig Fahrgäste zum Südbahnhof bringt, klagt über ständige Staus zwischen den Toren. Auch er bezweifelt die Zweckmäßigkeit eines Häuserabrisses und meint, dass eine Umgehung über die Labiauer Straße mehr bringen könnte. Überhaupt sei Königsberg auf die steigenden Verkehrszahlen nicht vorbereitet.

Der Klub der Heimatforscher führt zurzeit eine zweiwöchige Unterschriftensammlung für den Erhalt der Häuser am Litauer Wall durch. *Jurij Tschernyschew*

MELDUNGEN

Rekonstruktion eines Brunnens

Tilsit – Nachdem unlängst auf dem Herzog-Albrecht-Platz ein Gedenkstein errichtet wurde, der an die Stadtgründung von Tilsit im Jahre 1552 durch Herzog Albrecht erinnert, wird nun der Besucher von einem Bauzaun an der Nordseite des Platzes überrascht. Hier soll ein Kleinod aus vergangener Zeit, der Gerichtsbrunnen, neu entstehen. Er wurde 1912 erbaut und war von einem gusseisernen Preußenadler gekrönt. Der Brunnen überdauerte den Krieg, wurde jedoch in der



Herzog-Albrecht-Platz Bild: Dzieran

Nachkriegszeit dem Verfall preisgegeben. Die Rekonstruktion erfolgt nach alten Fotoansichten und umfasst die Erneuerung der Rotunde, die Backsteinverkleidung einschließlich der Sanierung der Dekors und den Wasseranschluss der Fontäne. An der Finanzierung beteiligen sich zahlreiche Privatunternehmer. Mit dem Gerichtsbrunnen wird ein weiterer Beitrag zur Entdeckung des preußischen Erbes und der Wiederherstellung des historischen Antlitzes der Stadt geleistet. *H.Dz.*

Hilfstransport mit Empfang

Nikolaiken/Allenstein – Der Verein „Freunde Masurens" hat im Rahmen eines Hilfstransportes elektrische Betten und Rollstühle, diverse Rollatoren, eine Orgel für die Kirchengemeinde in Rastenburg, Bettwäsche und Handtücher für das Kinder- und Jugendheim in Sorquitten sowie Kleider und Schuhe für das evangelische Altenheim in Nikolaiken, verschiedenen Kirchengemeinden und Sozialämtern übergeben. Auch Lebensmittel, Spiel und Malsachen sowie Süßigkeiten wurden an Kindergärten und Schulen übergeben. Vom Caritasverband Lüneburg hatte der Verein für Masuren 30 Umzugskartons mit Kindersachen erhalten. Höhepunkt der Fahrt war der Empfang der Organisatoren durch den Marschall der Woiwodschaft Ermland und Masuren, Jacek Protas, und den Präsidenten des Woiwodschaftsparlaments, Julian Osiecki in der Woiwodschaftshauptstadt Allenstein. Beide lobten die Arbeit des Vereins für die Menschen in der Region und bedankten sich bei ihren Gästen mit Buchgeschenken. Für die Zukunft planen die „Freunde Masurens" ihr Engagement auf das Königsberger Gebiet auszuweiten. *PAZ*

Kirche begeht Unterlassungssünde

Seit drei Jahren keine Bautätigkeit – Altes Gebäude in Königsberg dem Verfall preisgegeben

Im Mai 2010 wurde das in den Nachkriegsjahren als Kino „Barrikaden" genutzte Gebäude der ehemaligen „Yorckschen Schule" in der Yorckstraße dem Bistum der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK) übergeben. Die Kirchenvertreter wollten damals ein Kulturzentrum dort einrichten mit einem Kino für die Erziehung ihres Nachwuchses. In dem Haus wurde nach dem Krieg 1948 das erste Kino der Stadt eröffnet. In den vergangenen Jahren war das Kinotheater dann ein Ort für Kunstereignisse und künstlerische Installationen. Außerdem wurden hier auch alte sowjetische Filmaufnahmen gezeigt. 2007 stellte das Kino seinen Betrieb vollständig ein.

Finanzierung ist bis heute noch nicht geklärt

Das Gebäude blieb sich selbst überlassen und verwandelte sich immer mehr in eine Ruine. Die Reste des Hauses schützt heute ein halb verfallener Zaun, dessen Tor offensteht. Auf dem Gelände toben Kinder umher. Die Nebengebäude der ehemaligen Schule sind bereits verfallen.



Bis 2007 als Kino genutzt: Komplex in der Yorckstraße Bild: J.T.

Im März dieses Jahres erklärten Kirchenvertreter, dass nun endlich die Rekonstruktionsarbeiten beginnen würden und dass in einem Gebäude ein Gebetshaus für die Heilige Nina untergebracht werde. Darüber hinaus erklärten sie, dass vor Beginn der Bauarbeiten die vorgeschriebene archäologische Untersuchung, bei der Gegenstände oder Objekte von historischem Wert aufgespürt werden sollen, durchgeführt werde.

Allerdings hat sich bis heute nichts getan: Weder Untersuchungs- noch Bauarbeiten haben stattgefunden, derweil sich die Gebäudereste in solch einem schrecklichen Zustand befinden, dass es schwierig sein wird, überhaupt noch etwas von historischem Wert zu finden.

Die Rekonstruktion wird ohnehin erst dann stattfinden, wenn die Finanzierung geklärt ist. Zu Ostern sollte eigentlich schon eine kleine hölzerne Kapelle errichtet werden, doch auch die wurde nicht gebaut. Eine erste Liturgie fand erst vor Kurzem statt. An der Feier nahmen Vertreter der georgischen Diaspora teil, da die Heilige Nina die Schutzpatronin Georgiens ist.

Erst in Kürze soll eine gründliche Untersuchung des Gebäudes durchgeführt werden, bei der geklärt werden soll, ob das Gebäude überhaupt noch erhalten werden kann und wenn, in welchem Umfang. *J.T.*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es ist viel Bewegung in unserer Familie, und wenn sich alles realisieren sollte, was sich da im Augenblick abzuzeichnen scheint, dann können wir demnächst sehr Erfreuliches berichten. Leider gibt es immer wieder Verzögerungen, weil viele Angaben unvollständig sind und wir viel Zeit mit dem Nachfassen benötigen. Es würde uns die sowieso immer schwieriger werdende Sucharbeit erleichtern, wenn neben der E-Mail-Adresse auch Postanschrift und Telefonnummer angegeben werden. Das ist vor allem bei der Suche nach Zeitzeugen wichtig, weil diese älteren Leserinnen und Leser kaum Zugang zu den elektronischen Medien haben und sich nur postalisch oder telefonisch melden können. Auch für mich sind gerade die Telefonangaben wichtig, weil sich aus einem direkten Gespräch noch weitere Hinweise für eine Klärung ergeben könnten. Und bei einer schriftlichen Mitteilung bitte immer diese Angaben auf dem Briefbogen vermerken, nicht nur auf dem Umschlag. Ich habe schon oft darauf hingewiesen, aber inzwischen sind neue Leser hinzugekommen, die mit dem Ablauf nicht vertraut sind. Natürlich werden auf Wunsch auch diese Angaben vertraulich behandelt, wenn es sich lediglich um eine persönliche Frage handelt. Für eine Weitergabe an unseren Leserkreis sind sie aber ebenso unerlässlich wie die Zustimmung des Suchenden für die Veröffentlichung in unserer Kolumne.

Bei unserer ersten Suchfrage stimmen aber alle Voraussetzungen, denn Herr **Harald Tescher** aus Loitz ist, seit er vor zwei Jahren unsere Zeitung kennenlernte, ein begeisterter Leser und immer wieder von unseren Geschichten gefesselt. Als ehemaliger DDR-Bürger konnte er sich erst spät mit Ahnenforschung beschäftigen, denn sein Vater wie auch sein Schwiegervater kamen aus Ostpreußen. Sein Vater **Erich** Tescher, *12. Februar 1911 in Marienberg, Kreis Bartenstein, ist leider schon verstorben, aber immerhin konnte sein Sohn schon durch eine erste Suchfrage im Bartensteiner Heimatbrief etwas über seine Familie erfahren, die in Saussienen ansässig gewesen war. Weitere Spuren konnte das Ehepaar Tescher auf einer Reise in die gemeinsame Heimat ihrer Vorfahren verfolgen. Sie fanden alle gesuchten Orte und konnten feststellen, dass beide Großväter – **Karl Wilhelm** Tescher und **Julius Bahr** – mit ihren Familien nur 20 Kilometer voneinander entfernt gelebt hatten. Das Ehepaar heiratete erst nach der Vertreibung im März 1949 in Loitz, es war Erich Teschers zweite Ehe. Das erfuhr der Sohn aber erst nach dem Tod seines Vaters im Jahr 2000 von entfernten Verwandten – auch, dass aus der ersten Ehe eine Tochter **Vera** stammte, die um 1940 geboren wurde. Diese Halbschwester sucht nun Herr Tescher. Er hat auch etliche Suchdienste bemüht, aber nichts erfahren können und wendet sich nun an unsere Ostpreußische Familie mit diesem Suchwunsch:


Zu welcher Tracht gehörte dieser Bernsteinschmuck? Bilder (2): privat

„Da mein Vater Erich Tescher Stellmacher in der Stellmacherei **Karl Kienappel** in Spithenen von 1925 bis 1928 gelernt hat, später auch als Stellmacher in Domnau bei der Stellmacherei **Terzenbach** und dann mit Unterbrechung (Januar 1937 bis Juli 1938/Januar 1941 bis Oktober 1942) als Stellmacher auf dem Gut Willkam bei dem **Grafen Rauter** tätig war, habe ich nun wieder neue Hoffnung geschöpft, noch Personen zu finden, mehr Auskünfte über die erste Frau meines Vaters und meine Halbschwester zu erhalten."

Leider kennt Herr Tescher weder den Vornamen der ersten Frau noch deren Familiennamen, weiß auch nicht, wann und wo sie verstorben ist. Vielleicht gibt es ja noch Mitbewohner von Gut Willkam, die sich an Erich Tescher, seine Ehefrau und Tochter Vera erinnern. Herr Tescher wäre für jede Auskunft dankbar. Durch die Reise in die Heimat, die sehr emotional und ergreifend verlief, ist für ihn die Ahnenforschung noch wichtiger geworden. (Harald Tescher, Am Kiewitt 6 in 17121 Loitz, Telefon: 039998/17453, E-Mail: info@loitzer-glas.de)

Ostpreußische Wurzeln sitzen tief und werden manchmal erst nach langer Zeit ausgegraben. Das merke ich an den vermehrten Zuschriften, die von Lesern kommen, deren Vorfahren schon lange vor der Vertreibung in den Westen gegangen sind, nach „oberwärts", wie man in Ostpreußen sagte. Sie stammten zumeist aus sehr kinderreichen Familien und fanden vor allem im Ruhrgebiet Arbeit. Aber die Verbindung mit der Heimat blieb noch lange bestehen, oft bis heute, und so kommt bei manchen Enkeln oder Urenkeln der Wunsch auf, etwas über die Herkunft ihrer Familie zu erfahren. Wie bei Frau **Helga Poliak** aus Sankt Augustin, die sich so sehr mit Ostpreußen verbunden fühlt, dass sie seit einem Jahr Abonnentin der *PAZ* ist und besonders intensiv die „Ostpreußische Familie" liest, weil sie hofft, etwas über die Geburtsorte ihrer Großeltern zu erfahren. Als ich nun kürzlich die nach „oberwärts" gegangenen Landsleute erwähnte, entschloss sich Frau Poliak, an uns zu schreiben und unsere Familie zu bitten, ihr bei der Suche zu helfen. Das werden unsere Leserinnen und Leser aus dem Kreis Angerburg gerne tun, denn von dort stammen ihre Großeltern, die um die Jahrhundertwende in das Ruhrgebiet gingen. Zuerst der Großvater **Friedrich Wilhelm Neumann**, *26. November 1877 in Angerburg, der erst eine feste Arbeit haben wollte, ehe er seine Braut **Therese Terzenbach** nachholte. Das muss ihm auch bald gelungen sein, denn das Paar heiratete am 25. April 1902 in Essen und zog in eine Bergbau-Kolonie, in der sie bis zu ihrem Tode wohnten. Sie erreichten ein hohes Alter, Großvater starb im Jahr 1959, Großmutter mit 90 Jahren 1972. Sie haben wohl viel von ihrer Heimat gesprochen, vor allem Großmutter Therese, die oft ihre Salzburger Vorfahren erwähnte, wie die Enkelin sich erinnern kann. Sie stammte aus Jautecken, Kreis Darkehmen, wo sie am 4. Februar 1882 als Tochter von **Julius** Terzenbach und seiner Frau **Henriette** geborene **Abromeit** geboren wurde. Sie hatte noch mehrere Schwestern und einen Bruder, die vermutlich nach Berlin gingen und auch dort geheiratet haben. Das sind wenigstens einige brauchbare Angaben, während die Angaben in Bezug auf Großvaters Herkunft sehr dürftig sind. Weil Friedrich Wilhelm Neumann in Angerburg geboren wurde, ist anzunehmen, dass die Familie auch dort lebte. Seine Mutter **Maria** war eine geborene **Erdmann** – weitere Angaben fehlen. Frau Poliak ist es aber wichtig, auch etwas über die genannten Orte zu erfahren und fragt nach Kirchenbüchern und Kartenmaterial. Damit dürfte sie ohne nähere Erklärungen nicht zurechtkommen. So handelt es sich bei dem Geburtsort ihrer Großmutter Jautecken, Kreis Darkehmen um ein Gut, das später in Friedeck, Kreis Angerapp umbenannt wurde. Die deutsche Einwohnerzahl betrug zuletzt 165 Personen. Es ist fraglich, ob die Familie aus diesem Ort stammte oder auf dem Gut gearbeitet hat. Jautecken gehörte zum Kirchspiel Dowbrowken/Eibenburg. Dies ist ein erster Schritt auf der Suche einer ostpreußischen Nachfahrin nach dem Ursprung ihrer Familie. (Helga Poliak, Pleiser Dreieck 182, 53757 Sankt Augustin.)

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

„Es ist immer unbeschreiblich, wenn sich plötzlich eine Türe öffnet und man auf viele Fragen Antwort erhält! Dies ist ein Satz, der über jeder Folge unserer Ostpreußischen Familie stehen könnte, aber er stammt nicht aus meiner Feder: Frau **Regina Gronau** aus Bad Schwartau hat ihn geschrieben. Für die 1. Vorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen, Ortsgruppe Bad Schwartau, öffnete sich eine Türe zu ihrer Vergangenheit, als sie zu ihrem Geburtstag einen unerwarteten Glückwunsch erhielt, über den sie so beglückt war, dass sie uns dies mitteilen musste. Er lautete: „Sicherlich wundern Sie sich, wer Ihnen gratuliert. Ich bin die Tochter von **Conrad Eigner** aus Insterburg, der am 11. Juni 2012 in Kulmbach verstarb. Im Insterburger Brief fand ich zufällig unter den Glückwünschen auch Ihren Namen, verbunden mit Ihrem letzten Heimatwohnsitz in Ostpreußen, dem Althöfer Weg 35 in Insterburg. Dies war auch die Heimatadresse meines Vaters. Gerne würde ich mit Ihnen Kontakt aufnehmen. Vielleicht kannten Sie meine Großeltern **Käte** und **Albert Eigner** oder sogar meinen Vater."

Und wie Regina Gronau die Familie Eigner kannte und sich mit ihr verbunden fühlte – bis heute. Denn vor zwei Jahren hatte sie auf einer Heimatreise, die auch nach Insterburg führte, das Eigner-Haus besucht und fotografiert. „Meine Eltern wohnten dort, und ich kann mich noch recht gut daran erinnern, was ich bei meinem Besuch auch bestätigt fand. Besonders erinnere ich mich an die Hunde Asta und Treu der Familie Eigner, die ich heiß und innig liebte. Beim Bombenangriff auf Insterburg 1944 hielt ich beide fest im Arm, und ich weiß bis heute nicht, wer mehr gezittert hat, die großen Jagdhunde oder ich." Das Tragische ist, dass Conrad Eigner in dem Glauben starb, dass sein Elternhaus den Krieg nicht überstanden hätte, was auch eine Anwohnerin, die im Juni 1945 nach Insterburg zurückgekehrt war, ihm berichtet hatte. Für ihn kommen die Aufnahmen leider zu spät, aber seine Tochter hat nun den Beweis in den Händen, dass das Haus ihrer Großeltern tatsächlich noch steht. Frau Gronau will mit dieser „Türöffnung zur Vergangenheit" auch darauf hinweisen, wie wichtig Geburtstagswünsche sind, weil sich außer Gratulationen auch solche Verbindungen ergeben.

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Herzliche Grüße nach Bad Schwartau, wo ich in dem von Ihnen, liebe Frau Gronau, geführten Kreis bei meinen Lesungen immer ein Stück gelebter Heimat gefunden habe! Die an keinem Schwund leidet, wie Sie mir jetzt mitteilen konnten: Ihre Gruppe ist in letzter Zeit sogar gewachsen und heute stärker als vor zehn Jahren, als Sie den Vorsitz übernahmen! Also schließe ich den Grüßen einen ebenso herzlichen Glückwunsch an!

Mit dem schönen „Trakehner-Bild", das wir in Folge 20 veröffentlichten, übersandte uns Frau **Iris Gugath** aus Dortmund auch Aufnahmen von Bernsteinarbeiten, die mich sofort begeisterten, weil sie nicht nur faszinierend schöne Schmuckstücke zeigen, sondern auch meisterhaft fotografiert sind. Frau Gudath entdeckte die Schätze in einem Antiquitätengeschäft auf Usedom, in dem sie auch das Bild von dem Rapphengst fand. Die antiken Bernsteinschätze, die sich in einem großen Glasschrank befinden, ziehen sofort alle Blicke auf sich. „Ich konnte mich nicht satt sehen", schreibt Frau Gudath und man kann dies nachvollziehen, wenn man die Bilder sieht. Es sind Ketten, Armbänder, Ringe, Schalen, Zierverschlüsse, auch ein Kelch und ein Feuerzeug sind dabei. Das wohl seltenste Stück dürfte ein Halsschmuck sein, der wahrscheinlich für eine Brautausstattung angefertigt wurde und zu der entsprechenden Tracht gehörte. Frau Gugath meint, dass sie vielleicht zu der berühmten Bückeburger Brauttracht gehörte, aber die zeichnete sich durch lange Ketten mit großen Stücken aus, riesigen „Klunkern", wie man etwas despektierlich sagte. Hier sind die Bernsteinstücke zwar auch nicht gerade klein, aber es sind nur acht, die zusammen mit einem mit Perlen und Bernstein geschmückten Namensschild den Halsreif bilden. Dieses weist die Initialen des Namens der Trägerin auf: CWK. Es wäre interessant zu erfahren, zu welcher Tracht dieser Schmuck gehörte, der übrigens aus Lübeck stammen soll. Der Inhaber des Antiquitätengeschäftes meinte, dass die Bernsteinstücke in der Königsberger Bernsteinmanufaktur geschliffen wurden, es müsste sich somit um unser „Ostpreußisches Gold" handeln. Deshalb hat sich Frau Gugath besonders intensiv mit diesem Schmuck beschäftigt, denn sie stammt aus Königsberg. Aber auch wenn er ein Geheimnis bewahrt: Das Bild allein macht uns Freude, weil die Lichtbrechung in dem honiggelben Bernstein so wunderbar zur Geltung kommt. Noch ein Zusatz zu dem Trakehner-Bild: Bisher hat sich noch niemand gemeldet, der das Signum des Malers deuten konnte. Zwar hat Frau Iris Gugath geborene **Sprockhoff** einige Anrufe erhalten, aber ein „heißer Tipp" war nicht dabei. Warten wir also weiter, Geduld hat sich bei uns schon oft gelohnt.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Aufnahmeprüfung mit Irrungen

Eine neue Gumbinner Geschichte von Dieter Dziobaka

Du sollst nicht mehr alleine sein!" Unter diesem Trostwort startete im Jahr 1972 die „Ostpreußische Familie" im *Ostpreußenblatt*, und es galt vor allem den Vertriebenen, die sich nach der Vertreibung in einer ihnen völlig fremden Welt befanden und sich einsam und verlassen fühlten. Aber es hat noch heute seine Berechtigung, wie ich manchen Zuschriften entnehmen kann, die vor allem die Erinnerungen an eine ostpreußische Kindheit betreffen. Sie vermitteln Heimatgefühle, Geborgenheit, Eingebunden sein in eine gemeinsame Vergangenheit, über die man vielleicht nie oder nur selten sprechen konnte. So erhielt auch Herr **Dieter Dziobaka** auf seine in Folge 17 erschienene Fahrradgeschichte die Zuschrift einer Gumbinnerin, die dies bestätigt: „Ich habe den Beitrag mit großem Interesse gelesen. Solche Erzählungen wie die Ihre sind eine Bereicherung. Gibt es noch weitere Geschichten?" Worauf sich Herr Dziobaka motiviert fühlte, eine andere Episode aus seiner Kindheit nieder zu schreiben und sie an uns zu senden. Da sie Einblicke in das damalige Schulwesen gewährt und manche Leser sich auch an diese Zeit erinnern werden, wollen wir sie gerne bringen. So ein bisschen als „leichte Kost" zwischen den uns oft sehr bewegenden Schicksalsfragen. Herr Dziobaka nennt seine kleine Geschichte „Die Aufnahmeprüfung", und den Titel wollen wir stehen lassen.

„Mit dem Versetzungszeugnis in die 5. Klasse wurde ich im Jahr 1939 zur Aufnahmeprüfung an der Friedrichsschule, Gymnasium und Oberschule zu Gumbinnen, angemeldet. Die Prüfung war auf zwei Tage angesetzt. Mit meinem Vater, der zu dem prüfenden Lehrerkollegium gehörte, betrat ich die Aula der Friedrichsschule, wo sich die angemeldeten Schüler mit ihren Eltern und etlichen Lehrern versammelten. Direktor **Fink** hielt eine kurze Begrüßungsansprache. Dann wurden die Schüler auf mehrere Prüfgruppen aufgeteilt. Ich war zum ersten Mal in der Friedrichsschule. Das neugotische Gebäude mit dem mächtigen, spitzbogigen Deckengewölbe im Eingangsbereich beeindruckte mich schon sehr. Und erst recht die große Aula mit dem riesigen Wandgemälde an der Stirnfront, das den Empfang Salzburger Vertriebener im Gumbinner Raum durch König Friedrich Wilhelm I. im Jahre 1732 zeigte.


Das Wandgemälde in der Gumbinner Friedrichsschule Bild: privat

Die Schüler, deren Namen aufgerufen wurde, erhoben sich und gingen nach vorne, um sich zu einer Prüfgruppe zusammen zu schließen. Ich war gespannt: Wann würde Direktor Fink meinen Namen nennen? Nach einer Weile war es so weit: „Dziobaka", der Name klang durch die Aula. Wer außer mir hieß denn schon so? Ich stand also auf und ging nach vorne auf Direktor Fink zu. Der sah mich kommen und schien reichlich irritiert. Da sah ich meinen Vater auf mich zukommen, der mir klar machte, dass der Namensaufruf ihm, dem Prüflehrer, gegolten habe. Es wurden nämlich nicht nur die Schüler eingeteilt, sondern auch die zu der betreffenden Gruppe gehörenden Pädagogen. Mein Vater sagte leise, dass ich mich wieder auf meinen Platz setzen sollte, was ich auch tat. Auch ich war etwas irritiert gewesen, denn ich hatte gemeint, bei dem Aufruf vor der Namensnennung ein ‚Herr' gehört zu haben. Einen angehenden Sextaner so respektvoll anzureden – das wäre kaum denkbar gewesen.

Nach meiner Erinnerung wurde in den Fächern Deutsch, Mathematik und einer Fremdsprache geprüft, aber nicht in Englisch, das als erste Fremdsprache ab Sexta unterrichtet wurde. Mit Latein begann man erst in der Quarta, weil man verhindern wollte, dass Schüler, deren Eltern sie auf eine solche Fremdsprache vorbereitet hatten, damit sie ja die Prüfung bestanden, in diesem Punkt nicht richtig zu beurteilen gewesen wären. Jede Gruppe wurde von zwei Lehrern – einem von der Friedrichsschule und einem von den beiden Volksschulen – geführt. Während der eine unterrichtete, bewertete der andere Begabung und die Mitarbeit der Prüflinge. Am Ende der Prüfung wurden ein Diktat und ein Aufsatz geschrieben, ebenso eine Rechenarbeit. Schließlich gab es noch einen sportlichen Test: Wir mussten mehrmals um den an die Schule grenzenden kleinen Sportplatz laufen. Wie viele Schüler die Prüfung nicht bestanden hatten, entzieht sich allerdings meiner Kenntnis. Ich jedenfalls war durch und somit ein Sextaner geworden."

Und wir freuen uns, diese kleine Geschichte mit dem Wandgemälde illustrieren zu können, das die Aula der Friedrichsschule schmückte. „Mir neue Söhne – Euch ein neues Vaterland" lautete der darunter stehenden Ausspruch des Preußenkönigs. Es wurde ein gutes Vaterland für die Exulanten. *R.G.*

Wir gratulieren ...

ZUM 97. GEBURTSTAG

Fischer, Ursula, geb. **Kundrus**, aus Weidlacken, Kreis Wehlau, am 13. Juni
Lubowitz, Martha, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 12. Juni
Okrafka, Ewald, am 12. Juni

ZUM 96. GEBURTSTAG

Pilch, Gerda, geb. **Mallonnek**, aus Lyck, Danziger Straße 44, am 14. Juni

ZUM 95. GEBURTSTAG

Kaukel, Otto, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 12. Juni
Matthias, Ruth, aus Ortelsburg, am 13. Juni

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bienko, Helene, geb. **Kosinski**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 14. Juni
Meyel, Benno, aus Osterode, Ostpreußen, am 15. Juni
Reincke, Grete, geb. **Summek**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 11. Juni
Wedler, Richard, aus Friedlau, Kreis Elchniederung, am 10. Juni
Wieczorrek, Hedwig, geb. **Tertel**, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 13. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Groll, Elfriede, geb. **Wald**, aus Warnicken, Kreis Samland, am 11. Juni
Pinsch, Else, geb. **Höpfner**, aus Tapiau, Königsberger Straße 50a, Kreis Wehlau, am 15. Juni
Prignitz, Irmgard, geb. **Wunsch**, aus Groß Sakrau, Kreis Neidenburg, am 13. Juni
Räthe, Elli, aus Alt Katzkeim, Kreis Samland, am 15. Juni
Szameitat, Charlotte, geb. **Skubinn**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 14. Juni

ZUM 92. GEBURTSTAG

Albrecht, Günther, aus Prostken, Kreis Lyck, am 16. Juni
Andre, Frieda, geb. **Konrad**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 14. Juni
Bachor, Elfriede, geb. **Heina**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 14. Juni
Böhmer, Dorothea, geb. **Störmer**, aus Romau, Kreis Wehlau, am 16. Juni
Deicke, Frieda, geb. **Blech**, aus Ebenrode, am 16. Juni
Enß, Michael, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 14. Juni
Fligge, Heinz, aus Drugehnen, Kreis Samland, am 10. Juni
Freier, Anna, geb. **Kraft**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 15. Juni
Kolb, Elfriede, geb. **Dudszus**, aus Allenburg, Königstraße 36, Kreis Wehlau, am 11. Juni
Konetzka, Erich, aus Kutzburg, Kreis Ortelsburg, am 14. Juni
Müller, Traute, geb. **Breitmoser**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 14. Juni
Nolting, Margarete, geb. **Althoff**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 15. Juni
Pluschke, Walter, aus Schlakalken, Kreis Samland, am 13. Juni
Podszus, Georg, aus Königsberg-Ponath, Speichersdorfer Straße 100, am 12. Juni
Stähle, Edeltraut, geb. **Rogalla**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 13. Juni
Wölky, Erna, geb. **Finke**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 12. Juni
Wörner, Edith, geb. **Dangeleit**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 10. Juni

ZUM 91. GEBURTSTAG

Balewsky, Elly, geb. **Bähr**, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 11. Juni
Bergenroth, Heinz, aus Krebsfließ, Kreis Ebenrode, am 24. Juni
Czymoch, Edeltraut, geb. **Broziewski-Schliesky**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 15. Juni
Ehrlicher, Dr. Christel, aus Regeln, Kreis Lyck, am 16. Juni
Fischer, Erna, geb. **Panteleit**, aus Ebenrode, am 14. Juni
Hain, Helene, geb. **Heske**, aus Augam, Kreis Preußisch Eylau, am 13. Juni
Heuser, Irene, aus Groß Schläfken, Kreis Neidenburg, am 11. Juni
Kabbe, Eva, geb. **Poesze**, aus Kurwensee, Kreis Elchniederung, am 11. Juni
Lausterer-Roth, Dr. Eva, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 13. Juni
Meixler, Edith, geb. **Döhring**, aus Frischenau, Tiefenthamm, Kreis Wehlau, am 15. Juni
Neumann, Agnes, aus Arys, am 22. Juni
Objartel, Hanna, geb. **Kobjolke**, aus Tapiau, Danziger Straße, Kreis Wehlau, am 10. Juni
Roggon, Kurt, aus Friedrichsheide, Kreis Treuburg, am 12. Juni
Schmidtke, Herbert, aus Lyck, Blücherstraße 6, am 15. Juni
Schöner, Hans-Klaus, aus Magdeburg, am 12. Juni
Schreiber, Emmi, aus Arys, am 22. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG

Borchert, Kurt, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 14. Juni
Doehring, Ingeborg, geb. **Reimer**, aus Tranatenberg, Kreis Elchniederung, am 16. Juni
Herold, Marta, geb. **Bialloch**, aus Markshöfen, Kreis Ortelsburg, am 13. Juni
Hollstein, Käte, aus Klein Blumenau, Kreis Samland, am 14. Juni
Izydorezyk, Frieda, geb. **Borkowski**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 16. Juni
Jelinski, Kurt, aus Kelchendorf, Kreis Lyck, am 15. Juni
Kraska, Hanna, geb. **Heise**, aus Pobethen, Kreis Samland, am 12. Juni
Krause, Bruno, aus Lyck, Litzmann-Straße 8, am 15. Juni
Krüger, Anita, geb. **Schipper**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 11. Juni
Kuhnert, Margarete, geb. **Schirwat**, aus Ebenrode, am 13. Juni
Lange, Herta, geb. **Wittke**, aus Nadrau, Kreis Samland, am 10. Juni
Maas, Erna, geb. **Raeder**, aus Altbruch, Kreis Ebenrode, am 16. Juni
Pruß, Hildegard, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 12. Juni
Salzmann, Käthe, geb. **Wedler**, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 10. Juni
Schmidt, Hedi, geb. **Gudzus**, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 11. Juni
Steffen, Reinhold, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, am 15. Juni
Stiebel, Paul, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 14. Juni
Streicher, Margarete, geb. **Kubat**, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 11. Juni
Thanner, Elli, geb. **Schröter**, aus Liebstadt, Kreis Mohrungen, am 13. Juni
Tulowitzki, Hilde, aus Neufließ, Kreis Ortelsburg, am 11. Juni

ZUM 85. GEBURTSTAG

Abt, Erna, geb. **Blümke**, aus Ebenrode, am 11. Juni
Becker, Charlotte, geb. **Oneßeit**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 11. Juni
Bischoff, Heinrich, aus Süßenthal, Kreis Allenstein, am 15. Juni
Bock, Hermann, aus Magdeburg, am 16. Juni
Dechank, Gertrud, geb. **Schulz**, aus Wartenfeld, Kreis Elchniederung, am 14. Juni
Dinse, Ruth, geb. **Gronwald**, aus Mertenheim, Kreis Lötzen, am 12. Juni
Dumke, Brigitte, aus Lyck, Bismarckstraße, am 16. Juni
Heße, Elfriede, geb. **Wieczorrek**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 12. Juni
Jäger, Ella, geb. **Peczkowski**, aus Gorau, Kreis Neidenburg, am 16. Juni
Kalinowski, Johannes, aus Winsken, Kreis Neidenburg, am 15. Juni
Katschmarek, Hildegard, geb. **Offschany**, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, am 16. Juni
Katzmarski, Lothar, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 11. Juni
Maxin, Waltraut, geb. **Diekmann**, aus Klein Muckenhausen, Kreis Neidenburg, am 14. Juni
Moneta, Dr. Erich, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 13. Juni
Pawel, Anni, geb. **Kappes**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 10. Juni
Pleikies-Lankuttis, Berta, aus Girngallen Matz, bei Nimmerstatt/Memel, am 24. Mai
Schimmelpfennig, Walter, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 15. Juni
Specka, Gerhard, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 16. Juni
Sperber, Erich, aus Kussenberg, Kreis Elchniederung, am 11. Juni
Stanzick, Hertha, aus Antonswiese, Kreis Elchniederung, am 14. Juni
Steinke, Ruth, geb. **Dahsler**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 14. Juni
Timm, Ruth, geb. **Kapeller**, aus Schützenort, Kreis Ebenrode, am 14. Juni
Todzil Hildegard, geb. **Trzaska**, aus Ortelsburg, am 10. Juni
Vogelgesang, Herbert, aus Brittanien, Kreis Elchniederung, am 12. Juni

ZUM 80. GEBURTSTAG

Biallas, Horst, aus Wallenfeldt-Ragnit, Kreis Tilsit, am 15. Juni
Boiar, Ruth, geb. **Annuss**, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 12. Juni
Crone, Elfriede, geb. **Sodeik**, aus Groß Budlacken, Kreis Wehlau, am 15. Juni
Dahms, Hans-Georg, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 14. Juni
Dams, Heinz, aus Kleinerlenrode, Kreis Elchniederung, am 10. Juni
Engeleit, Gerhard, aus Gordeiken, Kreis Treuburg, am 10. Juni
Fellbrich, Rudi, aus Goldbach, Garbeningken, Kreis Wehlau, am 13. Juni
Franke, Hilde, geb. **Jeckstadt**, aus Hainau, Kreis Ebenrode, am 11. Juni
Funk, Josef, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 11. Juni
Gers, Ruth, geb. **Masurowski**, aus Lyck, Memeler Weg 5, am 12. Juni
Gülzow, Elfriede, geb. **Paßberg**, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 10. Juni
Kabeck, Ursula, geb. **Kalkstein**, aus Grünwiese, Kreis Heiligenbeil, am 13. Juni
Klimowicz, Irena, geb. **Krolzig**, aus Bärting, Kreis Mohrungen, am 13. Juni
Knorbin, Horst, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 12. Juni
Krosta, Hiltraut, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 16. Juni
Krugly, Gertrud, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 10. Juni
Kuäbe, Gertrud, geb. **Scheller**, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, am 11. Juni
Leyk, Willy, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 10. Juni
Leymann, Ruth, geb. **Rattay**, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am16. Juni
Lidzbarski, Margarete, geb. **Joswig**, aus Groß Blumenau, Kreis Ortelsburg, am 11. Juni
Madra, Helena, geb. **Borrek**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 11. Juni
Nasner, Armin, aus Tapiau, Marktplatz 20, Kreis Wehlau, am 15. Juni
Paulat, Herbert, aus Berkeln, Kreis Elchniederung, am 11. Juni
Ploog, Erna, geb. **Schiffer**, aus Lucken, Kreis Ebenrode, am 16. Juni
Puzicha, Lothar, aus Ortelsburg, am 11. Juni
Rohde, Irmgard, geb. **Michalkowski**, aus Usdau, Kreis Neidenburg, am 11. Juni
Rosenkranz, Karin, geb. **Pelludat**, aus Oswald, Kreis Elchniederung, am 12. Juni
Schulze, Henning, aus Lyck, am 12. Juni
Sikora, Heinrich, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 12. Juni
Spuhn, Ilse, geb. **Dittmann**, aus Sonnenmoor, Kreis Ebenrode, am 15. Juni
Will, Hildegard, geb. **Brack**, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 11. Juni

ZUM 75. GEBURTSTAG

Eising, Christel, geb. **Dworak**, aus Schuttenofen, Kreis Neidenburg, am 13. Juni
Fichtner, Marianne, geb. **Dewes**, aus Wehlau, Kleine Vorstadt 2, Kreis Wehlau, am 14. Juni
Grodde, Fritz, aus Wehlau, Kirchenstraße 12, Kreis Wehlau, am 10. Juni
Guddas, Hans-Ulrich, aus Mühlengarten, Kreis Ebenrode, am 10. Juni
Hopfenbach, Edelhard, aus Neuwiesen, Kreis Ortelsburg, am 10. Juni
Kalinat, Wilfried, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, am 10. Juni
Kilb, Sigrid Vera, geb. **Howe**, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 14. Juni
Kind, Irmtraut, geb. **Wilzer**, aus Schwengels-Ortsteil Dothen, Kreis Heiligenbeil, am 16. Juni
Kranke, Eckhard, aus Sorgenau, Kreis Samland, am 15. Juni
Kühn, Hanna, aus Landsberg, Kreis Preußisch Eylau, am 14. Juni
Kutschker, Brigitte, aus Moulinen, Kreis Wehlau, am 16. Juni
Malec, Inge, geb. **Petereit**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 14. Juni
Meinhardt, Renate, geb. **Grigoleit**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 16. Juni
Pewka, Arnold, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 11. Juni
Rapiau, Manfred, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 10. Juni
Stockhausen, Lothar, aus Neidenburg, am 10. Juni
Urteß, Waltraud, geb. **Pusbatzkies**, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 16. Juni
Waterstrat, Edith, geb. **Dietzek**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 11. Juni
Wiesemann, Michael, aus Ebenrode, am 13. Juni

Glückwünsche
Fortsetzung auf Seite 16

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

TERMINE DER LO

Jahr 2013

15. Juni: Sommerfest der Deutschen Vereine in Osterode (Ostpreußen).
20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont.
27. bis 29. September: 9. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein. Geschlossener Teilnehmerkreis.
11. bis 13. Oktober: 6. Deutsch-Russisches Forum in Duisburg. Geschlossener Teilnehmerkreis.
14. bis 20. Oktober: 59. Werkwoche in Bad Pyrmont.
1. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Bad Pyrmont.
2./3. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont. Geschlossener Teilnehmerkreis.
4. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Jahr 2014

8./9. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
5./6. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
17./18. Mai: Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel.
3./7. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 8. Juni, 14.30 Uhr, Arte: Konstantinopels versunkener Hafen.
SONNABEND, 8. Juni, 20.15 Uhr, Arte: Die Gallier – Sagen und Wahrheit. Doku.
SONNABEND, 8. Juni, 20.15 Uhr, Phoenix: Unsere Mütter, unsere Väter – Die Dokumentation.
SONNTAG, 9. Juni, 8.05 Uhr, WDR 5: Osteuropa-Magazin.
SONNTAG, 9. Juni, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 25 Jahren: Die sowjetische Führung erlaubt den 1944 deportierten Krimtataren die Rückkehr in ihre Heimat.
SONNTAG, 9. Juni, 22.40 Uhr, 3sat: Nelson Mandela – Ein Leben für die Freiheit. Dokuporträt.
MONTAG, 10. Juni, 9.05 Uhr, Deutschlandradio: Kalenderblatt. Vor 60 Jahren: Die I.G. Farben werden zu einer Schmerzensgeldzahlung an einen ehemaligen Zwangsarbeiter verurteilt.
MONTAG, 10. Juni, 13.20 Uhr, 3-sat: Auf den Spuren des Prussia-Schatzes.
MONTAG, 10. Juni, 14.05 Uhr, 3-sat: Geheimakte Sophienschatz. Doku.
MONTAG, 10. Juni, 20.05 Uhr, N-TV: Wir Deutschen. Vom Reich zur Republik 1933–1945.
MONTAG, 10. Juni, 23.30 Uhr, SWR: Allah in Ehrenfeld. Der Bau der Kölner Moschee.
DIENSTAG, 11. Juni, 20.15 Uhr, RBB: Geheimnisvolle Orte. Berliner Stadtschloss. Der Platz, wo einst der Palast der Republik stand, hat eine lange Geschichte. Doku.
DIENSTAG, 11. Juni, 22.10 Uhr, Arte: I love Democracy. Iran. Wie sieht es mit der Demokratie im Lande aus?
DIENSTAG, 11. Juni, 22.45 Uhr, RBB: Helden ohne Ruhm. Der 17. Juni 1953.
DIENSTAG, 11. Juni, 23.30 Uhr, RBB: Meine Einheit. Menschen erinnern sich an den Fall der Mauer 1989.
MITTWOCH, 12. Juni, 20.15 Uhr, 3sat: Pussy-Riot. Ein russischer Skandal. Doku.
MITTWOCH, 12. Juni, 20.45 Uhr, MDR: Spur der Wölfe – Die Rückkehr der Raubtiere.
MITTWOCH, 12. Juni, 21 Uhr, 3sat: Mein Leben – Lech Walesa. Biografie.
MITTWOCH, 12. Juni, 22 Uhr, BR: Kleider machen Deutsche. Von der Trümmerzeit in die wilden Sechziger. Doku.
DONNERSTAG, 13. Juni, 13.07 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Länderreport. Geldsarkophage Atommeiler. Wie viel ihr Aufbau und Abbau uns kosten werden. Von Axel Schröder.
DONNERSTAG, 13. Juni, 14.50 Uhr, 3sat: Kreuzzug in die Hölle – Die Tempelritter. Geschichtsdoku.
DONNERSTAG, 13. Juni, 21 Uhr, Phoenix: Elizabeth II. Die Queen und die Deutschen.
DONNERSTAG, 13. Juni, 22.25 Uhr, 3sat: Dutschke. TV-Dokudrama.
FREITAG, 14. Juni, 20.15 Uhr, NDR: Die Nordstory. Treten, staunen, gucken – Mit dem Rad geht es durch Mecklenburg-Vorpommern. Doku.
FREITAG, 14. Juni, 21 Uhr, 3sat: Aufsteiger Korea. Wirtschaft. Reportage.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



Baden-Württemberg

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Dienstag, 25. Juni, 15 Uhr, Amtsstüble in Mosbach: Filmvorführung. Treffpunkt in Buchen am Musterplatz/Am Ring um 14.15 Uhr.

Heidelberg – Sonntag, 9. Juni, 15 Uhr, Hotel Leonardo, Bergheimerstraße 63: Treffen der Gruppe zu einem wunderschönen Heimatnachmittag mit der Landesvorsitzenden Uta Lüttich. Nach dem Kaffeetrinken wird sie einen interessanten Vortrag über Nidden und seine Maler halten: „Nidden als Malerkolonie und seine wunderbare und großartige Landschaft". Gäste sind herzlich willkommen.

Ulm/Neu-Ulm – Sonnabend, 15. Juni, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Monatstreffen der Gruppe.

Ludwigsburg – Achtung Änderung! Der für Dienstag, 25. Juni, angekündigte Termin, Besuch von einem Biergarten oder einer Weinstube, muss leider ausfallen.

Weinheim/Bergstraße – Mittwoch, 12. Juni, 14.30 Uhr, Café Wolf: Treffen der Frauengruppe. An diesem Nachmittag ist das Thema: „Das Ostseebad Kahlberg und seine Entstehung um 1840." Die Fahrt dorthin führte von Elbing über den Elbing-Fluss zum Frischen Haff nach Königsberg.



Bayern

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@ low-bayern.de, Internet: www. low-bayern.de.

Altmühlfranken – Sonnabend, 22. Juni: Tagesausflug nach Bad Mergentheim, Sitz des Deutschen Ordens.

Ansbach – Sonnabend, 22. Juni: Ausflug nach Bad Mergentheim, Sitz des Deutschen Ordens, mit der Gruppe Weißenburg-Gunzenhausen.

Bamberg – Mittwoch, 19. Juni, 15 Uhr, Café Graupner, Lange Straße (Nebenzimmer): „So zärtlich war Suleiken." Hörbuch von Siegfried Lenz.

Erlangen – Donnerstag, 13. Juni, 16.45 Uhr, Freizeitzentrum Frankenhof, Südliche Stadtmauerstraße 35, Raum 20: Vorführung eines Films von Helmut Klingenberg: „Die Frische Nehrung. Eine Insel zwischen den beiden Weltkriegen? Schiffsverbindung auf die Kurische Nehrung." Gäste sind herzlich willkommen. In den Monaten Juli und August finden keine Treffen statt, dann aber wieder im Monat September.

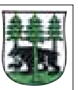
Ingolstadt – Sonntag, 16. Juni, 14.30 Uhr, Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8: Monatliches Heimattreffen.

München – Sonnabend, 15. Juni, 13 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Bunter Nachmittag mit gemeinsamem Singen, kurzen Wortbeiträgen und musikalischer Begleitung des Ehepaars Bethke. Zu Beginn gemeinsames Mittagessen „Königsberger Klopse". – Jeden Montag, 18–20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Ansprechpartner Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.



Berlin

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbekkstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@ bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Rastenburg – Sonntag, 9. Juni, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



Frauengruppe – Mittwoch, 12. Juni, 13.30 Uhr, Café Tam, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin: Treffen der Gruppe. Geschichten aus dem Hausbuch ostpreußischen Humors. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



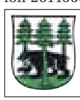
Gumbinnen / Johannisburg / Lötzen / Sensburg – Dienstag, 18. Juni, Restaurant Oma Brink's Kartoffelhaus, Gardeschützenweg 19, 12203 Berlin: Sommerfest. Anfragen für Gumbinnen bei Joseph Kirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg bei Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.



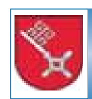
Bartenstein – Sonnabend, 22. Juni, 14 Uhr, Rathaus Zehlendorf, Zimmer 21, Kirchstraße 1–3, 14163 Berlin. Anfragen bei Elfriede Fortange, Telefon (030) 4944404.



Mohrungen – Donnerstag, 4. Juli, 15 Uhr, Restaurant Sternstunde, Kreuznacher Straße 29, 14197 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Ursel Dronsek, Telefon 2614338.



Rastenburg – Sonntag, 14. Juli, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



Bremen

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen.

Bremerhaven (Elbing) – Sonntag, 16. Juni, 15 Uhr, Mütterstein im Bürgerpark: Gedenkstunde des Bürgervereins Geestemünde.



Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg-Harburg – Sonntag, 23. Juni, 11 Uhr, St. Johannes-Kirche, Bremer Straße 9 (zu erreichen mit der S 3 und S 31 bis zur Station Harburg-Rathaus): Ostpreußischer Heimatgottesdienst. Die Predigt hält Pastorin Sabine Kaiser-Reis. Anschließend lädt die Gruppe ins Gemeindehaus zu Kaffee und Kuchen ein.

Hamburg-Wilhelmsburg – Montag, 24. Juni, 15 Uhr, Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Heimatnachmittag.

KREISGRUPPE



Elchniederung – Mittwoch, 12. Juni, 14 Uhr, Gesellschaftshaus Lackemann, Litzowstieg 8, Hamburg-Wandsbek (zu erreichen mit der U1 bis Wandsbek-Markt oder S-Bahn bis Wandsbeker Chaussee und eine Station weiter mit der U1 bis Wandsbek-Markt, dort Ausgang Quarree und Durchgang neben dem Hotel Tiefenthal benutzen): Treffen der Gruppe. Für diesen Nachmittag hat eine vielseitige Sängerin ihr Kommen zugesagt. Die Organisatoren hoffen auf rege Teilnahme der Mitglieder. Gäste sind herzlich willkommen.



Heiligenbeil – Sonnabend, 15. Juni, 14 Uhr, Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7: Die Gruppe feiert ihr Sommerfest. Hierzu sind alle Mitglieder der Gruppe und Freunde herzlich eingeladen. Mit Kaffee, Kuchen und einem Filmvortrag will die Gruppe in geselliger Runde einige fröhliche Stunden miteinander verbringen. Der Kostenbeitrag für Kaffee, Kuchen und Film-Vortrag beträgt fünf Euro. Der Seniorentreff ist mit der Bus-Linie 116 von den U-Bahn-Stationen Hammer Kirche, Billstedt oder Wandsbek-Markt zu erreichen. Anmeldung bei Lm. Konrad Wien, Telefon (040) 53254950 bis zum 14. Juni erbeten.



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Rückfragen bei Manfed Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail-Adresse: manfred-samel@hamburg.de.



Hessen

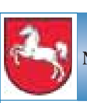
Stellvertretender Vorsitzender: Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039652.

Darmstadt-Dieburg – Sonnabend, 15. Juni, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus: Treffen vor der Sommerpause. Nach der Kaffeetafel hält Dieter Leitner einen Vortrag zum Thema „Das Ende des Sterbens für Napoleon durch den Abschluss der Konvention von Tauroggen vor 200 Jahren". Im Juli ist Sommerpause. Danach trifft sich die Gruppe wieder am 17. August.

Hanau – Sonnabend, 15. Juni, 15 Uhr, Sandelmühle, Philipp-Schleißner-Weg 2a: Frühlingsfest. Alle Mitglieder und Freunde sind herzlich eingeladen, mit der Gruppe Volks- und Wanderlieder zu singen. Ostpreußische Gedichte und Beiträge werden ebenfalls vorgetragen. Bei Kaffee und Kuchen und einem kleinen Imbiss, spendiert von der Landsmannschaft, sollen gemeinsam ein paar fröhliche Stunden verlebt werden. – Jeden zweiten Mittwoch im Monat, 15 Uhr, Café Menges, Hirschstraße: Treffen der Frauengruppe. Gäste sind herzlich willkommen.

Wetzlar – Montag, 10. Juni, 19 Uhr, Wetzlarer Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128: Hildegard Henning spricht über „Märchen und Sagen aus Ostpreußen". Gäste sind willkommen. – **Beim Treffen im Mai** hat Altvorsteher Pfarrer Dieter Nebeling mit einem Vortrag über den Weg des Königsberger Diakonissen-Mutterhauses der Barmherzigkeit nach Westdeutschland an dessen Flucht aus Ostpreußen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erinnert. In dieser Zeit seien von den 875 der ostpreußischen Diakonieeinrichtung angehörenden Schwestern 260 umgekommen. Auf der Suche nach einer neuen Bleibe und einem Arbeitsfeld für ihre Schwestern habe die Mutterhausleitung mit ihrem Vorsteher Pfarrer Friedrich Stachowitz zunächst in der damaligen Sowjetzone Ausschau gehalten, weil „dort die Not am größten" gewesen sei, schilderte Nebeling den Versuch einer Neuorientierung. In den Nachkriegswirren hatten die noch lebenden Diakonissen schließlich in 250 Orten und 40 Mutterhäusern außerhalb von Ostpreußen eine Zuflucht gefunden. Als Anlaufstelle für die zerstreuten Schwestern habe sich Berlin ergeben. Johanna von Siemens habe im Stadtteil Nikolassee dafür ihre Villa zur Verfügung gestellt und selbst im Dachgeschoss ihres Hauses Wohnung bezogen. Auf einem Nachbargrundstück habe dann die Mutterhausleitung auf Rentenbasis ein weiteres Anwesen, den Mittelhof, für ihre Feierabendschwestern erworben. Bei seiner Suche nach einer endgültigen Heimat in Westdeutschland für die ostpreußischen Diakonissen sei Pfarrer Stachowitz im Jahre 1951 in Goslar tödlich verunglückt, berichtete Nebeling. Dessen Nachfolger, Pfarrer Paul Kaufmann und Mutterhaus-Oberin Charlotte Bamberg, seien dann „wie durch eine göttliche Fügung" auf das ehemalige Prämonstratenserinnen-Kloster Altenberg bei Wetzlar gestoßen. Der damalige Pfarrer der evangelischen Kirchengemeinde in der Domstadt, Johannes Plath, habe bei der Vermittlung des Pachtvertrags zwischen dem Braunfelser Fürstenhaus und dem Mutterhaus eine wichtige vermittelnde Rolle gespielt, betonte Nebeling. Mit seiner Unterzeichnung am 1 Juli 1953 habe das ostpreußische Diakonissen-Mutterhaus in der heimischen Region eine neue Heimat und im Wetzlarer Krankenhaus sowie in zahlreichen Gemeindepflegestationen wieder seine ihm angestammten Arbeitsfelder gefunden.

Wiesbaden – Dienstag, 11. Juni, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Treffen der Frauengruppe. Sommerfreuden in der Heimat. Zuvor ist Gelegenheit zur Unterhaltung bei Kaffee und Kuchen. – Sonnabend, 15. Juni, 15 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35: „Königsberg/Kaliningrad – die doppelbödige Stadt". Postsowjetische Eindrücke in Wort und Bild von Luise Wolfram, Hannover. Zusammen mit ihrem Mann, der als Propst in Königsberg für den Gemeindeaufbau unter Russlanddeutschen verantwortlich war, hat sie von 1999 bis 2002 in Königsberg gewohnt und das Leben der Menschen geteilt. Zuvor ist Gelegenheit zur Unterhaltung bei Kaffee und Kuchen. – Donnerstag, 20. Juni, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Stammtisch. Serviert wird Spargel mit Schinken. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essensdisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 14. Juni bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938.



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

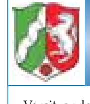
Göttingen – Sonnabend, 15. Juni: Fahrt zum Ostpreußischen Landesmuseum nach Lüneburg. Es sind noch einige Plätze frei. Nähere Informationen und Anmeldung bei Werner Erdmann unter Telefon (0551) 63675.

Helmstedt – Donnerstag, 13. Juni, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Treffen der Gruppe.

Hildesheim – Donnerstag, 13. Juni, 15 Uhr, Bürgermeisterkapelle, Rathausstraße 8: Treffen der Heimatfreunde. Thema des Nachmittags: „Witziges aus Ostpreußen".

Osnabrück – Freitag, 21. Juni, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe. – Donnerstag, 27. Juni, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis.

Rinteln – Donnerstag, 13. Juni, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42: Monatstreffen der Gruppe. Joachim Rebuschat berichtet über seine Reise ins Königsberger Gebiet im Mai, der Eintritt ist frei, Gäste sind herzlich willkommen. Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es unter Telefon (05751) 5386 oder rebuschat@web.de – **Stadtpläne (alt und neu):** Königsberg, Tilsit/Ragnit, Gumbinnen, Insterburg. Für Forscher, Touristen und andere gibt es seit kurzem diese interessanten Stadtpläne unter anderem von Königsberg, Tilsit/Ragnit, Gumbinnen und Insterburg. Damit ein Vergleich zwischen alt und neu möglich ist, wurden auch die alten Pläne neu gezeichnet. Für Königsberg ist sogar ein Überlagerungsplan vorhanden. http://www.myheimat.de/rinteln/d2518127.html



Nordrhein-Westfalen

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@ Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Sonntag, 9. Juni, 15 bis 16 Uhr, Stadthalle: Dia-Vortrag von Janne Neuman zum Thema „Weimar – Kulturhauptstadt Europas. Ein Spaziergang durch das klassische Weimar von heute". Wie immer wird mit dem gemeinsamen Kaffeetrinken begonnen. Anschließend folgt das Programm. Auch zu dieser Veranstaltung sind Gäste herzlich willkommen. Der Eintritt ist frei. – Mittwoch, 19. Juni, ab 17.30 Uhr, Stadthalle Bad Godesberg, Erkerzimmer: Die Gruppe trifft sich zum Stammtisch.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Glückwünsche
Fortsetzung von Seite 15




Schönfeld, Alfred, aus Heiligenbeil, und Ehefrau Lieselotte, geb. **Pietzka**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 15. Juni

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 16

Bielefeld – Donnerstag, 13. Juni, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Ostpreußisch Platt. – Donnerstag, 20. Juni, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Literaturkreis. – Sonnabend, 29. Juni ab 15 Uhr, Wohnstift Salzburg, Memeler Straße 35, 33605 Bielefeld: **Feierstunde anlässlich des 65-jähriges Bestehens der Gruppe.** Ein buntes Programm aus kulturellen Darbietungen und Musik, einer Rede des Landesvorsitzenden der Ostpreußen in NRW, Jürgen Zauner. Er wird die Hauptrede halten, in der er einen Rück- und Ausblick gibt. Im Anschluss an das offizielle Programm besteht die Möglichkeit, bei Essen und Trinken Freunde und Bekannte im gemütlichen Kreis zu treffen oder sich am Buchtisch zu informieren. Alle Freunde und Interessierte sind herzlich eingeladen mit den Ostpreußen ihren 65.Geburtstag zu feiern.

Dortmund – Montag, 17. Juni, Ostdeutsche Heimatstuben, Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße: Treffen der Gruppe.

Düsseldorf – Sonnabend, 8. Juni, 14 Uhr, Info-Stand, Hauptbahnhof: Wandertreff. Gemeinsame Fahrt zum Stadtmuseum, Berger Allee 2, „725. Geburtstag Düsseldorfs“. – Dienstag, 11. Juni, 19 Uhr, GHH/Konferenzraum: **„50 Jahre GHH – Persönlich gesehen“**, Teil 2. Dr. Walter Engel im Gespräch mit Dr. Lothar Schröder. – Mittwoch, 12. Juni, GHH/Raum 311: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Donnerstag, 13. Juni, 8.30 Uhr, Busbahnhof Worringer Straße: Tagesfahrt ins schöne Ahrtal und nach Bad Münstereifel (Adorf-Bus). – Donnerstag, 13. Juni, 19 Uhr, GHH/Konferenzraum: Lesung und Gespräch mit Verena Nolte: „Ich wusste, jetzt muss ich darüber schreiben.“ Horst Bieneks veröffentlichte Erinnerungen. – Donnerstag, 13. Juni, 19.30 Uhr, GHH/Raum 312: Offenes Singen mit Barbara Schoch. – Freitag, 14. Juni, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62: Stammtisch. – Sonnabend, 15. Juni, 15 Uhr, GHH/Konferenzraum: Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe. – Mittwoch, 19. Juni, GHH/Eichendorffsaal, I. Etage: Lesung mit Volker Braun „Die Bleibe, die ich suche, ist kein Staat.“ – Donnerstag, 20. Juni, 19 Uhr, GHH/Konferenzraum: Filmvorführung/Lesung mit Cornelia Klauß (Regisseurin) und Ekkehard Maaß (Zeitzeuge): „Verbotene Reise in das Sowjetreich.“ – Freitag, 21. Juni, 18 Uhr, Johanneskirche, Martin-Luther-Platz 39, 40212 Düsseldorf: Ökumenischer Gottesdienst anlässlich „50 Jahren GHH“. – Sonnabend, 22. Juni, 16 Uhr, GHH/Eichendorffsaal: Festakt „50 Jahre GHH“. Einladungen ergehen gesondert, persönliche Anmeldung erforderlich.

Ennepetal – Donnerstag, 20. Juni, 18 Uhr, Heimatstube: Monatsversammlung bei Heringsstipp und Kartoffeln.

Essen – Freitag, 21. Juni, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: Treffen der Gruppe. Besprechen eines aktuellen Themas in der Heimat, in Deutschland oder der Welt.

Gütersloh – Donnerstag, 13. Juni, 15.30 Uhr, Gütersloher Brauhaus, Unter den Ulmen 9: Ostpreußische Frauengruppe.

Leverkusen – Sonnabend, 22. Juni, 15 Uhr, Haus Ratibor, Küppersteger Straße 56: Die Gruppe feiert ihr traditionelles Sommerfest mit einem fröhlichen kulturellen Programm mit Wettbewerbsspielen verschiedener Art. Gemeinsames Abendessen zu einem sehr geringen Preis. Die Organisatoren freuen sich über alle Mitglieder und Gäste, die mitfeiern wollen. Informationen bei Frau Pelka, Telefon (0214) 95763.

Neuss – Freitag, 14., bis Montag, 17. Juni: Jahresausflug nach Dresden. Anmeldung bei Peter Pott, Zollstraße 32, 41460 Neuss, Telefon (02131) 3843400. Programm bitte anfordern. – Donnerstag, 27. Juni, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür mit Kaffee und Kuchen. Es wird die Fortsetzung des Films „Schatzkästchen Ostpreußen. Dokumentarfilm zwischen den Jahren 1920–1945“ gezeigt. –Montag, 5., bis Mittwoch, 14. August: Große Ostpreußenreise über Stettin, Danzig, Marienburg, Masuren, Thorn, Posen. Anmeldung bei Peter Pott, Zollstraße 32, 41460 Neuss, Telefon (02131) 3843400. Programm bitte anfordern.

Witten – Montag, 17. Juni, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Ostpreußische Kaffeetafel. Schmaus- und Schmunzelgeschichten.

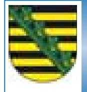
Wuppertal – Sonnabend, 8. Juni, 14 Uhr, Stennert 8, Alte Färberei, Oberbarmen: Ostpreußisches Maifest. Es wirken mit: Der Chor „Harmonie“ unter der Leitung von Nelly Illinich, die sechsjährige Dajana mit Kinderliedern, die Tanzgruppe unter der Leitung von Ursula Knocks, das Mundharmonika-Duo Ursula Busch und Waltraut Bombe. Lustige Sketche gehören auch zum Programm. Zum Tanz spielt Christoph Marr in bewährter Weise auf. Kaffee und selbstgebackener Kuchen sind im Unkostenbeitrag enthalten. Gäste sind herzlich willkommen.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

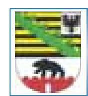
Mainz – Mittwoch, 19. Juni: Fahrt mit dem Schiff der KD nach Eltville mit Spaziergängen im dortigen Rosengarten der Fürstlichen Residenz. Treffpunkt: 11.15 Uhr an der KD-Anlegestelle Mainz. – Donnerstag, 20. Juni, 15 Uhr, Café Zucker, Bahnhofstraße 10, 55116 Mainz: Heimatliche Kaffeestunde der Damen. – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Mittwoch, 12. Juni, 10 Uhr, Treffpunkt Apotheke an der Zentralhaltestelle: Die Wandergruppe trifft sich. – Freitag, 21. Juni, 13 Uhr, Leipziger Straße 167: Treffen der Frauengruppe.

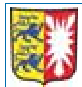


SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Dessau – Montag, 10. Juni, 14 Uhr, Krötenhof: Treffen der Gruppe. Filmvorführung „Nördliches Ostpreußen“.

Magdeburg – Sonntag, 9. Juni, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Bekanntes und Unbekanntes. – Dienstag, 25. Juni, 13.30 Uhr, Immermannstraße: **Treffen der Stickerchen. – Bericht über die Handarbeitsgruppe „Die Stickerchen“** – Alles begann vor 20 Jahren mit einem Seminar in Magdeburg über die Weißstickerei. Diese eine Woche gemeinsamer Tätigkeit weckte bei den Teilnehmerinnen den Wunsch, sich regelmäßig zum Handarbeiten zu treffen. Die Leitung übernahm damals Gerda Sich, welche dann schwer erkrankte, so dass Edith Baumgart die Führung übernahm. Von ihr stammt auch der Ausdruck „Die Stickerchen“. Nun wurde gewerkelt, was das Zeug hielt. Es wurden den Hardanger Stickereien gefertigt, des Weiteren das „normale Programm“: Kreuzstich, Stricken, Häkeln, Malen, Kerzen gestalten und so weiter. Edith Baumgart und Dora Semmling fertigten ostpreußische Trachten für sich und für drei Puppen. Die anderen Damen wurden mit bestickten Schürzen ausgestattet. Es wurden und werden jährlich Ausflüge unternommen und auch die Stikkseminare im Ostheim in Bad Pyrmont besucht. Leider verstarb im Jahre 2010 Edith Baumgart. Trotz schwerer Krankheit hat sie sich bis zuletzt um die Handarbeitsgruppe gekümmert. Die Leitung übernahm nun Dorothea Fieberg. Es wird sich weiterhin alle drei Wochen in der Immermannstraße getroffen. Wenn sich auch die Tätigkeiten an diesen Treffen ein wenig verändert haben – es wird weniger gehandarbeitet, dafür mehr über die heimatlichen Bräuche plachandert –, so freuen sich doch alle sieben Stickerchen auf das Zusammensein. Im April wurde das 20-jährige Bestehen gefeiert. Es kamen alle Vorstandsmitglieder und auch Landsleute der Ortsgruppe zum Gratulieren. Der Vorsitzende, Rudi Fieberg, hielt eine Lobrede auf die Stickerchen, in der er sich besonders für die Arbeiten der Stickerchen zum Weihnachtsfest und zum Muttertag, beziehungsweise zum „Vatertag“ für alle Landsleute der Ortsgruppe bedankte. Die Handarbeitsdamen revanchierten sich mit Essen und Trinken und einer kleinen Ausstellung ihrer Arbeiten. Man versprach sich, dass diese Treffen so lange beibehalten werden, wie es nur irgend geht.



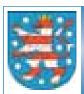
SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Landesverband – Sonntag, 16. Juni, 10 Uhr, Haus der Heimat, Kiel: Vertreterversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Schleswig-Holstein e.V. Tagesordnung: 1. Begrüßung und Eröffnung durch den Landesvorsitzenden Edmund Ferner, 2. Totenehrung durch Jochen Gawehns, 3. Grußworte, 4. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, 5. Genehmigung des Protokolls der Vertreterversammlung vom 24. Juni 2012, 6. Bericht des Landesvorsitzenden Edmund Ferner, zugleich in der Funktion des Kulturreferenten, 7. Vortrag: Rezension des Buches „Zwei Vaterländer – zwei Patriotismen“ von Jan Josep Lipski, 8. Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2012 – Schatzmeisterin Margarete Beyer, 9. Entgegennahme des Kassenprüfungsberichtes von Regina Gronau, 10. Aussprache zu den Berichten, 11. Entlastung des Vorstandes und der Schatzmeisterin, 12. Genehmigung des Haushaltsplanes für das Jahr 2013, 13. Musikalische Darbietungen durch „Cantabile Tilsit“, 14. Mittagspause, 15. Berichte einzelner Landsmannschaftsgruppen über ihre Arbeit und Aktivitäten, 16. Kaffeepause, 17. Anträge und Verschiedenes, 18. Die Vertreterversammlung schließt mit dem Ostpreußenlied.

Flensburg – Sonntag, 23. Juni, 10 bis 12 Uhr, Treffpunkt Bundsenkapelle, Alter Friedhof: „200 Jahre Alter Friedhof zu Flensburg“. Historische Führung mit Hans-Friedrich Kroll und Thomas Messerschmidt. Keine Anmeldung, hier handelt es sich um eine selbstständige Teilnahme.

Pinneberg – Sonnabend, 22. Juni, 15 Uhr, VfL-Heim, Fahltskamp 53: Festlich-fröhlicher Sommeranfang. Anmeldungen bei R. Schmidt unter Telefon (04101) 62667 oder bei B. Kieselbach, Telefon (0401) 73473.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Eisenach – Dienstag, 11. Juni, 14.30 Uhr, Rot-Kreuz-Weg 1: Heimatnachmittag der Ost- und Westpreußen.

Meiningen – Freitag, 21. Juni, 14 Uhr, Wolkenlos: Heimatnachmittag. Sommerfest.

Mühlhausen – Montag, 10. Juni, 14 Uhr, Volkssolidarität: Treffen der Heimatgruppe Königsberg.

Dem Volk aufs Maul geschaut

Felix Arndt, Pfarrer i. R. hat „Worte aus Ostpreußen“ in „3300 Wörter und Redensarten, damit nicht ganz vergessen wird, wie man in Ostpreußen schabbern konnte“, zusammengetragen. Die PAZ setzt die Vokabeln in loser Folge mit Teil 11 fort:

beschwauksen = begießen aus Versehen
beschwiemelt = leicht angetrunken
beschwipst = leicht angetrunken
beschorkt = bewölkt, wolkig
beschubsen/beschupsen = übervorteilen
beschummeln = betrügen
besehen = Eigentum der Braut besichtigen, „nicht sehen können“, Jemanden nicht mögen
besimmelieren = überprüfen
Bessem = Besen
Besuchsritze = Spalt zwischen zwei Matratzen (Ehebett)
betatschen = plump anfassen
betubbern= betupfen
betuddern = sehr liebevoll versorgen
betulich = zu fürsorglich
betun, sich = sich zieren
bewerfen = Nähte von der linken Seite säubern
bewichsen = etwas auf listige Weise erreichen
bezähmen = sich etwas gönnen
bibbern = vor Angst oder Kälte zittern
biedeln = schwindeln
Bimmel = Klingel, kleine Glocke, Fahrradklingel
bimmeln = klingeln, läuten
bimsen = intensiv lernen
Birrbas = große Fliege, Brummer
bis nu = bis jetzt
bissel, bisselchen = ein wenig, etwas
Biswurm haben = nervös, übergeschnappt sein
biszen = schnell laufen, rennen
bixen, ausbixen = rennen, weglaufen
blaaren = aufdringlich schreien
Blänke = Loch im Eis (Fluss/Moor)
blänkern = blinken, glitzern
Blage = abwertend für „Kind“

Heimatlose Kinder

Teilnehmer an Universitätsstudie gesucht

Die Universitätsmedizin Greifswald untersucht ehemalige anhanglose Kinder beziehungsweise Wolfskinder für eine Studie zu den Folgen kriegsbedingter Traumatisierung im Zweiten Weltkrieg.

Die oben genannte Untersuchung ist Teil eines breiter angelegten Forschungsprojektes der Klinik, das sich seit dem Jahr 2006 mit der Erforschung von psychischen und körperlichen Folgen von Realtraumatisierungen innerhalb des Zweiten Weltkriegs befasst und in dem bisher unter anderem während des Krieges geborene Kinder, Kindersoldaten (Flak-Helfer) und Vergewaltigungsopfer untersucht wurden.

> Ziel der Studie: Aufklärung der Schicksale

Weitere aktuelle Projekte beleuchten den Aspekt verschollener Soldaten und die Belastungen der Besatzungskinder im Zweiten Weltkrieg und auf aktuellen Kriegsschauplätzen.

In der genannten Studie geht es um anhanglose Kinder aus den ehemals deutschen Ostgebieten, die in den Wirren der Flucht vor der russischen Armee oder später unter russischer Besatzung entweder zeitweilig oder endgültig den Kontakt zu ihren Eltern, Geschwistern und Familien verloren haben.

Nach der vorliegenden zeithistorischen Literatur ist davon auszugehen, dass etwa 4700 dieser anhanglosen Kinder von den Militärkommandanturen in Kinderheimen beziehungsweise Kinderhäusern untergebracht wurden. Andere wurden von Fremden, Nachbarn oder Bekannten mitgenommen und versorgt. Die bisherigen historischen Veröffentlichungen und Zeitzeugnisse legen nahe, dass die weitaus größte Zahl dieser verwaisten oder anhanglosen Kinder allein oder gemeinsam mit ihren Geschwistern versuchen musste, ihr Überleben zu sichern. So haben sich viele von ihnen allein, vor allem in Litauen, durchschlagen müssen und sind erst nach Kriegsende in die damalige sowjetische Besatzungszone oder in die neuen oder alten Bundesländer gelangt.

Ziel der Studie ist es, einen Beitrag zur Aufarbeitung dieser Schicksale zu leisten, indem sie eine bisher in der Forschung vernachlässigte Gruppe von Kriegsbetroffenen in das wissenschaftliche Zentrum rückt.

Im ersten Teil sollen die individuellen Schicksale in einem Interview erfasst und später in einem Buch dokumentiert werden. Ein zweiter Teil der Untersuchung beinhaltet die Erfassung der Auswirkungen der traumatischen Ereignisse auf verschiedene Bereiche des späteren Lebens über eine Fragebogenuntersuchung.

Interessierte Betroffene, die an dieser Untersuchung teilnehmen möchten, können mit Frau Diplom-Psychologin Heidi Buch unter Telefon (03831) 2891885), per E-Mail: heidi.buch@uni-greifswald.de, oder auch postalisch (Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie, Ellernholzstraße 1–2, 17487 Greifswald) Kontakt aufnehmen. *PAZ*

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. ruhnke@ kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 5 70 52. perbandt @ kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretender Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 8 42 24. Schmidt.ploessen@ gmx.de. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Homepage Pörschken

Das Kirchspiel Pörschken ist nun auch mit einer eigenen Homepage im Internet vertreten. Dadurch soll dem Kirchspiel Pörschken ein bleibendes Denkmal gesetzt werden und alte und jung Freunde Pörschkens erfreut werden. Besuch Sie jetzt die Seite unter www.pörschken.de (mit ö ist richtig).



LABIAU

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562, Fax (04853) 701. info@ strammverlag. de, Internet: www.labiau.de.

Bericht von der Reise in den Kreis Labiau

Vom 11. bis 20. Mai 2013 machten sich insgesamt 44 Teilnehmer auf den Weg gen Osten. Es waren sogar gebürtige Kreis Labiauer, die ihr Lebensweg in dies USA und nach Australien geführt hat, dabei. Nach zwei Tagen Anreise mit dem bequemen Reisebus erreichten wir am späten Nachmittag das Hotel Tourist in Königsberg. Schon am ersten Abend unternahmen wir einen Spaziergang auf der inzwischen fast fertiggestellten Promenade des Oberteichs, die praktisch gleich hinter dem Hotel beginnt. Der gesamte Oberteich ist dadurch zur Naherholungsfläche geworden. Die breiten, gepflasterten Wege luden Spaziergänger, aber auch Skater ein. Nicht immer war das ein gutes Nebeneinander, da Kollisionen vorprogrammiert waren.

Der nächste Tag galt dem Besuch des Heimatkreises. Die Stadt Labiau zeigte teilweise hübsch renovierte Häuser. In der Königsberger Straße wurde an einem Gebäude sogar das Wappen der Stadt und des Kreises gemalt. Das Schloss Labiau, von außen immer noch schlimm anzusehen, zeigt seinen schönen Kern. Die Erweiterung des Museums ist zwar noch nicht abgeschlossen, dafür sind aber Museumsshop und Puppenstube nett herausgeputzt. Nikolaj Wassilewskij ist dort unermüdlich beschäftigt. In Labagienen und Rinderort schnupperten wir Haffluft. Die beiden Dörfer schienen noch im Winterschlaf zu sein. Die kleine Hotelanlage ist auch immer noch nicht fertig. Dafür zeigte sich das Kurische Haff in seiner ganzen Schönheit.

Auf dem Tagesprogramm stand nun der Besuch des Schulmuseums in Kelladden/Waldwinkel. Inna Natalitsch hat inzwischen weitere Dokumentations- und Bildtafeln angefertigt. Als Gastgeschenk wurde eine Schiefertafel mit Griffel, Schwamm und Putztuch mitgebracht. Das Museum wird sehr gut von der russischen Bevölkerung angenommen und Inna Natalitsch zeigt sogar computerunterstützte Präsentationen. Wir verbrachten den Nachmittag in dem Museum, ließen uns von dem Zeitzeugen Walter Haberann, der hier die Schulbank gedrückt hat, alles erklären. Dann gab es noch für alle Kaffee und selbstgebackenen Kuchen und wir fuhren zurück nach Königsberg.



Zeugen deutscher Vergangenheit: Siedlungshäuser im Kreis Labiau Bild: Stramm

Der nächste Tag galt dann den Besuchen der Heimatorte per Taxi. Ich fuhr mit einer gebürtigen Popelkenerin in ihren Heimatort. Dort besuchten wir den Bauernhof mit Straußenfarm und wurden sehr nett bewirtet. Das Elternhaus meiner Begleiterin steht noch, wird so nach und nach renoviert. Die jetzigen Bewohner freuten sich über den jetzt inzwischen dritten Besuch. Sie erzählten, dass sie die ganzen Jahre vergeblich auf den Besuch der ehemaligen Bewohner gewartet und sich schon gewundert hatten, warum denn niemand zu ihnen kommt. Na ja, der lange Weg aus den USA ist die Ursache. Bei einer Rundfahrt durch den ehemaligen Kirchspiel-Ort wurde wieder schmerzlich klar, wie wenig von der ursprünglichen Bausubstanz geblieben ist. Obwohl auch hier Häuser instandgesetzt wurden, zum Beispiel das ehemalige Hotel Drückler. Heute haben sich dort viele Armenier niedergelassen, dazu auch ein armenischer Volksstamm, der sehr merkwürdige Sitten und Gebräuche pflegt. Wir beobachteten, wie einfach an der Straßenseite ein Rind geschlachtet wurde, ohne besondere Vorkehrungsmaßnahmen. Auf der anderen Straßenseite lagen die Gedärme, das Fell, die Hufe und so weiter auf zusammengescharrten Haufen zusammen und stanken vor sich hin. Wir erfuhren, dass sich die russische Bevölkerung ständig beschwert, jedoch ohne Erfolg. Trotz allem machten die Siedlungshäuschen aus deutscher Zeit, die unmittelbar neben den Prachtbauten der Armenier liegen, einen gepflegten Eindruck. Wir besuchten noch Pannaugen/Habichtswalde. Von den einst stattlichen Bauten dort sind nur noch drei Häuser vorhanden, zwei davon inzwischen gut renoviert, das dritte in einem passablen Zustand. Die kleinen Häuschen, die in russischer Zeit erbaut wurden, wirkten zumeist verwahrlost. In Mehlauken/Liebenfelde stellte ich fest, dass an der inzwischen ausgebrannten Kirchenruine der Verfall weiter voranschreitet.

Die Schule Löwenthal dagegen wurde mit neuen Fenstern versehen und wird als Wohnhaus genutzt. Bei einem Einkaufsbesuch im nahen Skaisgirren/Kreuzingen stelle ich fest, dass es viele neue kleine Läden und auch einen gut bestückten Supermarkt gibt.

Am fünften Reisetag Samland-Rundfahrt mit Stopp in Palmnikken. Auch hier sehen wir instandgesetzte Wohnhäuser und das Hotel Becker, das zur gehobenen Kategorie gehört. Leider hatte die private Bernsteinmanufaktur geschlossen und es sieht so aus, dass diese private Firma wohl nicht mehr besteht. Im sogenannten Bernsteinschloss kann man sich über die Bernsteinverarbeitung informieren und auch schöne Schmuckstücke erstehen. Rauschen, der für mich schönste Ort im nördlichen Ostpreußen, zeigt sich von seiner schönsten Seite. Sowohl vom Wetter als auch von dem Gesamtbild des Ortes. Wobei die Promenade im letzten Winter wieder Schaden genommen hat. Das Bernsteinangebot an den Ständen unten am Strand war nicht besonders, es nehmen immer mehr die Souvenirartikel überhand, für die sich Bernsteinliebhaber nicht im Geringsten interessieren. Auf dem Soldatenfriedhof Germau gedachten wir der Gefallenen des letzten Weltkriegs. (Fortsetzung folgt.)



SENSBURG

Kreisvertreterin (komm.): Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle „Sensburger Zimmer“, Stadtverwaltung Remscheid, KF Bettina Moyzyczyk, Kreuzbergstraße 15, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@ kreisgemeinschaftsensburg.de, www. kreisgemeinschaftsensburg.de

Kirchspieltreffen Peitschendorf und Aweiden

10. Kirchspieltreffen Peitschendorf und Aweyden Irene Piepenbrink berichtet: Am 20. April fand das 10. Treffen der Kirchspiele Peitschendorf und Aweyden statt, wie immer aufs beste durch den Peitschendorfer Kirchspielvertreter Adalbert Teuber vorbereitet. Wir trafen uns in der Gaststätte „Zum Türmchen“ in der Osterstraße in Gelsenkirchen. Nach der Begrüßung erinnerte Adalbert Teuber in seiner Rede an das Schicksal der Vertriebenen. Gemeinsam gedachten wir der Toten der letzten Kriege und der in den letzten zwei Jahren Verstorbenen aus unserer Gemeinschaft. Stellvertretend für alle wurden der ehemalige Kreisvertreter Siegbert Nadolny und Martin Kostka, der Betreuer der Homepage der Kreisgemeinschaft Sensburg, genannt. Teuber teilte mit, dass „seine“ Masurenfahrten zukünftig Klaus Schütz, der stellvertretende Peitschendorfer Kirchspielvertreter, leiten wird, zum ersten Mal 2014. Auch die Aweyder Kirchspielvertreterin Irene Piepenbrink begrüßte die Anwesenden und dankte Adalbert Teuber für seine Mühe bei der Organisation der gemeinsamen Treffen. Sie erinnerte an die Aweydener Volksschule, die in diesem Jahr hundert Jahre alt wird. Die Gedenkfeier zum hundertjährigen Bestehen dieser Schule wurde auf den 5. Oktober 2013 verschoben. Natürlich sind alle Interessierten zu der großen Feier herzlich eingeladen. Aus diesem Anlass sprach Irene Piepenbrink über „das Schulwesen in unserer Heimat Ostpreußen von den Anfängen bis 1945“, dabei insbesondere über die Aweyder Schule. Ferner erinnerte sie an die Wahlen zum Sensburger Kreistag, die im nächsten Jahr stattfinden. Im Heimatbrief 2013 werden die Wahlkarten wieder hinten im Heft zu finden sein. Irene Piepenbrink bat um Vorschläge von Kandidaten für die bevorstehende Wahl und vor allem um rege Wahlbeteiligung. Sie selbst werde sich nicht mehr als Kirchspielvertreterin für Aweyden zur Wahl stellen. Für die Aufmunterung der Teilnehmer des Treffens sorgte der Chor „Pur Klang“ mit einem Potpourri vertrauter Lieder. Das Ostpreußenlied durfte natürlich nicht fehlen. Es gab viel zu erzählen, dennoch blieben bei diesem gelungenen Treffen viele Fragen offen.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: info@ tilsit-stadt.de.

Senteiner Schule

Zu ihrem 13. Schultreffen kamen die Schüler der ehemaligen Schule Tilsit-Senteinen im Ostheim in Bad Pyrmont zusammen. Schulsprecher Dr. Eitel Hölzler konnte 21 Teilnehmer willkommen heißen. Das Programm war sehr interessant und die vier schönen Maientage vergingen wie im Fluge. Zum Themenkreis gehörte auch das Gedenken an den in Tilsit geborenen Freiheitsdichter Max von Schenkendorf. Die in der *PAZ* vom 6. Oktober 2012 veröffentliche Mitteilung, dass bei dem Schenkendorf-Denkmal in Koblenz der Kopf durch Vandalismus abhanden gekommen sei, löste große Bestürzung aus. In einem Schreiben an das Presseamt der Stadt Koblenz baten die Teilnehmer des Treffens, Abhilfe zu schaffen und erklärten sich bereit, zur Wiederherstellung einen Obolus beizusteuern. Auch die anderen Tilsiter Schulgemeinschaften sind aufgerufen, dem Beispiel zu folgen.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Laudatio

Goldenes Ehrenzeichen für Irene Rommeis

Irene Rommeis wurde am 22. November 1932 im Memelland geboren und verbrachte eine glückliche Kindheit in Eistrawischken im Kreis Pogegen, wo ihre Eltern eine Landwirtschaft betrieben.

Mit 12 Jahren musste sie die Heimat verlassen. Mitte Februar 1945 überquerte ihre Familie drei Tage und zwei Nächte lang bei eisiger Kälte und Schnee neben dem Pferdefuhrwerk das Frische Haff. In Pommern wurden sie von der Front überrollt, bis 1947 von den Polen interniert und zur Zwangsarbeit herangezogen. Der Vater ist in dieser entbehrungsreichen Zeit verstorben. In Thüringen lernte Irene Rommeis den Beruf der Wirtschaftskauffrau, während die Folklore zunächst ihr Hobby blieb. Schließlich übernahm sie die Leitung eines Kulturhauses und setzte ihre Ideen mit großem Elan und Engagement durch.

Irene Rommeis hängt mit Leib und Seele an ihrer Geburtsheimat, dem Memelland. Als Leiterin der Folkloregruppe Wandersleben reiht sie sich mit preußischem Elan sehr zielstrebig in die Vertriebenen-Arbeit im Land Thüringen ein. Der Übergang zur Kulturarbeit fiel ihr als ehemalige Buchhalterin nicht schwer, war diese doch von Jugend an schon immer ihr Metier. Ihr Anliegen ist es, Tradition und Brauchtum der Heimat neu zu entdecken und auf der Bühne durch Geschichten, Lyrik, Lied und Tanz umzusetzen. Die Choreografie liegt in ihren Händen, nie ist sie stiller Beobachter, sondern stets Mitwirkende in der Gruppe. Mit Sachkenntnis und Stolz lässt Irene Rommeis bei Veranstaltungen die ostpreußische Geschichte Revue passieren, die ihr Leben geprägt und geformt hat, seien es die Salzburger, die Holländer oder die Fischerfrauen der Nehrung. Mit Liedern und Tänzen, voll Freude und Fröhlichkeit, aber auch mit Humor, wie es in der Heimat Ostpreußen üblich ist, weckt Irene Rommeis Erinnerungen und bewahrt die ostpreußische Lebensart. Ihr zur Seite steht Ehemann Werner Rommeis, ein gebürtiger Thüringer.

Mit Leib und Seele heimatverbunden

Die Tracht der Gruppe Wandersleben ist einfach, eine Kombination aus Ostpreußen und Thüringen, selbstgeschneidert, ebenso die Festkleidung der Barockzeit, die gebraucht wurde, um die großen Ideen Kants mit der völkerverbindenden Musik Händels zu kombinieren.

Großen Applaus erhielt die Gruppe bei den Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Leipzig 2000 und 2002, Berlin 2005 und 2008, und Erfurt 2011 sowie beim Tag der Heimat in Berlin. Daraufhin wurde das Ensemble von Landsleuten in viele Städte gerufen. Die sorgsam geführte Chronik erzählt von drei Auftritten auf den Bühnen Hamburgs. Ebenso viele waren es bei den Ostpreußentreffen in Mecklenburg-Vorpommern, in Magdeburg und Altenburg. Zum Repertoire der Folkloregruppe gehört auch die Kultur aller Vertreibungsgebiete und Thüringens und die jeweilige Geschichte.

Heute gestalten drei Generationen, Großeltern, Eltern und Enkel die Programme der insgesamt dreißigköpfigen Gruppe. Irene Rommeis verstand es, auch russlanddeutsche Aussiedler in diese Arbeit einzubeziehen.

Für ihr umfangreiches Engagement hat die Landsmannschaft Ostpreußen Irene Rommeis im Jahre 2003 mit ihrem Silbernen Ehrenzeichen ausgezeichnet.

In Würdigung ihrer außergewöhnlichen Leistungen und ihres vielfältigen Einsatzes für Ostpreußen verleiht die Landsmannschaft Ostpreußen Frau Irene Rommeis das Goldene Ehrenzeichen. *LO*

Pläne zur Stiftung reifen

Professor Kittel in Ellingen: Dokumentationszentrum in Berlin soll 2016 fertiggestellt sein

Im Jahr 2008 wurde vom Deutschen Bundestag die Errichtung der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung" beschlossen. Der Direktor der Einrichtung, Manfred Kittel, stellte den aktuellen Planungsstand der Einrichtung im Rahmen der Ausstellung „Angekommen" im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen vor.

„Es ist eine Herkulesaufgabe, das neue Dokumentationszentrum in Berlin aufzubauen", sagte Kittel bei seinem Vortrag im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen, in dem er an die 14 Millionen vertriebenen Deutschen und an die entsprechenden Gebietsverluste erinnerte.

Urkatastrophe Erster Weltkrieg

Die Koordination aller Organisationen, die an Flucht und Vertreibung erinnern, müsse nach Kittels Worten auf eine Form des Gedenkens auf bundesstaatlicher Ebene gebracht werden. Vielen Deutschen sei heute noch nicht bewusst, dass mit der Vertreibung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges auch ein Großteil von acht Jahrhunderten deutscher Geschichte in diesen Regionen ausgelöscht wurde.

Der Deutsche Bundestag beschloss im Dezember 2008 das Gesetz zur Errichtung einer Stiftung. In der Politik war vor allem durch die Hauptinitiatoren Erika Steinbach (CDU) und Peter Glotz (SPD) eine breite Akzeptanz vorhanden, erläuterte Kittel. Im Gesetz wurde die Errichtung der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung" als unselbstständige Stiftung innerhalb der Stiftung Deutsches Historisches Museum festgelegt. Mit einem namhaften wissenschaftlichen Beraterkreis soll die „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung" eine stimmige, historisch korrekte Form der Geschichtsdarstellung erarbeiten. Dazu sind folgende Inhalte vorgesehen: Errichtung, Unterhaltung und Weiterentwicklung einer Dauerausstellung zu Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert, Erarbeitung von Einzelausstellungen, Vermittlung von Forschungsergebnissen und wissenschaftlichen Erkenntnissen, Sammlung, Dokumentation und wissenschaftliche Auswertung einschlägiger Unterlagen und Materialien und die Zusammenarbeit mit deutschen und internationalen Museen und Forschungseinrichtungen. 2012 wurden zudem die Leitlinien für die Dauerausstellung festgelegt.



Stellte die Planung der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung" in Ellingen vor: Politikwissenschaftler Manfred Kittel Bild: mef

Nach den Worten des Politikwissenschaftlers beginnt die zu behandelnde Thematik schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts: Den Ersten Weltkrieg bezeichnete er als „Urkatastrophe", der Vertreibungen in der Türken und Jugoslawien folgten. Bereits 1923 war mit dem Vertrag von Lausanne ein „Bevölkerungsaustausch" in der Türkei legalisiert worden, den später Winston Churchill als Vorbild nahm, um vertraglich den ostelbischen Adel zu entmachten, der nach seiner Ansicht am Aufstieg der Nationalsozialisten großen Anteil hatte.

Der zukünftige Standort der Dauerausstellung wird das Deutschlandhaus in Berlin sein, das derzeit nach einem Plan des österreichischen Architektenbüros Marte saniert wird. In dem denkmalgeschützten ehemaligen Lichtspielhaus stehen für die Dauerausstellung etwa 1700 Quadratmeter und für die Wechselausstellungen etwa 500 Quadratmeter zur Verfügung. Über den Zeitplan der Fertigstellung wollte sich Kittel nicht im Detail festlegen, da es sich nach seiner Erfahrung bei der Renovierung des Gebäudes um einen hochkomplexen Vorgang handelt. Er könne sich aber das Jahr 2016 für einen Einzug der Sammlungen und der heute über 20000 Werke umfassenden Bibliothek vorstellen.

Zum Vortrag im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen konnte Direktor Wolfgang Freyberg zahlreiche Vertreter der Vertriebenenverbände wie den stellvertretenden Landesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien, Peter Stanek, den Kreisverbandsvorsitzenden des Bundes der Vertriebenen, Herbert Müller, und die Kreisvorsitzende der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Heidi Bauer, aus Ansbach begrüßen. Für den Bezirk war der Stellvertreter des Bezirkstagspräsidenten, Alexander Küßwetter, und für den Förderverein Kulturzentrum Ostpreußen der stellvertretende orsitzender Jörg Archinger anwesend, ein Grußwort sprach ferner die Vertriebenenpolitische Sprecherin der bayerischen SPD-Landtagsfraktion, Christa Naaß. *mef*

Kurzhalsgiraffe · abwertend für Zugpferd · nörgeln, kleinlich tadeln · Matrose · Vorname der Garbo · Eigentum beschlagnahmen · Eingang; Vorspeise (franz.) · landwirtschaftliches Gerät · Früchte einbringen · Ehrlichkeit · Fingerschmuck · griechische Siegesgöttin · englisch: König · gerade dort, genau dort
Waren-, Bücherverzeichnis · Radkranz · gefühlskalt
Körperteil; ugs.: Stimme · Schaubild, Illustration · Schilf, Röhricht · aus tiefstem Herzen
Kleidungsstück · Backenbart (Mehrzahl) · Tatkraft, Spannkraft
großer Greifvogel · oberer Raumabschluss · Romanfigur Defoes (Robinson) · Meeresalgenpflanze · Industriebetrieb · feiner Spott
Insekt mit Stachel · Europ. Fußballverband (Abk.) · tibetanischer Mönch, Priester · Stadt im westl. Ruhrgebiet · Trinkgefäß · Gegner
Binnenstaat in Ostafrika · Wasserstraße, Belt, Sund · Teil des Mittelmeeres
Abkürzung für Rechtsanwalt · zerlegen, zertrennen · Ratsherrin · Fehllos bei der Lotterie · artig, brav · ein Marder · türkische Großstadt
Begriff aus Jazz und Popmusik · Altersruhegeld · Abkürzung für außer Dienst · Steigen und Fallen des Wassers · Hunnenkönig
Opfertisch · eine der Musen · Heiligenerzählung · verlassen; langweilig · Werk von Homer
Schiffszubehör · Gruppe von acht Solisten (Musik)
Gaststätte, Café · Zeitungsanzeige, Annonce · Knoten im Textilgewebe · Stockwerk · Mahlzeit; Nahrung · reichlich Rahm enthaltend
nicht genug Raum lassen · Stoffmuster
englische Prinzessin · Sorte, Gattung · Ansammlung kleiner runder Steine · dt. Mittelgebirge (Schwäbische …)
im Jahre (lateinisch) · grob gemahlene Getreidekörner · sportlicher Wettkämpfer · Haushaltsplan · Vorführung
Großkatze, Jagdleopard · Teigware · außerordentlich · Baldriangewächs · Zuckerrübensaft
Ballsportart · kleine Metallschlinge
aus einer Gefahr befreien · englischer Artikel · Kfz-Zeichen Australien · früherer Lanzenreiter · Aufgeld
Spazierfahrt, Ausflug · Ansage auf Kontra (Skat)
Staat im Baltikum · junger Seehund · Kreishalbmesser
immer, zu jeder Zeit · Schafjunges · Zitterpappel

PAZ13_23

So ist's richtig:

Schüttelrätsel: J A / WIEDERGABE / DATUM URI / EN RUEGEN / DESPOT EIS

Mittelworträtsel: 1. Kammer, 2. Kartoffel, 3. Schnee, 4. Leiter, 5. Schalter, 6. Finger, 7. Schneider – Montage

Magisch: 1. Palette, 2. delikat, 3. Stramin

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

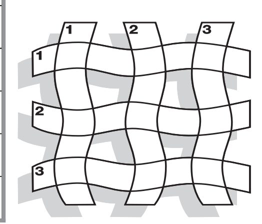
ABDEE EGIRW	DEEI		AEJNS	EORU		AMRTU	AEGU	BEIR	EINS
ADMTU						IRU			
DEOP ST			EEGN RU						
						EIS			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein anderes Wort für Auf-, Zusammenbau.

1	SPEISE		JAEGER
2	SALZ		SALAT
3	PULVER		MANN
4	TRITT		WAGEN
5	LICHT		HALLE
6	MITTEL		HUT
7	GLAS		SITZ

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Farbenmischbrett
2 wohlschmeckend
3 Gittergewebe für Kreuzstickerei

Sommerfreizeit in Bad Pyrmont

Vom 1. bis 15. Juli bietet das Ostheim wieder die Sommer-freizeit für Senioren an. Freizeiten im Ostheim, das sind abwechslungsreiche und erholsame Urlaubstage in Bad Pyrmont. Die Angebote reichen vom morgendlichen Singen, über Seniorengymnastik, Dia- und Videoabenden, Lesungen aus Werken ostpreußischer Dichter und Schriftsteller, Spaziergängen, Museumsbesuchen bis zur heimatlichen Speisekarte am Mittag und Abend. Der 2005 als „Schönster Kurpark Deutschlands“ ausgezeichnete Kurpark lädt zu Kurkonzerten, einem Bummel durch den größten Palmengarten nördlich der Alpen oder zum Ausprobieren des Wassertretbeckens und des Barfuß-Pfades ein. In der Hufeland-Therme können Sie die Meersalzgrotte genießen, in verschiedenen Saunen schwitzen oder das Wasser in verschiedenen Formen auf den Körper wirken lassen, auch ambulantes Kuren ist möglich. Bad Pyrmont selbst lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés und Kulturangeboten zum Bummeln und Genießen ein. Die Stadt Bad Pyrmont und das Staatsbad bieten in dieser Zeit folgende Kulturangebote an: 6. Juli Weltklassik am Klavier mit Marc Toth, 5. bis 7. Juli Historischer Fürstentreff, ab 13. Juli beginnen wieder die Vorstellungen der Pyrmonter Theater Companie auf der Schlossinsel, die in diesem Jahr das Stück „Gänsehaut“, eine Kriminalrevue, zeigt, und vom 12. bis 14. Juli findet das Oldtimer Treffen der 20. ADAC-Niedersachsen-Classics im Kurpark statt. Am letzten Abend feiern wir gemeinsam Abschied, bei dem jeder nach seinen Möglichkeiten besinnliche und lustige Beiträge beisteuern kann. Sie sind in einer Gemeinschaft mit ostpreußischen und ostdeutschen Landsleuten, in einer großen Familie.

Diese 14-tägige Freizeit kostet im Einzelzimmer 658 Euro und im Doppelzimmer pro Person 567 Euro. Die Inklusivpreise beinhalten Vollpension und die Gästebetreuung. Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben. Anfragen und Anmeldungen (Anmeldeschluss ist der 17. Juni), diese bitte nur schriftlich, richten Sie an:

Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 9361-0, Fax: (05281) 9361-11, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

Frühlingsausklang in Ostpreußen

Kurz vor Beginn des Sommers zeigt sich das Wetter noch einmal von seiner schönen Seite

Lange ließ in diesm Jahr der Frühling auf sich warten. Doch nun, rechtzeitig zur schönsten Reisezeit, lockt das Wetter Besucher mit viel Sonnenschein, den typischen tiefhängenden Wolkenbildern bei seltenen Regenschauern und angenehmen Temperaturen. Im einzelnen sieht die Vorhersage so aus:



Nun sprudeln sie wieder: Fontänen in Königsberg Bild: MRK

Allenstein: Sonnabend, 8. Juni, 10 bis 21 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Regenwahrscheinlichkeit 15 Prozent. Sonntag, 9. Juni, 9 bis 20 Grad Celsius, Sonne, Wolken und Regenschauer, Regenwahrscheinlichkeit 40 Prozent. Montag, 10. Juni, 7 bis 23 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Regenwahrscheinlichkeit 30 Prozent. Dienstag, 11. Juni, 11 bis 23 Grad Celsius, Wolken mit Sonne, Regenwahrscheinlichkeit 35 Prozent. Mittwoch, 12. Juni, 12 bis 23 Grad Celsius, Wolken mit Sonne, Regenwahrscheinlichkeit 35 Prozent. Donnerstag, 13. Juni, 12 bis 23 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Regenwahrscheinlichkeit 30 Prozent. Freitag, 14. Juni, 14 bis 25 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Regenwahrscheinlichkeit 25 Prozent.

Braunsberg: Sonnabend, 8. Juni, 11 bis 18 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Regenwahrscheinlichkeit 15 Prozent. Sonntag, 9. Juni, 10 bis 16 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Regenwahrscheinlichkeit 20 Prozent. Montag, 10. Juni, 10 bis 20 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Regenwahrscheinlichkeit 20 Prozent. Dienstag, 11. Juni, 11 bis 21 Grad Celsius, Wolken mit Sonne, Regenwahrscheinlichkeit 25 Prozent. Mittwoch, 12. Juni, 12 bis 21 Grad Celsius, Wolken mit Sonne, Regenwahrscheinlichkeit 20 Prozent. Donnerstag, 13. Juni, 12 bis 21 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Regenwahrscheinlichkeit 25 Prozent. Freitag, 14. Juni, 14 bis 21 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Regenwahrscheinlichkeit 20 Prozent.

Königsberg Sonnabend, 8. Juni, 12 bis 19 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Regenwahrscheinlichkeit 5 Prozent. Sonntag, 9. Juni, 10 bis 17 Grad Celsius, Wolken mit Sonne, Regenwahrscheinlichkeit 5 Prozent. Montag, 10. Juni, 9 bis 20 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Regenwahrscheinlichkeit 20 Prozent. Dienstag, 11. Juni, 12 bis 23 Grad Celsius, Wolken mit Sonne, Regenwahrscheinlichkeit 25 Prozent. Mittwoch, 12. Juni, 11 bis 23 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Regenwahrscheinlichkeit 25 Prozent. Donnerstag, 13. Juni, 11 bis 24 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Regenwahrscheinlichkeit 20 Prozent. Freitag, 14. Juni, 13 bis 25 Grad Celsius, Sonne, wolkenlos, Regenwahrscheinlichkeit 20 Prozent.

Memel: Sonnabend, 8. Juni, 11 bis 17 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Regenwahrscheinlichkeit 10 Prozent. Sonntag, 9. Juni, 10 bis 15 Grad Celsius, Wolken mit Sonne, Regenwahrscheinlichkeit 10 Prozent. Montag, 10. Juni, 10 bis 19 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Regenwahrscheinlichkeit 15 Prozent. Dienstag, 11. Juni, 13 bis 22 Grad Celsius, Wolken mit Sonne, Regenwahrscheinlichkeit 15 Prozent. Mittwoch, 12. Juni, 11 bis 22 Grad Celsius, Wolken mit Sonne, Regenwahrscheinlichkeit 20 Prozent. Donnerstag, 13. Juni, 11 bis 22 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Regenwahrscheinlichkeit 10 Prozent. Freitag, 14. Juni, 13 bis 22 Grad Celsius, Sonne, wolkenlos, Regenwahrscheinlichkeit 25 Prozent. *PAZ*

OMV ruft deutsche Volksgruppe in Polen zur Teilnahme an der Bundestagswahl 2013 auf

Die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung (OMV) der CDU Nordrhein-Westfalen sieht durch die Neuregelung des Wahlrechts für Auslandsdeutsche die deutsche Volksgruppe in der Republik Polen als wahlberechtigt an. OMV-Landesvorsitzender Michael Weigand hält daher bereits eine Teilnahme an der Bundestagswahl am 22. September für wünschenswert.

Nach der durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes nötig gewordenen Neufassung des Bundeswahlgesetzes sind auch Auslandsdeutsche, die nie einen Wohnsitz in der Bundesrepublik hatten, wahlberechtigt. Voraussetzung ist, dass sie „aus anderen Gründen persönlich und unmittelbar Vertrautheit mit den politischen Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland erworben haben und von ihnen betroffen sind“, wie der Bundeswahlleiter mitteilt. Hierzu stellt Michael Weigand fest: „Die Deutschen in dem ehemaligen Ostgebieten werden ausdrück-lich durch Artikel 116 des Grundgesetzes angesprochen und sind somit bereits in der Verfassung berücksichtigt.“ Ihre Verankerung mit der Gesellschaft der Bundesrepublik ergebe sich zudem aus der Tatsache, dass ein beachtlicher Anteil der bundesrepublikanischen Bevölkerung nicht nur aus den Regionen stamme, in denen diese Auslandsdeutschen heute noch leben, sondern auch die gleiche Geschichte und regionale Kultur mit ihnen teile. „Wenn die vertriebenen Schlesier, Pommern und Ostpreußen Bestandteil der Bundesrepublik sind – und das sind sie unbestritten – mit welcher Berechtigung sollen wir ihren heimatverbliebenen Landsleuten dieses Recht verwehren?“, so Weigand. Insbesondere wer sich in Organisationen der deutschen Volksgruppe, in einer Landsmannschaft oder in einer mit ihr kooperierenden Vereinigung engagiere, zeige damit seinen Bezug zu den historischen Ostgebieten und sei somit als Bestandteil des Staatsvolkes anzusehen.

Formelle Voraussetzung zur Ausübung des Wahlrechts ist ein Eintrag in die Wahlliste, der durch Versenden eines Antragsformulars an den Bundeswahlleiter erzielt werden kann. Weitere Informationen sind beim Bundeswahlleiter und bei den Konsulaten der Bundesrepublik erhältlich. Hier muss am 22. September auch die Wahlstimme abgegeben werden.

Weitere Informationen sind erhältlich unter:

http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_13/auslandsdeutsche/index.html
http://www.oppeln.diplo.de/__Zentrale_20Komponenten/Themenpakete/Bundestagswahl-2013/Ganze-Seiten/de/Bundestagswahl-2013-Info-de.html?site=248393
Nachfragen bei Michael Weigand, Vorsitzender unter Telefon (02161) 30 45 704 oder Arno Barth, Landesgeschäftsführer unter Telefon (0211) 136 00 92.

50 Jahre Gerhart-Hauptmann-Haus

Am 22. Juni 1963 war es soweit: Das Haus des deutschen Ostens in Düsseldorf öffnete erstmals seine Pforten für Besucher. Anlässlich des Jubiläums findet am 21./22. Juni ein Festprogramm statt:

Freitag, 21. Juni, 18 Uhr, Ökumenischer Gottesdienst, Johanneskirche, Martin-Luther-Platz 39.

Sonnabend, 22. Juni, 16 Uhr: Festakt. 50 Jahre Haus des deutschen Ostens/Gerhart-Hauptmann-Haus. Anmeldung erforderlich. *PAZ*

Adresse: Bismarckstraße 90, 40210 Düsseldorf, Telefon (0211) 1699111.

Wo ist Shir Khan?

In neuen Schutzzonen sollte sich die Tiger-Population erholen – Doch Wilderer und Urbanisierung sorgen für das Gegenteil

Im Oscar-gekrönten Kinoerfolg „Life of Pi" gehen Mensch und Tiger als Schiffbrüchige eine märchenhafte Allianz ein um zu überleben. Im wahren Leben kämpfen nur die Tiere ums Überleben. Bei einem Krisengipfel in Russland versprachen 13 Tigerländer vor zwei Jahren, große Schutzzonen einzurichten. Trotzdem nimmt der Bestand weiter ab, wie ein Blick nach Indien zeigt.

Zu Fuß zum Dschungelkönig? Durch Wald, Elefantengras und sumpfige Seelandschaft auf der Spur des Tigers? In einem abgelegenen Winkel Südindiens in der Bergkette der Western Ghats macht sich zweimal die Woche ein Trupp Ex-Wilderer auf den „Thekkady Tiger Trail", im Schlepptau eine Handvoll Wildlife-Touristen. Das Hinterland des Periyar-Stausees, aus dem geisterhaft tote Bäume ragen, ist Tigerland. 53 der Großkatzen streifen hier umher, wie die letzte Zählung ergab.

Indien hat 27 Tigerreservate. 1909 Bengaltiger streifen durch das Land, jeder dritte außerhalb der Reservate. Indien ist die letzte Tiger-Hochburg. Auf dem Subkontinent könnte sich das Überleben der Art entscheiden.

Indien ist Heimat für rund die Hälfte aller Tiger in freier Wildbahn. Die Tigerschutzgebiete in den Western Ghats und die am Fuße des Himalayas lassen der Art ausreichend Raum und ermöglichen genetischen Austausch, solange die Reservate durch Korridore verbunden sind. Anderswo, vor allem in Südostasien, gibt es nur noch ein Sammelsurium versprengter Kleinstbestände in viel zu kleinen Reservaten, Inseln schwindender Mini-Populationen, die auf Dauer kaum lebensfähig sind.

Um 1900 streiften noch rund 100000 Tiger durch Asien. Anfang der 1980er Jahre waren es noch 8000 Tiere. Heute sind es nach Schätzungen der Naturschutzorganisation World Wide Fund for Nature (WWF) noch 3200, andere gehen von 4000 Tieren aus. „Der Niedergang hält an und könnte unumkehrbar sein", schreibt die Weltnaturschutzunion (IUCN). Keine einzige Subpopulation – der Bestand in einer bestimmten Region – mache mehr als 250 Tiere im Fortpflanzungsstadium aus.

Für den Tiger steht es fünf vor zwölf. Wilderei, Siedlungsdruck, Abholzung setzen ihm dramatisch zu. Ohne eine radikale Verteidigung seiner Reservate gegen den Menschen, ohne hartes Durchgreifen gegen Wilderer und ihre Händlermafia droht dem Tier in freier Wildbahn der Garaus.

Auch in Indien sieht es nicht gut aus. Die ersten Tigerreservate wurden schon tigerfrei geschossen. Der Zählappell 2010 strafte so manche für den Tourismus geschönten Bestandszahlen Lügen. Im Schutzgebiet Sariska, 110 Kilometer von Dehli entfernt, wurden alle Tiger getötet. Gleiches Bild im nahen Panna-Nationalpark. Die Kamerafallen, mit denen Forscher in der Wildnis Tierbestände fotografisch ermitteln, lügen nicht. Nur ganz selten tappt eine der Großkatzen in die Fotofalle.

> Um 1900 streiften noch 100000 Tiger durch Asien

Wie weit sich der Tiger zurückgezogen hat, zeigt eine aktuelle Feldstudie. Biologen entdeckten, dass Tiger in Nepal den Großteil geeigneter Lebensräume wegen geringerer Beutetierdichte gar nicht besiedeln. Nur auf 5049 von 13915 Quadratkilometern in der Terai-Tiefebene waren die Großkatzen präsent. Zuvor waren Zoologen von einer doppelt so weiten Verbreitung ausgegangen. Das Terai-Gebiet gilt als eines der Herzstücke für das langfristige Überleben des Bengaltigers.

Wo der Tisch nur karg gedeckt ist, da ist kein Tiger. „Die Tigerdichte korreliert direkt mit der Dichte an Beutetieren", schreiben die Forscher im „Journal of Zoology". Zu der geringen Beutetierdichte trägt vor allem die Wilderei bei, hauptsächlich außerhalb der Schutzgebiete. Shannon M. Barber-Meyer, US-Wildbiologin und Autorin der Studie, sieht den Befund nicht nur negativ: „Es bleibt viel geeigneter Lebensraum für Tiger in Nepal – wenn wir uns anstrengen, die Kernpopulationen der Tiger und die Korridore zwischen den Lebensräumen zu schützen."



Einer der letzten seiner Art: In freier Wildbahn leben weltweit nur noch 3200 Tiger. Anders als die meisten anderen Katzenarten lieben sie Wasser und brauchen viel feuchten, unberührten Lebensraum Bild: action press

Für die Dschungelcamper in Indiens Periyar Nationalpark geht es drei Tage quer durch die Wildnis mit Trägern, Koch und Fährtenleser in olivgrünen Tarnanzügen, vorneweg ein Guide der Forstverwaltung mit Gewehr im Anschlag. Im Morgengrauen der dritten Nacht reißt ein langgezogenes „Auuuun" alle aus dem Schlaf. Der Tiger ist da. Den Dezibel nach könnte er vor dem Zelt stehen. Guide Tanghan läuft aufgeregt ins Camp. Er hat den Tiger gesehen, als er im Schlafanzug zum Waschen an einen nahen Tümpel ging.

Voriges Jahrhundert waren es zuerst weiße Großwildjäger, die die Tiger dezimierten. Dann ließ vor allem die Abholzung der Wälder und die Urbanisierung die Bestände weiter einbrechen. Seit den 1990er Jahren ist die Wilderei, befeuert durch den Handel mit Tigerknochen, die Hauptursache für das Tigersterben. Vor allem in China blüht die Quacksalberei. Tigerprodukte – von Knochen und Kralle bis zum Tigerpenis – gelten dort als Allheilmittel, obwohl eine medizinische Wirkung nie erwiesen wurde.

Guide Tanghan drängt zum Aufbruch, vielleicht können wir den Tiger noch sehen. Durch Grasland geht es zum Waldrand, wo der Tigerexperte die Katze zuletzt gesehen hat. „Ein Tigerweibchen mit Jungen", sagt er. Doch der Dschungel hat die Tigerin direkt wieder verschluckt. „Wir gehen lieber nicht weiter, im Wald ist es zu unübersichtlich und zu gefährlich", sagt unser Guide. Er hat seinen fünften Tiger gesehen. Wir haben Shir Khan, den König des Dschungels, nur gehört.

In 13 Ländern streifen Tiger noch frei herum. Vor allem in Indochina und auf Sumatra sind die Bestände zuletzt weiter eingebrochen. Vielerorts sind es so wenige Tiger, dass es für eine fortpflanzungsfähige Population nicht mehr reicht. Vor allem außerhalb der Schutzgebiete meldet sich der Tiger ab.

Dabei könnte das Vorkommen größer sein. Der WWF hat errechnet, dass asienweit 1,1 Millionen Quadratkilometer Land als Tigerhabitat prinzipiell geeignet sind. Bei zwei Tigern auf 100 Quadratkilometer würde das für 22000 Tiger langen.

„Pro Wildlife" verlangt, dass die Tiger-Staaten „noch mehr Schutzgebiete ausweisen und die Wildhüter im Kampf gegen Wilderei besser ausstatten". China müsse gegen den Verkauf von Tigerprodukten strikt vorgehen, auch gegen Produkte aus Tigerfarmen. Diese Geschäfte, so Sprecherin Sandra Altherr, heizten die Nachfrage nach Tigerprodukten und damit die Wilderei an. „Das deutsche Umweltministerium könnte China auffordern, den Handel mit Tigerprodukten innerhalb Chinas konsequent zu beenden", sagt die Biologin.

Wunderheilung durch Tiger-Produkte?

Und so gibt es auch hoffnungsvolle Signale. Beispiel Nepal: Dort dehnten die Naturschutzbehörden nach dem Ende des maoistischen Guerillakriegs wieder Patrouillen aus, schufen neue Beobachtungsposten, etablierten ein Weidemanagement mit Rotation und legten in Korridoren Wasserlöcher an. Erste Erfolge kamen rasch. Ein Monitoring des WWF in Nepals Bardia Nationalpark zeigte eine Verdoppelung der Tigerbestände binnen drei Jahren. Und: Allein 2011 wurden in Nepal mehr als 300 Wilderer und illegale Händler dingfest gemacht.

In Indiens Bundesstaat Maharashtra hat man den Wildererbanden voriges Jahr derweil eine sehr klare Ansage gemacht: Wildhüter, die in Schutzgebieten mutmaßliche Wilderer töten, werden nicht mehr bestraft. *Kai Althoetmar*

Auf dem Rücken der Tiere

Dressur auf russische Art – Trickreiter der Kreml-Reitschule begeistern Publikum mit akrobatischer Pferdeshow

Diese atemberaubende Truppe will ich haben, dachte sich Ulrich Kasselmann. Der Impresario, dessen Name für internationalen Dressursport auf höchstem Niveau steht, hatte das Show-Team der Kreml-Reitschule beim Thronjubiläum der Queen letztes Jahr in Windsor gesehen. Danach stand sein Entschluss fest, Russlands Pferdeakrobaten mit Hilfe des in Deutschland lebenden Reiters und Landsmanns Vladimir Beletskij zu seinem Reitturnier Horses & Dreams nach Hagen am Teutoburger Wald zu holen.

Sie liegen auf, an und unter ihren Pferden, kriechen unter Hals und Bauch des Vierbeiners hindurch, springen auf ihn und wieder runter, bilden Pyramiden auf dessen Rücken und absolvieren ganze Dressurquadrillen stehend im Sattel. Das alles vorzugsweise auf galoppierenden Pferden bei bis zu 40 Stundenkilometern. Nur im Sattel sitzend, sieht man sie kaum. Kann man bei diesen Akrobaten überhaupt noch von Reitern sprechen? Sie selber nennen ihre Show Trickreiten und sich demzufolge Trickreiter.

Eigentlich aber handelt es sich um „dzhigitovka", die Beherrschung der russischen Kavallerie-Kampfkunst mit dem traditionellen Kosaken-Säbel auf dem Pferderücken und auf der Erde in Kombination mit Geschick, Mut, Courage und absoluter Kontrolle über das Pferd. Dafür arbeitet jeder Trickreiter täglich 2,5 Stunden mit dem Pferd und absolviert zusätzlich 1,5 Stunden persönliches Training. Dazu gehören Akrobatik, Gymnastik und das Üben im Umgang mit dem Kosaken-Säbel.



Voltagieren auf Russisch: Vorm Kreml präsentieren die Kosaken eine Pyramide auf ihren vierbeinigen Turngeräten Bild: The Kremlin Equestrian Riding

Das Säbelrasseln entfiel in Hagen. Denn die Show für Horses & Dreams war speziell für das Gastland vorbereitet worden mit „Tanzeinlagen und extra vielen riskanten Elementen wie der Pyramide", so Sprecher Andrey Pevitsyn. Erstere vollzogen sich unter anderem vor einem auf dem Hinterteil sitzenden Pferd, das dem Kosakentanz seines Reiters unbeweglich zuschaute. Letztere beeindruckte mit drei Pferden und sechs Reitern, die unteren drei sitzend, die anderen auf deren Schultern stehend, die mit den Händen die Flaggen von Deutschland und Russland hielten – natürlich in voller Fahrt.

Wen sollte man dabei also mehr bewundern? Die Pferde, die wie auf Knopfdruck im Renngalopp abgehen und genauso schnell wieder ruhig stehen bleiben? Oder die in absoluter Körperbeherrschung agierenden Reiter-Akrobaten? Dass bei insgesamt fünf Shows in vier Tagen sich dann doch einmal ein Reiter in der Hektik der rasanten Abfolge der Übungen von seinem Pferd trennte und dieses die Freiheit einige Minuten auskostete, ist fast tröstlich bei der beeindruckenden Präzisionsarbeit, welche Mensch und Tier hier an den Tag legten.

Das Trickreiten ist die reiterliche Krone der Kremlin Equestrian Riding School (KERS), die im Jahr 2006 in Zusammenarbeit mit dem Moskauer Kreml Kommandant-Service des Sicherheitsdienstes der Russischen Föderation und der Uralsib-Bank zur Wiederbelebung der Reitkunst gegründet wurde. Seit dem ersten Tag an steht sie unter dem Motto: „Die Kultur und Tradition der Reitkunst für den Menschen zu nutzen."

Das Aushängeschild sind die Showreiter, welche sich der Traditionspflege der Kosakenreiterei verschrieben haben und ihr Können im eigenen Land vorzugsweise auf Militärparaden den staunenden Zuschauern präsentieren. Die eigentliche Zielgruppe der Reitschule aber sind die Kinder. „Zur Förderung eines gesunden Lebensstils und zur Bildung der Jugend durch die Arbeit mit dem Pferd", wie Andrey Pevitsyn erläuterte.

Rund 400 Schüler hat die Institution, rund 70 Prozent, also etwa 350 von ihnen, sind Jugendliche, die auf diese Weise an den Reitsport herangeführt werden. Dem entspricht der Pferdebestand: 16 Pferde stehen fürs Trickreiten zur Verfügung, 50 für den restlichen Schulbetrieb, davon sind 25 Ponys. Dabei geht es auch um Dressur und Springen, wozu neben den russisch gezogenen Tieren auch schon einmal ein Pferd einer anderen europäischen Rasse importiert wird.

Edle Budjonny-Pferde im Show-Einsatz

In Moskau arbeiten 118 Personen für die Kreml-Reitschule. Das 27-köpfige Team in Hagen bestand aus 13 Reitern und Reiterinnen, Tierärzten, Pflegern, Managern und Fahrern. Fünf Tage dauerte die Fahrt von Moskau nach Hagen, welche nicht nur die Menschen, sondern auch die zwölf Pferde bei bester Gesundheit überstanden. Kein Wunder, sind die vierbeinigen Show-Stars doch ausschließlich Vertreter der russischen Rassen Don und Budjonny, deren Vorfahren schon seit Tausenden von Jahren in der russischen Steppe lebten und deren harte Konstitution sich bis heute erhalten hat. Als traditionelles Reittier der Donkosaken wurde vor allem das schnelle und furchtlose Don-Pferd durch sein Mitwirken an der Vertreibung Napoleons und dessen Grande Armée weltberühmt.

Der Budjonny, das Edelprodukt des Don, entstand erst in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Um ein schnelles, rittiges und genügsames Kavalleriepferd zu erhalten, kreuzte sein Namensgeber Marschall Semjon Michailowitsch Budjonny das Don-Pferd mit Englischen Vollblütern. 1948 wurde die Rasse offiziell anerkannt und ist heute in Russland weit verbreitet.

Absolut einmalig dürfte der Glanz der Don-Pferde sein. Wie Gold leuchtete ihr Fell in der Frühjahrsonne. Mehr Glamour geht kaum. Russlands moderne Kosaken und ihre Pferde waren in Deutschland erstmals 2008 beim CHIO in Aachen zu sehen. Nach ihrem Auftritt in Hagen a.T.W. wurde nun die Gegeneinladung ausgesprochen. Sollte es dazu kommen, darf man gespannt sein, was deutsche Pferdeflüsterer Russlands Trickreitern und ihren Goldfüchsen entgegenzusetzen haben. *Helga Schnehagen*

Inspiriert vom Vater

Eine Nachkriegskindheit

Ein Berliner Junge, Jahrgang 1933, wächst als Einzelkind im Berliner Bezirk Weißensee auf, wo sein Vater ein Kurzwarengeschäft mit Weißnäherei betreibt. Dabei steht diesem seine zweite Ehefrau Annemarie zur Seite, Egons Stiefmutter. Bis zum Alter von fünf Jahren hatte Egon in nicht weniger als acht Pflegefamilien gelebt, da seine leibliche Mutter bei der Geburt gestorben war. Mit dieser Situation hoffnungslos überfordert, war seinem Vater nichts übrig geblieben, als den Sohn zu Verwandten zu geben, die sich aber ebenfalls nicht ausreichend um ihn kümmern konnten oder wollten, und so fort. Schließlich hatte ihn sein Vater bei sich aufgenommen. Verständlich also, dass Egon, von Verlustängsten geplagt, seine liebevolle Ersatzmutter Annemarie kaum aus den Augen lassen mag, da er nun endlich ein Familienleben hat wie andere Kinder auch. Egon schließt nach einigem Geplänkel Freundschaft mit seinem etwas älteren Mitschüler Kalle, der sich wie er fast jeden Tag auf dem Bolzplatz im Park tummelt, wo die männliche Jugend ihre Kräfte im Balltreten misst. Diese unbeschwerte Zeit endet aber kurz darauf, als sein Vater bald nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges eingezogen wird.

Mit dieser Geschichte als Auftakt beginnt Barbara Schillings liebenswürdiger und trotz des ernsten Hintergrunds heiterer Roman „Mit Erbsen auf Soldaten. Eine Freundschaft zwischen Fußball und Fliegeralarm“. Nach ihrem ersten Buch, das von der Kindheit und Jugend ihrer Mutter handelt, hat die in Potsdam lebende Autorin und Werbetexterin nun ihren zweiten biografisch gefärbten Berlin-Roman veröffentlicht, der die Kindheit ihres Vaters zum Thema hat und im gleichen Zeitraum spielt. Dazu hat sie wiederum „Familienlegenden“ herangezogen, die in ihrer, jedenfalls damals, großen und weit verzweigten Verwandtschaft väterlicherseits kursierten. Und: „Die Geschichte von Egon und Kalle ist größtenteils frei erfunden.“ Schade eigentlich, denn die aus Egons Perspektive glaubhaft erzählte Geschichte von der unverbrüchlichen Freundschaft zweier Jungen, die sich trotz der Schrecken des Bombenkrieges an die Idee klammern, später, wenn wieder Frieden herrscht, als Fußballspieler groß herauszukommen, bildet den Kern des Romans. Auch mit den Milieuschilderungen kann die Autorin überzeugen.

Altmodische Sprache stört

Grundsätzlich wendet sich diese unterhaltsame Lektüre an jede Altersklasse ab zwölf Jahren und ist geeignet, das Geschichtsverständnis junger Menschen zu schärfen und die Mentalität der Vorkriegsgesellschaft wahrzunehmen, die sich seit der Nachkriegszeit vollkommen verändert hat. Es hat allerdings manchmal den Anschein, dass es sich hier ebenso um ein Jugendbuch aus den 1950er oder 1960er Jahren handeln könnte, denn der Tonfall mutet seltsam antiquiert und konventionell an. In der gegenwärtigen Literatur werden solche Aussagen durchweg anders formuliert: „Seit Wochen war ohnehin Schmalhans Küchenmeister bei uns, oft gab es nur Bratkartoffel(n) – ohne alles“ Aus dem Rahmen fallen zudem Formulierungen wie „strukturierte Ballübungen“. So könnte es also sein, dass der Roman kein größeres Publikum findet, was bedauerlich wäre.

Dagmar Jestrzemski

***Barbara Schilling: „Mit Erbsen auf Soldaten. Eine Freundschaft zwischen Fußball und Fliegeralarm“**, Rosenheimer Verlagshaus, Rosenheim 2013, broschiert, 224 Seiten, 12,95 Euro*

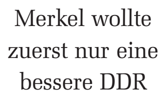


Viel Lärm um Nichts

Die mit viel Wirbel gestartete Merkel-Biografie bietet wenig Neues

Um es gleich vorweg zu sagen: „Das erste Leben der Angela M.“ ist ein wenig unterhaltsames Buch. Und es gäbe wohl kaum einen Grund, sich durch die 290 Seiten Nettotext zu quälen, wenn „M.“ eben nicht für „Merkel“ stehen würde. Wieder einmal haben sich zwei Biografen an der ersten deutschen Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzenden abgearbeitet, die 1954 als Angela Dorothea Kasner das Licht der Welt erblickte und seit ihrer Eheschließung 1977 den Namen Merkel trägt, obwohl diese Ehe bereits nach vier Jahren wieder geschieden wurde und 1998 eine zweite Heirat mit dem Quantenchemiker Joachim Sauer erfolgte. Derlei Verwirrspiel mutet fast schon ein wenig konspirativ an, womit auch gleich der entscheidende Punkt erwähnt wäre, um den sich die neue, nunmehr sechste große Merkel-Biografie vorrangig dreht: Hat die angeblich mächtigste Frau der Welt etwas aus ihrer Vergangenheit zu verbergen?

Laut dem Historiker Ralf Georg Reuth und dessen Co-Autor Günther Lachmann auf jeden Fall. Zum Ersten könne man Merkels Elternhaus keineswegs als systemkritisch bezeichnen – immerhin habe Vater Horst Kasner (Spitzname nicht ohne Grund: „Roter Pastor“) äußerst aktiv an der von der Staatssicherheit initiierten Spaltung der gesamtdeutschen Kirchenorganisation mitgewirkt. Zum Zweiten sage die Kanzlerin die Unwahrheit, was ihr gesellschaftspolitisches Engagement in der DDR betreffe. So sei sie am Zentralinstitut für physikalische Chemie der Akademie der Wissenschaften FDJ-Sekretärin für Agitation und Propaganda sowie Mitglied der Betriebsgewerkschaftsleitung gewesen und keine schlichte „Kulturbeauftragte“. Zum Dritten ergebe sich ihre Nähe zum DDR-Staat auch aus dem Umstand, dass sie seit 1986 zum hochexklusiven Kreis der „NSW-Reisekader“ gehört habe, der das Monopol auf Dienstreisen in den Westen gehabt habe. Und zum Vierten könne man die Merkel von vor März 1990 mit Fug und Recht als Reformkommunistin bezeichnen. Davon zeuge ihr Engagement für einen demokratischen Sozialismus innerhalb einer reformierten und eigenständig bleibenden DDR.



Als Beweis für diese Haltung führen Reuth und Lachmann Merkels Aktivitäten in der Reformpartei Demokratischer Aufbruch (DA) an, der sie bis zur verlorenen Volkskammerwahl von 1990 als Pressesprecherin diente. Der DA hielt noch bis zu seinem Leipziger Parteitag im Dezember 1989 an der Vision eines besseren Sozialismus im Osten Deutschlands fest.

Dabei kam dieser Kurs keineswegs von ungefähr. Im wohl interessantesten Teil des Buches wird dargelegt, wer hinter der reformwilligen, aber prosozialistischen und prosowjetischen Opposition gegen Erich Honecker und Co. stand, nämlich der sowjetische Geheimdienst KGB. Der Chef von dessen Berliner Auslandsdienststelle, General Anatoli G. Nowikow, hatte bereits im April 1988 die extrageheime Arbeitsgruppe „Lutsch“ (zu deutsch: „Strahl“) gebildet, welche von Oberst Boris W. Laptijew geleitet wurde und die Anti-Honecker-Freunde betreute beziehungsweise im Sinne Moskaus steuerte, bis die vom Kreml inszenierte „Wende“ sukzessive aus dem Ruder lief – nicht zuletzt, weil die Stasiverstrickungen von Personen wie Wolfgang Schnur, dem Vorsitzenden des Demokratischen Aufbruchs, aufflogen.

Und das war dann auch die Stunde der Angela Merkel: Noch in der Nacht nach der Wahl vom 18. März 1990, in der der Demokratische Aufbruch wegen der Schnur-Affäre gerade einmal auf 0,92 Prozent der Stimmen gekommen war, diente sich die Pressesprecherin der gescheiterten Partei Lothar de Maizières, dem Vorsitzenden der siegreichen DDR-CDU, an. Und da die Väter der beiden einstmals schon gemeinsam für die Belange der Kirche im Sozialismus eingetreten waren, die Familien sich also kannten, stellte es für den Stasi-IM „Czerni“ alias de Maizère dann auch quasi eine Ehrensache dar, Merkel den Weg zu einer neuen Karriere im bald wiedervereinigten Deutschland zu bahnen.

Wolfgang Kaufmann

***Ralf Georg Reuth, Günther Lachmann: „Das erste Leben der Angela M.“**, Piper, München 2013, geb., 336 Seiten, 19,99 Euro*



Lähmende Vergangenheit

Junge Frau verarbeitet ihre Erfahrungen aus dem jugoslawischen Bürgerkrieg

In dem Roman „Kirschholz und alte Gefühle“ der Autorin Marica Bodrožic ist der Name Programm. Nicht nur was das Kirschholz angeht, sondern vor allem die „alten Gefühle“ betreffend. Die seit 1983 in Deutschland lebende, 1973 in Kroatien geborene Autorin verzaubert den Leser durch ihre mal befremdlich und sonderbar klingende, doch dann wieder umso schöner und kristallklar anmutende Wortwahl. Die Wahlberlinerin Bodrožic erhielt zahlreiche Preise für ihre Gedichte, Romane, Erzählungen und Essays. Sie begeisterte bereits mit ihrem Erstling „Das Gedächtnis der Libellen“.

Nun erzählt sie die Geschichte der Jugoslawin Arjeta Filipo, die durch den Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien ihre Heimat verlassen musste. Die Möglichkeit, in Paris ein Philosophiestudium anzutreten, sorgte für eine scheinbar sichere Zukunft. Doch die Sehnsucht nach ihren Verwandten und ihrer Heimat verwehrten ihr eine unbeschwerte Zeit in der Stadt der Liebe. Doch zum Glück hatte Arjeta in Paris noch ihre Freunde, die Physikerin Nadeshda und den Vogelkundler Mischa Weisband, die ihr nicht nur über eine tragische Liebe, sondern auch ihre seit der Kindheit wiederkehrende geistige Abwesenheit hinweg halfen.

Als Arjeta sich endlich eingesteht, dass ihre Liebe zu Arik völlig selbstzerstörerisch ist, folgt sie ihrer Freundin Nadeshda nach Berlin. Der Versuch, dort ein neues Leben zu beginnen, konfrontiert sie jedoch mit ihrer Vergangenheit. „Meine Mutter besucht mich hin und wieder in Berlin. Vor einem Jahr fing sie plötzlich an, mir Plastiktüten voller Fotos mitzubringen. Ich habe aufgeräumt, sagte sie und überreichte mir ohne weitere Erklärungen das erste Kilogramm Polaroids.“ Lange hatte Arjeta diese nicht angerührt, doch nun liegen die Fotos verstreut auf dem Küchentisch aus Kirschholz, der einst ihrer Großmutter gehört hatte und auf abenteuerlichen Wegen von Istrien nach Paris und von dort aus nach Berlin gelangt war. Die bunten Fotografien, verteilt auf dem Erbstück, zwingen Arjeta, sich zu erinnern, zu verstehen und zu begreifen, dass man erst mit alten Gefühlen abschließen muss, um Raum für neue zu schaffen.

Der Roman „Kirschholz und alte Gefühle“ ist in sieben Kapitel für sieben Tage unterteilt. Sieben Tage lang begleitet der Leser Arjeta auf ihrem Pfad der Erinnerungen, angefangen bei dem Verlust ihrer Zwillingsbrüder, die in ihrer Kindheit beim Spielen Opfer einer Tretmine wurden. Am Ende sieht Arjeta ihr Leben und ihr Handeln mit deutlich klarerem Blick. Doch auch ihre Freundin Nadeshda hütet ein Geheimnis. Ein Geheimnis, das Licht in Arjetas Dunkel bringen wird.

Vanessa Ney

***Marica Bodrožic: „Kirschholz und alte Gefühle“**, Luchterhand, München 2012, geb., 224 Seiten, 19,99 Euro*

Ein absolut fahrlässiges Handeln

Der Euro sei von Anfang an schlecht umgesetzt worden, so der Ex-Chefvolkswirt der Deutschen Bank

Meinungsfreiheit gilt nicht für jeden gleichermaßen. Zu dieser Feststellung gelangte Thomas Mayer, Ex-Chefvolkswirt der Deutschen Bank. „Strittige Gedanken zu äußern mag gutes Marketing für Journalisten oder wissenschaftliche Kommentatoren (und natürlich Buchautoren) sein. Ich musste feststellen, dass es für den Chefvolkswirt eines bedeutenden europäischen Kreditinstitutes etwas schwieriger ist, derartige Vorstellungen zu äußern“, so der Ökonom, der im Frühjahr 2012 seinen Dienst quittierte und seine Gedanken zum Euro bei einem englischsprachigen Verlag herausbrachte. „Europas unvollendete Währung. Wie geht es weiter mit dem Euro“ heißt nun die deutsche Übersetzung, auf deren Buchumschlag sogar Kritiken aus der Feder von Alan Greenspan, Ex-US-Notenbankchef, und Axel Weber, Ex-Präsident der Bundesbank, abgedruckt sind.

In der Bilanz sagt Mayer für jene, die sich bereits mit der Euro-Krise und ihren Hintergründen beschäftigt haben, zwar wenig Neues, doch es ist eben aufschlussreich, dass es aus seiner Feder kommt und er betont, dass er all das als Chefvolkswirt der Deutschen Bank so nicht hätte sagen dürfen.

Ganz nüchtern stellt er zu Beginn seiner Ausführungen fest, dass jene, die glauben, dass eine Währung nur ein gesetzliches Zahlungsmittel sei, sich irren. Schon seit Anbeginn seien Währungen auch politisches Symbol, was am leichtesten durch die Köpfe von Königen auf alten Münzen zu erkennen sei. Über die politischen Gründe für die Schaffung und Beibehaltung des Euro schreibt Mayer ausführlich. Ökonomische Argumente hätten von Beginn an nur am Rande eine Rolle gespielt. So soll Ex-Bundeskanzler Helmut Kohl gegenüber den US-Außenminister James Baker gesagt haben, dass er überzeugt sei, er diene deutschen Interessen, wenn er als Preis für die Erlaubnis der anderen europäischen Staaten zur Wiedervereinigung die D-Mark aufgebe.

Meinungsfreiheit gilt nicht für alle gleich

Bedauerlicherweise hätten Kohl und seine Nachfolger jedoch nicht nur die D-Mark aufgegeben, betont Mayer, sondern Stück für Stück fast alle Forderungen, die sie an eine Gemeinschaftwährung stellten. Der Autor schildert, wie deutsche Wünsche von vornherein ignoriert oder aufgegeben wurden, weil Deutschland gegenüber den europäischen Partnern nicht als zu dominant dastehen wollte. Und selbst jene Kriterien, die schriftlich festgelegt wurden, seien – oft sogar mit Deutschlands Unterstützung – gebrochen worden. Zwar habe man die Nicht-Beistandsklausel in die Verträge eingearbeitet, gleichzeitig aber keine Vereinbarung getroffen, wie man mit Staatsbankrotten umgeht, so dass am Ende nichts anders übrig blieb, als den überschuldeten Ländern doch beizustehen, wie inzwischen mehrfach geschehen. Überhaupt habe man keinerlei Schutz oder Maßnahmen für Finanzkrisen festgelegt, was Mayer als ausgesprochen „fahrlässig“ bezeichnet und den Euro zu einer Schön-Wetter-Währung macht.

Doch gerade bei Währungsunionen herrscht oft raues Wetter. Wie die Erfahrungen zeigen. Ausführlich geht Mayer auf die verschiedenen Währungsunionen der Geschichte ein und beschreibt beispielsweise am Deutschen Reich, aber auch an der sich in Auflösung befindlichen Sowjetunion vor welchen Schwierigkeiten Währungsgemeinschaften stehen. Am Ende zieht er das Fazit, dass in den ersten Agrarreichen (3500–800 v. Chr.) auf Kreditkrisen, nichts anderes sei die Ursache der Euro-Krise, Schuldenerlasse gefolgt seien, in modernen Zeiten hingegen würde die Notenpresse aktiv werden.

Eine Chance, die Euro-Krise zu lösen, seien der Verlust der nationalen Souveränität und die zentrale Regelung der Staatsfinanzen von Brüssel aus. Doch Mayer hält eine politische Union für absolut unrealistisch. Sie sei auf demokratischem Weg nicht umsetzbar.

Politische Korrektheit verlängert Todeskampf

Dann schlägt der Ökonom Lösungen für die Euro-Krise vor. Als Voraussetzung betont er aber, dass die Europäische Zentralbank zwar bei Liquiditätsproblemen den Märkten Überbrückungsfinanzierungen anbieten könne, sie aber nicht, so wie es geschieht, durch billiges Zentralbankgeld künstlich Banken und Staaten am Leben erhalten dürfe. Auch sei es falsch, dass Banken unbegrenzt Staatsanleihen kaufen können, ohne dass sie hierfür Sicherheiten zurücklegen müssen. Dies würde Banken und Regierungen auf unseriöse Weise zusammenschweißen, was einer unheiligen Allianz gegen den Souverän, den Bürger, gleichkomme. Auch räumt Mayer mit der Vorstellung auf, dass Deutschland vom Euro profitiere, weil dieser eine schwache Währung sei. Am Ende schlägt er, genau wie die Partei „Alternative für Deutschland“, die Einführung von Parallelwährungen vor. Und er betont, dass es nicht tragbar sei, solche Positionen als politisch inkorrekt zu bezeichnen. Jeder, der seiner Argumentation gefolgt sei, würde erkennen, dass die jetzige Politik den Todeskampf der Euro-Zone nur verlängere, „ehe die politische Uneinigkeit über unbezahlte Rechnungen zu ihrem endgültigen Auseinanderbrechen führt“.

Rebecca Bellano

***Thomas Mayer: „Europas unvollendete Währung. Wie geht es weiter mit dem Euro“**, Wiley, Weinheim 2013, geb., 237 Seiten, 19,90 Euro*

MELDUNGEN

Uni-Stipendien für Gescheiterte

Friedrichshafen – Die staatlich anerkannte Stiftungshochschule „Zeppelin-Universität" vergibt Stipendien an „all diejenigen, die sonst nie eines bekommen würden". Das Angebot richtet sich etwa an Sitzenbleiber, Studienabbrecher und Gründungspleitiers. Deren Vielfalt wolle man integrieren, da „auch das Scheitern und Wiederaufstehen" eine Kompetenz sei. Die Bewerber müssen durch soziales Engagement oder „eine starke Persönlichkeit" hervorstechen. *J.H.*

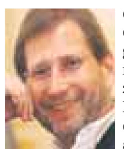
Botox-Affäre bewegt Georgien

Tiflis – Hat er oder hat er nicht? Dies soll nun die georgische Staatsanwaltschaft herausfinden, die seit Ende Mai gegen Präsident Michail Saakaschwili ermittelt. Diesem wird vorgeworfen, sich auf Kosten des georgischen Staatshaushaltes in den USA 2009 und 2011 Verjüngungskuren mit Botox im Wert von jeweils rund 8500 Euro gegönnt zu haben. *Bel*

ZUR PERSON

Herr über EU-Milliarden

Wissen Sie, wer **Johannes Hahn** ist? Nein? Dann dürfte es Ihnen so gehen wie wohl den meisten EU-Bürgern. Dabei ist Hahn als EU-Regionalkommissar der Herr über 336 Milliarden Euro umfassende Fördertöpfe und entscheidet mit, welches Land wie viel in den Jahren 2014 bis 2020 erhält. Aber es ist typisch EU, dass die meisten Bürger nicht wissen, wer da über ihr Wohl und Wehe entscheidet. Auch ist es typisch, dass Hahn den Posten in der EU-Kommission 2010 nicht bekommen hat, weil er sich dafür als besonders qualifiziert erwiesen hätte. Vielmehr war es so, dass die Luft für den österreichischen ÖVP-Politiker, der bis zu seinem Weggang nach Brüssel in Wien Minister für Wissenschaft und Forschung war, daheim sehr dünn wurde. Grund war der Umstand, dass seine Promotion sich als Plagiat entpuppte. Außerdem erzeugten viele seiner Entscheidungen massiven Widerspruch, so dass der österreichische Bundeskanzler mehrfach eingreifen musste.



Auch Hahns neuestes Projekt dürfte für Widerspruch sorgen, obwohl seine Vorschläge zur Reform der EU-Strukturförderung durchaus einleuchtend sind. So will er, statt überall planlos Infrastrukturprojekte zu finanzieren, gezielte Wirtschaftsförderung betreiben. Jedes Projekt soll künftig eine Strategie verfolgen und zudem sollen Erfolgskontrollen erfolgen. Statt Lebensstandardangleich will er Wachstumsimpulse setzen und sogar unternehmerische Start-ups finanzieren. „Autobahnen haben wir jetzt in vielen Mitgliedsländern in großer Zahl. Aber nicht genug Labors, in denen die zündenden Ideen für neue Güter entstehen, die über diese Autobahnen transportiert werden", so Hahn gegenüber dem „Focus". Ob seine Ideen die EU-Regierungschefs begeistern, wird sich zeigen. Berlin zumindest dürfte es nicht gefallen, dass Hahn die Förderung der neuen Bundesländer auf ein Drittel streichen will. *Bel*



Herr Erdogan schlägt sich wacker

Neues aus der Erziehungsanstalt

Wieder fehlte die Willkommenskultur / Harry Potter und die Häuptlinge der EU / Vorsicht: Roth lobt Merkel / Der Wochenrückblick mit KLAUS J. GROTH

Flutsch sind sie futsch, als habe es sie niemals gegeben. Einfach so weg. Mir nichts dir nichts, Simsalabim und dreimal Schwarzer Kater! Schwarzer Kater? Ist das denn erlaubt? Ist das nicht rassistisch? Weil doch die meisten Bürger, die diesem Land abhandenkamen, gar nicht von hier, sondern Ausländer waren. Also nur irgendwie anwesend. Oder auch nicht. Jedenfalls sind sie nun weg. Da hat es uns wohl mal wieder an der notwendigen Willkommenskultur gemangelt. Typisch! Wir merken ja noch nicht mal, wenn uns 1,5 Millionen Bürger abhandenkommen.

Statistisch lebten überall ein paar Menschen mehr, als es der Wirklichkeit entsprach. Endlich wird der Ausspruch verständlich: Es gibt Menschen, die gibt es gar nicht. Bezeichnenderweise hatte man in Berlin den geringsten Überblick. Darüber kann man sich nicht mehr wirklich wundern. Die Berliner Klappe ist ja auch immer etwas größer, als es die Klappen anderenorts sind. Darauf ist der Berliner stolz. Und weil man mit einer großen Klappe den Mund immer etwas voller nehmen kann, ist Berlin auch „dat Größte". Da kommen dann auch bei der Zahl der Einwohner ein paar Schaufeln drauf. Aber gleich fünf Prozent Luftnummern? Der Berliner gehörte bislang nicht in die Kategorie „Schaumgebäck".

Mit der Statistik lässt sich bekanntlich alles beweisen. Einen richtig schönen Nachweis statistischer Beweiskraft lieferte das Institut der Deutschen Wirtschaft. Wo alles in Europa um uns herum leidet und darbt, leben die Deutschen speckfett. Für ein Paket Butter mussten wir vor zehn Jahren noch sechs Minuten arbeiten, heute sind wir in vier Minuten damit durch. Das ist doch tröstlich in einer Zeit, in der den Banken Milliarden zum Nulltarif zufließen und Sparer mit Negativzinsen um ihr Erspartes gebracht werden. Darum halten wir uns besser an die Erkenntnis: Traue keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast. Dieser Satz wird Winston Churchill zugeschrieben, aber auch dem ist nicht zu trauen, wegen des Urhebers.

Doch nun soll alles besser werden, die Zeiten des Siechtums haben ein Ende. Europa startet durch. Angela Merkel und François Hollande haben es beschlossen. Sie wissen auch, wie es geht: Wir kriegen einen neuen Direktor. Jawoll, einen Direktor, der die Wirtschaft in Europa endlich mal auf Trab bringt. Das hat seinen Preis, denn der neue Direktor soll einen schönen Hauptjob kriegen. Er soll nicht mehr als Aushilfskraft quasi im Nebenjob wirken, wie das bisher die Vorsitzenden der Euro-Gruppe machen, die zuhause ihre Brötchen als Finanzminister verdienen müssen. Schluss damit, jetzt kommt endlich noch ein Häuptling. Vielleicht könnte der ja so durchschlagend wirksam sein wie Lady Catherine Ashton, Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Erste Vizepräsidentin der Europäischen Kommission. Kennen Sie nicht? Da sind Sie nicht allein. Macht aber nichts, Führungspositionen bei der EU in Brüssel werden ohnehin nach Schlüsseln vergeben, deren wirres Geheimnis allenfalls Harry Potter lüften könnte. Da aber Briten mit dem Verein in Brüssel möglichst wenig am Hut haben möchten, reitet Harry Potter auch lieber auf dem Besen in die „Kammer des Schreckens". Damit sind nun nicht die EU-Kommissare in Brüssel gemeint. Jedenfalls nicht direkt, nicht bei Harry Potter. Leser und Freunde des britischen Zauberlehrlings kennen aber auch das Buch „Harry Potter und der Stein des Weisen". Da scheint es nun nahe zu liegen, dass die Handlung nicht in Brüssel spielt. Wie man sich doch täuschen kann. Blindes Huhn findet auch mal ein Korn. Oder hat die Nase voll. Offenbar war das bei Günther Oettinger der Fall. Der Mann sagte, was alle längst wissen, was an dieser Stelle oftmals beklagt wurde, ansonsten aber mit dem Mäntelchen des Schweigens umhüllt wird: Die EU ist ein Sanierungsfall. Selbstlos wie ein Kamikazeflieger hat der Oettinger vor der Deutsch-Belgischen-Luxemburgischen Handelskammer drauflos gewettert: „Mir macht Sorge, dass derzeit zu viele in Europa noch immer glauben, alles werde gut." Brüssel habe „die wahre schlechte Lage noch immer nicht genügend erkannt". Statt die Wirtschafts- und Schuldenkrise zu bekämpfen, zelebriere Europa „Gutmenschentum" und führe sich als „Erziehungsanstalt" für den Rest der Welt auf.

Wie bitte, ist das ein EU-Kommissar, der da so wettert? Könnte es sein, dass ihm der Laden der Selbstgerechten stinkt? Allerdings muss man sich in Erinnerung rufen, wie Oettinger auf seinen überaus weich gepolsterten Posten in Brüssel kam. Er hat schon einmal das Falsche zur falschen Zeit gesagt, wenn er auch mit anderen geglaubt hatte, das Richtige zur richtigen Zeit zu sagen. Das war bei der Trauerfeier für den früheren baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger. Damals war Oettinger in dem gleichen Amt und sagte: „Hans Filbinger war kein Nationalsozialist. Im Gegenteil: Er war ein Gegner des NS-Regimes." Das war es! Das durfte nicht wahr sein. Auch wenn es nachweisliche Hinweise für Verbindungen zum Widerstand gab. Filbinger war mit Bann belegt. Deshalb konnte Oettinger nach dieser Rede nicht länger Ministerpräsident bleiben. Versorgungstechnisch war das sein Schade nicht, die Entsorgung auf den Posten eines EU-Kommissars ist mehr als eine Entschädigung. Allerdings drängt sich dann umso mehr die Frage auf, warum dem Oettinger der Laden in Brüssel so zu stinken scheint. Da hat einmal ein Mann aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht: „Mir machen Länder Sorgen, die im Grunde genommen kaum regierbar sind: Bulgarien, Rumänien, Italien." Und: Frankreich brauche eine Agenda 2010 „mit Rentenreform, was in Wahrheit Rentenkürzung heißt, längere Lebensarbeitszeit, Staatsquote runter". Frankreich habe eine Staatsquote von 57 Prozent, die Zahl der Staatsdiener sei doppelt so hoch wie im EU-Schnitt. Aber es gebe „keinen Mittelstand und wenig Innovation".

> Zumindest Merkel findet im SPD-Wahlprogramm lauter tolle Sachen

Ja, mon Dieu, Freunde macht man sich mit solchen Aussprüchen nicht. Aber wer die Wahrheit sagt, der macht sich ohnehin selten Freunde. Auch Deutschland bekam sein Fett weg: „Deutschland ist auf dem Höhepunkt seiner ökonomischen Leistungskraft. Stärker wird Deutschland nicht mehr."

Wir haben es vermutet. Aber die Begründung lässt dann doch aufhorchen: Das habe auch mit der Tatsache zu tun, dass in Berlin „mit Betreuungsgeld, Frauenquote, Mindestlohn und Nein zum Fracking die falsche Tagesordnung" bearbeitet werde. Dadurch drohe „ein Teil dessen, was an Wettbewerbsfähigkeit und Agenda 2010 im Zuge der letzten Jahre erreicht worden ist", wieder preisgegeben zu werden. Und was ist in den Medien von dieser Standpauke geblieben? Oettinger hält den Widerstand gegen das Fracking für falsch, er setzt sich für Fracking ein, lautete die Botschaft, die verbreitet wurde.

Von wegen, Deutschland sei auf dem Höhepunkt seiner ökonomischen Leistungskraft. Wenn der Mann sich da nur nicht gewaltig täuscht. Da geht noch was. Sogar eine ganze Menge. Man muss nur einmal die Kanzlerin fragen. Die hat so viele gute Ideen – bei der SPD entdeckt. Und weil sie das so prima findet mit höheren Mütterrenten und mehr Kindergeld, will sie das auch machen. Und die Mieten will sie auch deckeln. Es stimmt einfach nicht, wenn jetzt behauptet wird, Frau Angela kupfere ihre Wohltaten bei den Sozis ab. Die wollen schließlich mehr Geld bei uns einsammeln, um es dann wieder auszugeben. Davon ist bei der Kanzlerin kein Wort zu hören. Im Gegenteil, behutsam und diffus wird etwas von möglichen Steuersenkungen gelispelt. Und sparen will die Kanzlerin gleichzeitig auch. Schon jammern die ersten Hasenfüße in der eigenen Partei, alles zusammen sei nicht zu haben. Abwarten, Jungs, abwarten. Vor allem aber: nicht durch Nebensächlichkeiten ablenken lassen. Die wahren Gefahren lauern nämlich ganz woanders. Die Grüne Claudia Roth hat die Kanzlerin gelobt, ihr einen „freundlichen, ruhigen und bescheidenen Stil" bescheinigt. Zudem sei die Kanzlerin „witzig und angenehm im persönlichen Umgang". Was bahnt sich denn da an?

Hans Heckel ist nächste Woche wieder aus dem Urlaub zurück.

MEINUNGEN

***Uwe Hück**, Porsche-Betriebsratschef, **warnt** im „Focus" vom 27. Mai die **SPD**, nicht zu sehr nach links zu rücken:*

„Wir dürfen aber die wirtschaftliche Komponente nicht vernachlässigen. Wenn wir die Unternehmen nicht fördern, wie wollen wir dann die Arbeitsplätze schaffen? Politiker können das mit schönen Reden jedenfalls nicht."

*Der Vize-Fraktionschef der Union im Bundestag, **Arnold Vaatz**, ärgert sich über die von der Bundesregierung unterstützte Broschüre des Umweltbundesamtes mit dem Titel **„Und sie erwärmt sich doch"** und betont, dass es Aufgabe der Wissenschaft sei, Erkenntnisse infrage zu stellen:*

„Es ist der Gipfel der Unverschämtheit, Kritikern der Klimapolitik vorzuwerfen, sie stellen Erkenntnisse der Klimaforschung infrage."

***Thomas Ludwig lobt** im „Handelsblatt" vom 1./2. Juni die **EU-Kritik** von Günther Oettinger:*

„Kommissar Oettinger redet den Sanierungsfall nicht herbei, wie ihm Kritiker vorwerfen. Die EU ist ein Sanierungsfall. Den guten Ton mag der Schwabe bisweilen verfehlen. Aber was nutzt der gute Ton, wenn das Orchester aus dem Takt ist. Dann lieber ein ordentlicher Paukenschlag, dass es den Verantwortlichen im Pariser Élysée und andernorts in den Ohren klingelt."

***Thomas Thun** erklärt im „Spiegel" vom 27. Mai, warum er den **Lobbyismus des Vereins Pro-Quote**, mit dem darin versammelte Journalistinnen versuchen, einen 30-prozentigen Frauenanteil auf Führungsetagen durchzusetzen, für **schlecht** hält:*

„Stellen wir uns mal vor, nur als Beispiel, die männlichen Raucher in den deutschen Redaktionen würden eine ähnliche Kampagne starten, für die sie ihre TV-Sender, Zeitungen, Radiokanäle einspannten: mit multimedialem Dauerfeuer an Nichtraucher-Häme und scharfen Kommentaren, Rauchen wieder überall zu erlauben, und wohlmeinenden Porträts führender Kettenraucher. Gesundheitsminister Daniel Bahr müsste chronisch als unfähiger Idiot beschimpft werden, der einfach nicht kapieren will, wie zukunftsträchtig Zigaretten sind, ökonomisch wie gesellschaftlich. Das ist natürlich ein absurdes Szenario, aber nach diesem Muster hat es Bahrs Kabinettskollegin Kristina Schröder erwischt. Gegen das, was sie auch von ihren Geschlechtsgenossinnen zu hören und zu lesen bekam, nehmen sich viele virtuelle Shitstorms wie Malkurse im Waldorf-Kindergarten aus."

***Michael Psotta** rügt in der „FAZ" vom 2. Juni die Entdeckung der **Mietpreisbremse** durch die **CDU**:*

„Nein, dieser Verführung war kaum zu widerstehen: Auch die Union schlägt sich jetzt auf die Seite derjenigen, die Mieterhöhungen bei der Wiedervermietung von Wohnungen begrenzen wollen. Zuvor hatten schon SPD und Grüne dieses neue Instrument ausgepackt ... Mietbremsen sind ... nicht geeignet, die Wohnungsnot zu verringern ... Am vielversprechendsten ist es, mehr Bauland auszuweisen. Diese Empfehlung richtet sich an die Kommunen. Mit einem höheren Angebot an Wohnraum könnte die Anspannung auf dem Wohnungsmarkt zumindest mittelfristig nachlassen. Von der Ausweisung neuer Baugebiete bis zum Einzug des ersten Mieters vergehen ... mehrere Jahre. Statt über Mietdeckel nachzudenken, sollte die Politik lieber überlegen, wie dieser Prozess zu beschleunigen wäre."